EUROPA-ARCHIV

12. JAHR 20. MAI 1957 10. FOLGE

Die Außenpolitik der Vereinigten Staaten in den ersten Jahren der Administration Eisenhower (1953-1955)

Von Dr. Christian Schütze

Mit der Chronologie stehen Theoretiker der Politik und Propagandisten aus gleichem Grunde auf Kriegsfuß. Im nüchternen Nacheinander der Daten und Fakten bleibt immer etwas übrig, „was man nicht deklinieren kann", nämlich das Leben in seiner unberechenbaren Fülle. Wie einfach wäre es, wenn wir im Rückblick auf die Außenpolitik der ersten Aera Eisenhower-Dulles sagen könnten, sie habe sich dem Ziel der „Eindämmung" oder der „Befreiung", der „Politik der Stärke" oder der „Politik der Koexistenz" verschrieben! Aber das Ringen um eine einheitliche Linie ist nach vier Jahren ebenso akut und so unentschieden wie in den ersten Tagen der neuen Administration (vgl. „Die amerikanische Außenpolitik nach dem Regierungswechsel" in Europa-Archiv 4/1953, S. 5493—5502, und 5/1953, S. 5519—5532). Geändert haben sich die Probleme, insbesondere seit der Explosion der ersten sowjetischen Wasserstoffbombe am 12. August 1953, mit der das „Gleichgewicht des Schreckens" in die Weltpolitik einzog.

Der folgende Beitrag versucht noch nicht, die Wirkungen dieser Zäsur zu werten. Er bietet aber ein Rüstzeug von Tatsachen, das in der täglichen Auseinandersetzung mit Spekulationen und Schlagworten gute Dienste leisten kann. *Co.*

Das republikanische Programm und die außenpolitische Wirklichkeit

Die Hypothek der Wahlversprechungen

In seinem Buch „War or Peace" hat John Foster *Dulles* 1950 die These vertreten, alle amerikanische Außenpolitik habe zu Hause zu beginnen. So entfaltete er im Januar 1953 als Außenminister eine ausgedehnte Tätigkeit in Fernsehen und Rundfunk, um die Oeffentlichkeit mit den Problemen der Außenpolitik vertraut zu machen. Daneben bemühte er sich um den Aufbau einer Rückendeckung im Kongreß, wo er anfangs nur wenige Freunde hatte. Die republikanische Mehrheit trug ihm noch immer seine frühere Tätigkeit für die demokratische Administration (Friedensvertrag für Japan u. a.) nach. Als eine weit schwerere Belastung für die Außenpolitik sollten sich jedoch die hochgespannten Erwartungen erweisen, welche die Republikanische Partei während des Wahlkampfes geweckt hatte. *Eisenhower* hatte versprochen, „die Jungen aus Korea" zurückzubringen; John Foster *Dulles* hatte das demokratische Programm der „Eindämmung" immer wieder scharf verurteilt und ihm sein eigenes, das „Zurückrollen des Eisernen Vorhanges", entgegengesetzt. Bei alledem sollte es aber keinen Krieg mehr geben, sondern der Wahlparole gemäß „Freiheit und Wohlstand für alle". Am ergiebigsten aber unter den außenpolitischen Themen war das „Problem Rot-China" gewesen, *Tschiang Kai-schek* war von der republikanischen Propaganda als der einsame Held auf verlorenem Posten geschildert worden, besiegt schließlich nur, weil ihn die demokratische Regierung aus purer Saumseligkeit nicht unterstützt hätte. Während Dean *Acheson* dann darauf gewartet habe, daß sich „der Staub setzt", sei das chinesische Volk, dem amerikanischen traditionell in Freundschaft und Sympathie verbunden, dem Terror der Kommunisten ausgeliefert worden. Eine Politik der Unentschlossenheit und Besänftigung (appeasement) habe dann durch die Entsendung der 7. Flotte in die Formosa-Straße Tschiang an der Invasion des Festlandes und der Befreiung Chinas gehindert. Die „China Lobby", jener Kreis einflußreicher Männer, die härteste Maßnahmen, einschließlich des Präventiv-Krieges, gegen China forderten, klagte Präsident *Truman* bitter an, die günstige Gelegenheit zum alles klärenden „großen Krieg" versäumt zu haben, als chinesische „Freiwillige" in Nordkorea mit den Truppen der Vereinten Nationen zusammenstießen.

Die Masse der republikanischen Wähler teilte diese radikalen Ansichten nicht, war sich aber darüber einig, daß die Vereinigten Staaten in China nicht nur politische Fehler gemacht, sondern eine schwere moralische Schuld auf sich geladen hätten, als sie 600 Millionen Freunde unter die Sklaverei hätten fallen lassen. Dieses Gefühl bedrückte das Gewissen vieler Amerikaner, und eine Partei, die in der China-Frage etwas zu unternehmen versprach, konnte der Unterstützung sicher sein. Man erwartete jetzt, daß etwas geschehe und die Planlosigkeit der Asienpolitik ein Ende nehme. Dafür nicht zuletzt hatte man die Republikaner gewählt.

Das Programm des „Asia first"

Entsprechend lag das Schwergewicht der außenpolitischen Aktivität zunächst in Asien. Außenminister *Dulles* erklärte den koreanischen und den indochinesischen Krieg für untrennbar, weil er gegen denselben Feind geführt werde; Formosa müsse man als Bedrohung für die chinesischen Kommunisten halten. Er erklärte, deren Bindung an Moskau sei eine Folge des Korea-Krieges und werde sich nach dessen Ende lockern. Das Ziel der amerikanischen Außenpolitik sei ein Regimewechsel in China, zumindest ein chinesischer „Titoismus". Die politischen Mittel zu diesem Ziele müßten noch entwickelt werden. Durch eine Beendigung des Indochina-Krieges werde Frankreich in Europa gestärkt und von der Furcht vor der deutschen Wiederbewaffnung befreit werden[1]. Am 18. März 1953 trat Dulles für eine Kürzung der Europa-Hilfe zugunsten der Asien-Hilfe ein.

Die Reaktion in Europa

Die betonte Verlagerung des Schwergewichts nach Asien nahm man in Europa, besonders in Großbritannien, mit einem gewissen Unbehagen zur Kenntnis. Verschiedene Stimmen gingen so weit, eine Neuorientierung der britischen Politik zu fordern. Die zunehmende Unsicherheit veranlaßte *Dulles* zu einer Beruhigungsreise nach Europa. Er versprach in London und Paris, in der Asienpolitik keine weitreichenden Schritte zu unternehmen ohne vorherige Konsultation der Bundesgenossen. Den Briten entrang er das Zugeständnis, den Warenstrom nach China stärker zu drosseln. Zurück in Washington, erklärte er, die Vereinigten Staaten müßten sich ihrer weltweiten Verantwortung bewußt sein und alles vermeiden, was die Bundesgenossen verwirren könnte. Damit war dem „Asia first" der erste Dämpfer aufgesetzt. In den offiziellen Aeußerungen der Regierung rückte damit wieder das unter Truman geprägte Schlagwort von der „globalen Strategie" in den Vordergrund[2]. Dulles nahm es auf und erklärte die US-Armee zur mobilen Reserve der Freien Welt, die nicht im Kampf gegen „stellvertretende Aggressoren" verzettelt werden dürfte. Als im Mai 1953 Admiral *Radford* den Vorsitz des Vereinigten Generalstabs übernahm, bestritt *Eisenhower*, daß dies eine Verlagerung des strategischen Schwergewichts nach Asien anzeige; die Vereinigten Staaten hätten immer eine globale Strategie, nur die Akzente würden anders gesetzt, und das amerikanische Volk habe Anspruch auf eine neue Konzeption.

Der bleibende Widerspruch aber zwischen den offiziellen Beteuerungen und der politischen Praxis fand auch in Amerika selbst Kritiker. Die *New York Times* erinnerte an die deutsche Teilung und nannte sie das gefährlichste politische Problem, die Schlüsselfrage der Zeit[3]. Von der sowjetischen Friedensoffensive erhoffte man sich in Amerika einesteils eine gewisse Entspannung, andererseits befürchtete man Differenzen mit den Bundesgenossen über die „Auslegung" der Angebote. Die Administration erklärte den österreichischen Staatsvertrag und den Waffenstillstand in Korea zu Prüfsteinen eines wirklichen sowjetischen Gesinnungswandels. Im übrigen äußerte sich *Dulles* über die Ehrlichkeit der russischen Friedensbeteuerungen sehr skeptisch; der Präsident hingegen erklärte, er sei geneigt, sie für aufrichtig zu halten, solange er nicht vom Gegenteil überzeugt werde[4].

Die Gewinnung der Initiative

Eine große Rolle im Wahlkampf hat auch das Versprechen der Republikanischen Partei gespielt, sie würde den Vereinigten Staaten die außenpolitische Initiative wiedergewinnen. Da nun in dieser Hinsicht in den ersten drei Monaten nichts geschehen war außer verschiedenen Feststellungen Dulles', man habe die Initiative, häuften sich in der amerikanischen Presse die spöttischen Anfragen. Das State Department, in diesem Punkte außerordentlich empfindlich, erklärte alle Pressevermutungen, die Sowjetunion habe die Initiative auf der Suche nach dem Weltfrieden an sich gerissen, für falsch[5]. Die Spannung löste sich mit der großen Rede des Präsidenten („Friede ist mehr als ein Wort") vom 16. April 1953. Sie wurde überall, selbst von der Sowjetpresse, außerordentlich gut aufgenommen, auch wenn man hinsichtlich der Verwirklichung des darin aufgestellten außenpolitischen Programms — Wiedervereinigung Deutschlands nach freien Wahlen, Unabhängigkeit Osteuropas und umfassende Abrüstung — im allgemeinen skeptisch blieb. Die Rede erschien aber als gute Antwort auf die russischen Friedensbeteuerungen. Von der Wärme und Offenheit der Worte des Präsidenten erhoffte man sich eine Wirkung über das Propagandistische hinaus, zumal große Abschnitte ohne Kommentar in der *Prawda* abgedruckt worden waren. Die Londoner *Times* begrüßte besonders den Vorschlag, zusammen mit der Sowjetunion einen Fonds zur Entwicklung zurückgebliebener Gebiete zu schaffen.

Die „Position der Stärke"

Diesen günstigen Eindruck von der amerikanischen Außenpolitik schwächte eine „Interpretation" der Rede des Präsidenten durch den Außenminister ab. *Dulles* erklärte, die Vereinigten Staaten kämen nicht als Bittsteller, und die Rede sei keine Antwort auf russische Friedensfühler, sondern läge in der Linie der republikanischen Außenpolitik beschlossen. Man biete den Russen Zusammenarbeit an, anderenfalls sollten sie sich auf eine gewaltige westliche Aufrüstung gefaßt machen. Dulles forderte die westliche Welt auf, eine starke Position zu entwickeln[6]. Das amerikanische Programm für Europa sei die Stärkung der NATO und der Rüstung, ohne die Wirtschaft zu gefährden. Sein und *Stassens* Aufenthalt in Europa habe der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft neues Leben eingehaucht. Dulles kündigte eine Reise

durch den Mittleren Osten an, wo er Möglichkeiten zur Verstärkung der Verteidigung erkunden werde. Er betonte noch einmal, man betrachte die sowjetische Herrschaft über die Satelliten nicht als endgültig, und empfahl dem Kongreß die Annahme einer entsprechenden Resolution.

Das Aufsehen, das der Unterschied in Ton und Inhalt der beiden Reden erregte, veranlaßte Dulles, öffentlich zu erklären, er habe keine Meinungsverschiedenheiten mit dem Präsidenten[7]. Die europäischen Zeitungen wiesen besonders auf den kriegerischen Ton des Außenministers gegenüber dem friedlichen des „Generals" und auf die Tatsache hin, daß Dulles Europa an die vierte Stelle in der Reihe der weltpolitischen Interessen der Vereinigten Staaten gesetzt hatte[8]. Zu diesen Verstimmungen gesellte sich die europäische, besonders britische, Unzufriedenheit über die amerikanische Handelspolitik, deren seit dem Kriege anhaltend protektionistischer Zug durch den Wahlsieg der Republikaner noch verstärkt worden war[9]. Am 1. Mai 1953 endlich reagierte der Präsident und forderte eine Ueberprüfung der amerikanischen Wirtschaftspolitik: verstärkter Außenhandel könne den Vereinigten Staaten auf die Dauer nur förderlich sein.

Lateinamerika und Spanien

Zum politischen „New Look", von dem so viel die Rede gewesen war, gehörte auch eine Reise, die Dr. Milton *Eisenhower*, der Bruder des Präsidenten, durch die südamerikanischen Staaten unternahm, welche die Truman-Administration angeblich völlig vernachlässigt hatte. In der Tat hatte sich anläßlich der Verwicklungen zwischen der nordamerikanischen „United Fruit Company" und der Regierung von Guatemala in den lateinamerikanischen Ländern eine weit verbreitete Animosität gegenüber den Vereinigten Staaten gezeigt. Die Reise Dr. Eisenhowers fand unter sehr kritischer Begleitmusik statt. Die *New York Times* nannte den argentinischen Präsidenten, Juan *Perón*, der große Erwartungen in den Besuch setzte, den „profiliertesten Feind der Vereinigten Staaten außerhalb der Sowjetunion". Bei seiner Rückkehr legte Dr. Eisenhower einen Bericht vor, der eine Reihe guter Vorschläge enthielt, wie ihm die Presse bescheinigte. Er wurde aber scharf kritisiert, weil er zur Freundlichkeit gegenüber Perón riet. Der Bericht empfehle, so stellte die *New York Times* fest, der amerikanischen Oeffentlichkeit eine Unterscheidung zwischen außen- und innenpolitischer Moral. Man wolle über den Wert solcher Prinzipien nicht streiten, halte ihre Anwendung aber für ganz unangebracht im Falle Perón-Argentiniens[10].

Auch ein anderes heikles Thema sollte jetzt angepackt werden. Am 8. April 1953 hatte der neuernannte amerikanische Botschafter in Spanien, James *Dunn*, eine Unterredung mit dem spanischen Staatschef, Generalissimus *Franco*, über die nicht mehr bekannt wurde, als daß wirtschaftliche und militärische Uebereinkommen zur Debatte gestanden hätten. In seiner Antrittserklärung betonte Dunn besonders den strategischen Wert Spaniens[11].

Bemühungen um die EVG

Die amerikanische Politik gegenüber der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft änderte sich durch den Regierungswechsel nicht. Es war Dulles' Gedanke, mit ihrer Hilfe nicht nur die deutsche Wiederbewaffnung zu ermöglichen, sondern durch die in ihr zu erwartende europäische Zusammenarbeit auch die deutsch-französische Rivalität ein für allemal zu überwinden. In den letzten Märztagen 1953 konferierten in Washington Präsident *Eisenhower*, Staatssekretär *Dulles*, Ministerpräsident *Mayer* und Außenminister *Bidault* über den deutschen Verteidigungsbeitrag und Fragen der EVG. Das Kommuniqué stellte die prinzipielle Einigkeit darüber fest, daß beides notwendig sei. René Mayer betonte aber in den Verhandlungen immer wieder, daß eine Beteiligung seines Landes an der EVG erst nach einer für Frankreich befriedigenden Lösung des Saarproblems in Frage komme. Den amerikanischen Standpunkt, man könne keine rechtliche Möglichkeit erkennen, diese beiden Probleme zu koppeln, versuchte Mayer zu erschüttern, indem er erklärte, es handle sich mehr um ein politisch-psychologisches als um ein juristisches Problem. Dulles betonte jedoch die amerikanische Auffassung. Gegenüber der Sowjetunion wolle man, so stellte das Kommuniqué fest, wachsam bleiben, da es für einen grundsätzlichen Wandel der sowjetischen Absichten seit Stalins Tod keine überzeugenden Beweise gebe und sich der Charakter der Gefahr grundsätzlich nicht gewandelt habe[12]. Die Umständlichkeit der Formulierung ließ etwas von der Auseinandersetzung ahnen, in der sich der französische Standpunkt, der an einen wirklichen Klimawechsel der sowjetischen Politik nach Stalins Tod glaubte, schließlich doch nicht durchsetzen konnte. Den Hauptteil der Verhandlungen bildete aber die amerikanische Hilfe für den Kampf der Franzosen in Indochina. Infolgedessen rückte die französische Presse diese Dinge bei der Berichterstattung in den Vordergrund. Die Feinde der EVG, deren prominentester Jules *Moch* war, verurteilten das Ergebnis der Verhandlungen scharf.

Ziele in Korea

Das Thema Europa trat jedoch zurück vor der Möglichkeit eines Waffenstillstandes in Korea. Die Administration wollte die im wesentlichen nur taktisch zu verstehende Aenderung der sowjetischen Tonart für die Lösung dieses Problems ausnutzen. Zum Anreiz für Rot-China ließ man durchblicken, daß auf der politischen Korea-Konferenz (90 Tage nach Beginn des Waffenstillstandes) auch die Themen der diplomatischen Anerkennung der Volksrepublik, der Zu-

lassung zu den Vereinten Nationen, des Embargos und des Problems Formosa angeschnitten werden könnten, was noch vor kurzem von der amerikanischen Delegation bei den Vereinten Nationen glatt abgelehnt worden war. Das amerikanische Verhandlungsziel war eine Verlegung der Demarkationslinie nach Norden, um der Republik Südkorea wichtige Rohstoff- und Industriezentren zu sichern. Als Kompensation dafür wurde von halbamtlicher Seite das Stichwort „Formosa“ gegeben, aber der Widerstand der Oeffentlichkeit war so mächtig, daß die Administration von vornherein darauf verzichtete, die Debatte überhaupt nur zu eröffnen. Auch mit dem Gedanken einer Treuhandschaft der Vereinten Nationen über Formosa, die den Verzicht *Tschiangs* auf Rückeroberung des Festlandes garantiert hätte, kam die Administration nicht an die Oeffentlichkeit. Der Widerstand im Lande wäre zu groß gewesen, der „Verrat an Tschiang“ und den eigenen Worten der Wahlkampfzeit zu offenbar, während es sehr fraglich bleiben mußte, ob Tschiangs „Verzicht“ auf Invasion für die Festlands-Chinesen überhaupt ein Handelsobjekt sein würde. Offiziell jedenfalls bestritt das State Department, eine Treuhandschaft über Formosa und eine Teilung Koreas überhaupt erwogen zu haben[13].

Bestandsaufnahme im Mittleren Osten (Mai 1953)

Noch bevor der Außenminister zu seiner angekündigten Orient-Reise aufbrach, meldeten die dortigen Parteien ihre Wünsche an. Die Briten erwarteten, er werde Aegypten das große Interesse der Vereinigten Staaten an der Suezkanal-Zone als Basis für die Mittelostverteidigung klarmachen; der ägyptische Regierungschef, General *Naguib*, dagegen forderte Dulles auf, London zur schnellen Räumung der Kanal-Zone zu bewegen. In Uebereinstimmung mit den Richtlinien, welche die Außenministerkonferenz der arabischen Staaten für den Dulles-Besuch ausgearbeitet hatte, erklärte Naguib, die Westmächte sollten die arabischen Staaten militärisch stark machen, sie dann räumen und sich auf ihre antikommunistische Einstellung verlassen. Solche Politik sei möglich, wurde unter Hinweis auf Jugoslawien und die Türkei erklärt[14]. *Dulles* selbst betrachtete die Anknüpfung und Befestigung regionaler Pakte als den Hauptzweck seiner Reise, die er eine Studienreise (fact finding trip) nannte. Es kostete ihn aber die anfangs nicht geringen Sympathien der ägyptischen Presse, als er bei seiner Landung erklärte, er wolle nur hören und sehen, aber knapp zwölf Stunden später einen, wie es hieß, für Aegypten ungünstigen Plan zur Lösung der Suez-Frage vorgetragen und sich mit Phrasen verabschiedet habe[15]. Der noch unter Außenminister *Acheson* entstandene britisch-amerikanische Plan, Aegypten nach verschiedenen Zugeständnissen (Freigabe des Sudans) und einer Suez-Lösung in den Verband einer Mittelost-Verteidigungsorganisation (Middle East Defense Organization) aufzunehmen, verlor alle Aussicht auf Erfolg, nachdem Aegypten als Vorbedingungen zum Beitritt die vollständige Räumung der Kanal-Zone verlangt hatte, die amerikanisch-britische Mindestforderung aber die weitere Besetzung der Militäranlagen durch britische Techniker war[16].

In Tel-Aviv, Amman und Beirut überzeugte sich Dulles, daß an einen umfassenden mittelöstlichen Verteidigungspakt wegen der Unversöhnlichkeit zwischen Israelis und Arabern vorerst nicht zu denken war. Lediglich in Beirut fand er für seinen Hauptgedanken, die kommunistische Gefahr sei bedeutend ernster zu nehmen als die israelische, ein gewisses Verständnis[17]. In Bagdad versprach er, seine Reise werde ihren Niederschlag in einem neuen Kurs der Regierung Eisenhower finden. Die Gespräche mit dem indischen Premierminister, *Nehru*, verliefen trotz kommunistischer Demonstration in herzlicher Atmosphäre. Das Ergebnis war Nehrus Bereitschaft, hinfort in den koreanischen Waffenstillstandsverhandlungen die Position des Oberkommandos der Vereinten Nationen zu unterstützen. Harold *Stassen*, der den Außenminister begleitete, verhandelte unterdessen über eine Deckung des Defizits von 1,2 Milliarden Dollar, das sich im Haushalt des indischen Fünfjahrplanes abzeichnete[18].

Größeres Verständnis für seine Pläne fand Dulles bei den an die Sowjetunion angrenzenden Staaten. Seine Absicht aber, zur Vermeidung antikolonialistischer Gefühle an dem geplanten mittelöstlichen Verteidigungspakt möglichst viele arabische Staaten zu beteiligen, stieß in Ankara auf den Gegenvorschlag eines sofort abzuschließenden Verteidigungsbündnisses zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und der Türkei, wenn nötig unter Verzicht auf arabische Beteiligung. Unter Hinweis darauf, daß die Türkei der einzig zuverlässig westlich eingestellte Staat im Mittleren Osten sei, sprach man die Hoffnung auf kräftige amerikanische Wirtschafts- und Militärhilfe aus[19]. Dulles dagegen lenkte die türkischen Paktwünsche in Richtung auf ein Militärbündnis Türkei-Griechenland-Jugoslawien[20].

Nach Hause zurückgekehrt, erklärte der Außenminister in einer Radiorede, es bestehe nicht die geringste Aussicht auf eine baldige Verwirklichung eines umfassenden mittelöstlichen Verteidigungspaktes. Er habe zwar ein unbestimmtes Bedürfnis nach einem kollektiven Sicherheitsbündnis verspürt, es müsse aber von innen heraus wachsen. Die bereits durch Abkommen gebundenen und allgemein an der Abwehr des Kommunismus interessierten Länder sollten die amerikanische Hilfe erhalten. Um das Haupthindernis für ein Bündnis, das arabische Mißtrauen gegen Israel, abzubauen, empfahl er, die Regierung möge erklären, sie stehe bedingungslos zu der Garantieerklärung von 1950 gegen jede Aggression. Er empfahl strikte Neutralität der Vereinigten Staaten bei Betonung des Einvernehmens

mit den Arabern. Die arabische Presse reagierte zurückhaltend, aber im allgemeinen optimistisch; die britischen Blätter dagegen äußerten sanften Spott über den „Illusionisten" Dulles, der glaube, es genüge für den Vertreter einer großen Macht, jedem etwas Angenehmes zu sagen und sich so „hindurchzulächeln". Man erwarte von einer Radiorede keine Offenbarung, es sei aber an der Zeit, Klarheit zu schaffen, ob Dulles die Suezkanal-Zone zum Vakuum werden lassen möchte oder, wenn nicht, wie stark er die Aegypter zu bewaffnen gedenke, die doch den Zionismus weit mehr fürchteten als den Kommunismus. Die *Times* prophezeite große Schwierigkeiten im Mittleren Osten[21]. Die *New York Times* kritisierte den Bericht als blumig und nichtssagend, begrüßte aber die Aufforderung zur strikten Neutralität. Man müsse den Völkern, die für ihre Unabhängigkeit kämpfen, klarmachen, daß die Vereinigten Staaten durch ihre Mitgliedschaft in der NATO nicht verpflichtet seien, den alten Kolonialmächten bei der Verteidigung und Rückgewinnung ihres Kolonialreiches behilflich zu sein[22].

Die Auswirkung dieser Bestandsaufnahme für die offizielle Politik bestand zunächst einmal im Verzicht auf den früher praktizierten naiven Antikolonialismus[23]. Auch verließ die Regierung jetzt den Weg der unbedingten Begünstigung Israels[24]. Schließlich schickte Präsident *Eisenhower* seinen Sonderbotschafter Eric *Johnson* nach Palästina, um Juden und Araber für eine gemeinsame Benutzung des Jordan-Wassers nach dem Vorbild der Tennessee Valley Authority zu bewegen. Im Frühjahr 1955 belebten gewisse Fortschritte dieses Projekts die Hoffnung auf eine Verständigung zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn. Um die israelischen Gefühle nicht zu verletzen, und wohl auch bereits mit Rücksicht auf die jüdischen Wähler für die Präsidentschaftswahl von 1956, verzichtete die Regierung auch darauf, den Beitritt der Vereinigten Staaten zu dem inzwischen geschlossenen, an sich natürlich sympathischen Bagdad-Pakt anzuregen, da dies von israelischer Seite als demonstrativ proarabischer Schritt verstanden worden wäre, außerdem aber die „neutralistische Gruppe" der inzwischen gespaltenen Arabischen Liga weiter entfremdet hätte. Seit Ende 1954 war es dann klar, daß sich Aegyptens neuer Präsident, Gamal Abdel *Nasser*, trotz westlicher Waffenlieferungen nicht an den Westen binden würde. Von da ab verfolgte die Administration eine Politik völliger Nichteinmischung in die mittelöstlichen Dinge. Der Londoner *Economist* bemerkte dazu, man beginne in den Vereinigten Staaten wohl allmählich zu begreifen, daß der britische Weg, die Länder des Mittleren Ostens durch förmliche Bündnisse und nicht nur durch Symphatieerklärungen festzulegen, der richtigere sei. Man gab sich in Washington mit der neuen Rollenverteilung zufrieden und überließ den Briten die Wahrnehmung der westlichen Belange in diesem Gebiet[25], bis im Sommer 1955 der Kongreß eine Lösung des arabischen Flüchtlingsproblems verlangte und der Waffenstillstand in Palästina durch die Waffenlieferungen aus den Ostblockstaaten an Aegypten in Gefahr geriet[26]. *Dulles* hatte für die zweite Septemberhälfte 1955 eine Rede zu den Problemen des Mittleren Ostens angekündigt, verlegte sie aber wegen der Zuspitzung der Lage vor. Sie war absichtlich unbestimmt gehalten und sollte nur als Herausforderung für die Parteien dienen, ihrerseits Angebote zu machen[27].

Die Entwicklung der Beziehungen zu den Alliierten unter dem Einfluß der innerparteilichen Spannungen

Die Krise der Allianz

Am 11. Mai 1953 schlug Premierminister Sir Winston *Churchill* eine Konferenz der Regierungschefs der Großmächte vor. Auf entsprechende Sondierungen hatte die Regierung in Washington schon früher kühl reagiert. So schien das neue Angebot Churchills angesichts der Meinungsverschiedenheiten zwischen den Alliierten über den koreanischen Waffenstillstand als britischer „Verrat" an der Allianz. Senator *Knowland*, republikanischer Mehrheitsführer im Senat, forderte, unterstützt von Senator *McCarthy*, eine Ueberprüfung der amerikanischen Außenpolitik, um zu ermitteln, auf welche Bundesgenossen im Ernstfall Verlaß sei. Die Sowjetunion sollte vor jeder weitergehenden Verhandlung Beweise des wirklichen Friedenswillens geben[28]. Die Regierung hatte deshalb den Vorschlag Churchills schon zwei Tage vorher abgelehnt, allerdings mit einer Formulierung, aus der die *Times* die Bereitschaft herauslesen zu können glaubte, an einem Vierertreffen teilzunehmen, sollte es auf britische Initiative zustande kommen[29]. Aus der Bedrängnis zwischen den Wünschen der Briten nach Konzilianz bei den koreanischen Waffenstillstandsverhandlungen in Panmunjom und den Vorwürfen der Rechtsrepublikaner, sie betreibe „appeasement", wurde die Regierung gerettet durch den Vorsitzenden des außenpolitischen Senatsausschusses, *Wiley*, der McCarthy anklagte, den Sowjets mit seinen Angriffen auf die Briten einen guten Dienst erwiesen zu haben. Er forderte ein Zusammenrücken mit Großbritannien. Die Vereinigten Staaten wünschten keine Satelliten — eine Formulierung, die in London mit Genugtuung aufgenommen wurde[30]. Zum ersten Male zeigten sich hier die beiden Probleme, welche die Allianz ein Jahr später an den Rand des Zerfalls bringen sollten: die Frage, ob die Revolution in China ein Ereignis sei, das rückgängig gemacht werden könne (wie viele Amerikaner im Gegensatz zur britischen Auffassung

glaubten), und die andere, inwieweit die sowjetischen Friedensbeteuerungen ernst genommen werden könnten[31]. Zum ersten Male zeigte sich aber auch die noch verschiedentlich auftretende Notwendigkeit des „appeasing Knowland", wie es der Londoner *Economist* beziehungsreich nannte, denn der rechte Flügel der Republikaner ließ sich nicht beruhigen und verlangte von der Regierung eine offizielle Erklärung, daß eine Anerkennung Rot-Chinas und seine Zulassung zu den Vereinten Nationen nicht in Frage komme. Für den Fall, daß diese Erklärung nicht gegeben werden sollte, drohte Senator Knowland mit der Spaltung der republikanischen Senatsfraktion[32]. In dieser ersten Auseinandersetzung erschien die republikanische Administration als Objekt, um das die republikanische Kongreßmehrheit gegen die auswärtigen Bundesgenossen (repräsentiert durch Großbritannien) kämpfte. Das Ergebnis war eine tiefe Unzufriedenheit in Europa und den Vereinigten Staaten selbst über die Konfusion und Führerlosigkeit der amerikanischen Politik und eine Enttäuschung über die „Schwäche des Präsidenten", der es, nach Walter *Lippmann,* vorzog, mit dem Kongreß zu regieren, wo einige starke Männer die Außenpolitik usurpiert hätten[33]. Die amerikanische Politik war in kritischer Weltlage nicht manövrierfähig. Auch Senator *Taft* meldete sich wieder zu Wort und ließ von seinem Sohn eine Rede verlesen, in der er vorschlug, in der Korea-Frage die Bundesgenossen „zu vergessen" und sich freie Hand zum Alleingang zu schaffen; auch solle man auf eine Aenderung der Charta der Vereinten Nationen hinarbeiten und das Vetorecht der Großmächte beseitigen. Europa möge man sich selbst überlassen, da Großbritannien und Frankreich zu ihrer eigenen Verteidigung zu bequem seien[34]. Der Präsident distanzierte sich am folgenden Tage von diesen Ansichten, aber in Europa wurde die Rede aufmerksam gehört, und Bundeskanzler *Adenauer* deutete sie als eine letzte Warnung und Mahnung zur gemeinsamen Verteidigung Europas[35]. Der Präsident erklärte bald darauf, die Koalition der freien Völker sei die Grundlage der amerikanischen Außenpolitik; er wies die von General *MacArthur*, Unterstaatssekretär *Hoover* und Senator *Taft* entwickelte neo-isolationistische „Fortress-Theorie" zurück und wandte sich gegen eine Veränderung der Charta der Vereinten Nationen: die Vereinten Nationen seien das Spiegelbild der Welt[36]. Am 27. Juli forderte Senator *Wiley* den Präsidenten und Parteiführer auf, die Disziplin der Republikanischen Partei wiederherzustellen und gegen diejenigen vorzugehen, welche die Außenpolitik der Regierung sabotierten[37].

Versuche zur Wiederherstellung der westlichen Einheit (Sommer und Herbst 1953)

Der Ende Mai ergangene Vorschlag Präsident *Eisenhowers* zu dem Treffen der drei westlichen Regierungschefs auf den Bermuda-Inseln, wo, nach René *Mayer,* die Konferenz der Regierungschefs der vier Großmächte vorbereitet werden sollte[38], fand in London keine Gegenliebe. Die Londoner *Times* verbarg ihre Ablehnung unter dem Hinweis auf amerikanische Stimmen, die dem Präsidenten rieten, lieber mit dem eigenen Kongreß zu verhandeln. Als einzigen, der Verhandlung wirklich bedürfenden Punkt bezeichneten die britischen Blätter die Frage der amerikanischen Einfuhrzölle. Ueber die Motive zum Vorschlag Eisenhowers bestand keine Klarheit. Die *Neue Zürcher Zeitung* berichtete über Versionen der Erklärung, deren interessanteste die war, der Präsident habe mit seiner Einladung einer eventuellen Zustimmung der Sowjetunion auf eine Sondierung *Churchills* zum Vierertreffen zuvorkommen wollen[39]. Dennoch wurde die Einladung als Beginn einer außenpolitischen Initiative des Präsidenten begrüßt. Er habe jetzt gegen den Kongreß und zum Teil auch gegen das State Department die Führung der Außenpolitik in die Hand genommen. In einer Fernsehdiskussion mit vier seiner Kabinettsmitglieder erläuterte er die Außenpolitik der Regierung. Sie habe die Absicht, „die Knoten langsam aufzuknüpfen" und die Rüstung nur so weit zu drosseln, wie es ohne Gefährdung des Friedens möglich sei. Ein „München" werde es nicht wieder geben[40]. In einem Brief an Senator Wiley wies der Präsident auf die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl als einen ersten hoffnungsvollen Schritt zur Vereinigung Europas hin und empfahl, die von *Monnet* gewünschte Anleihe zu bewilligen[41]. In Bonn ließ er durch den stellvertretenden Hohen Kommissar, Samuel *Reber*, mitteilen, auf der Bermuda-Konferenz werde über die Bundesrepublik nur nach voller Konsultation des Bundeskanzlers entschieden werden[42].

Deutsche Wiedervereinigung und EVG

Die Entwicklung in Europa machte in Washington zunehmend Sorgen. Der Stimmenverlust der Partei *De Gasperis* bei den italienischen Wahlen und die zunehmende Unterstützung, die *Mendès-France* als Exponent des „Neutralismus" in Frankreich fand, seine Bereitschaft zu einem „Frieden um fast jeden Preis" in Indochina, erschienen als ein „Einbruch" der Sowjetdiplomatie in Europa ohne die geforderten Beweise des guten Willens. Man fürchtete, *Eisenhower* werde in Bermuda nicht anders können, als einer Viererkonferenz auf höchster Ebene zuzustimmen, weil die Europäer diese Chance nützen möchten[43].

Die Gefahr der Ablehnung der EVG durch Frankreich lenkte die Aufmerksamkeit auf die mit dem deutschen Verteidigungsbeitrag zusammenhängenden Fragen. Die Wiedervereinigung Deutschlands, erklärte Eisenhower am 8. Juli[44], sollte mit der Teilnahme der Bundesrepublik an der EVG nicht verknüpft werden. Die europäische Armee genieße Vorrang und dürfe der Wiedervereinigung nicht

geopfert werden. Im übrigen glaube er an die Möglichkeit der Wiedervereinigung durch freie Wahlen, ob die Bundesrepublik der EVG angehöre oder nicht. Als offizielles Ziel der amerikanischen Deutschlandpolitik bezeichnete er das wiedervereinigte Deutschland in der EVG.

Die Bermuda-Konferenz wurde wegen der französischen Regierungskrise und der Erkrankung Churchills mehrfach verschoben und rückte schließlich ganz aus der Debatte, was man in Washington nicht bedauerte. Mitte Juli 1953 trafen sich dann die westlichen Außenminister in New York mit dem Ergebnis, daß sich Staatssekretär *Dulles* nach langem Widerstreben bereit fand, Verhandlungen mit den Russen über die Deutschlandfrage anzustreben. Die Gründe für sein Widerstreben waren die Befürchtung, ein Zusammensitzen mit den Sowjets würde den freiheitlichen Kräften Osteuropas, die sich am 17. Juni gezeigt hatten, als Verrat erscheinen, und die andere, daß es den Sowjets in eventuellen Verhandlungen leicht gelingen werde, die außerordentlich labile westliche Einigkeit in der Frage der EVG zu zerstören. Briten und Franzosen jedoch glaubten gerade nach den Ereignissen vom 17. Juni an eine gewisse russische Bereitschaft zur Lösung des Deutschlandproblems, dessen Gefährlichkeit auch für die Sowjetunion sich gezeigt habe.

Die Londoner *Times*[45] sah in dem Drängen *Adenauers* auf Behandlung der Deutschlandfrage auch vor einer französischen EVG-Ratifizierung (es hatte zu Beginn der Konferenz zwischen ihm, Präsident Eisenhower und Dulles ein Briefwechsel stattgefunden, der von den anderen Konferenzteilnehmern als ein Versuch der Bundesregierung empfunden wurde, sich mit aller Gewalt an einer Konferenz zu beteiligen, zu der man sie nicht eingeladen hatte) einen der Gründe für das Nachgeben Dulles'. Die fünf Punkte, die der Deutsche Bundestag am 10. Juni 1953 zur Frage der Wiedervereinigung angenommen hatte, bildeten eine der Grundlagen der Einladung zu einer Außenministerkonferenz, welche die drei Westmächte am 15. Juli der Sowjetunion überreichten. Im übrigen war die Note eine Wiederholung der bereits am 23. September 1952 vorgebrachten Gedanken unter Betonung der Dringlichkeit einer Lösung nach dem 17. Juni.

Die europäische Presse begrüßte das Eingehen Dulles' auf die westeuropäischen Wünsche als ersten Schritt zur Beweglichkeit der Administration in Ost-West-Fragen. Die amerikanischen Zeitungen hielten es für eine Niederlage, denn Dulles habe damit praktisch auf die EVG verzichtet und auf den Plan, Frankreich und Deutschland mit ihrer Hilfe zu versöhnen. Er habe ein gefährliches Spiel eröffnet, denn es sei fraglich, ob sich das wiedervereinigte Deutschland an den Westen binden könne, selbst wenn es wahrscheinlich prowestlich eingestellt sein würde.

Die von den Westmächten am 15. Juli vorgeschlagene Tagesordnung für die Konferenz lehnte die Sowjetunion am 4. August 1953 ab. Die Konferenz kam vorerst nicht zustande.

Die Administration trat den Grabgesängen der amerikanischen Blätter auf die EVG energisch entgegen. *Dulles* nahm sich des Wiedervereinigungs-Themas sofort in einer großen Rundfunkansprache an und verlängerte die Linie in den Bereich der Satelliten. Die Lage in der Sowjetzone sei explosiv; die Russen sollten einsehen, daß die Teilung Deutschlands gefährlich sei, und deshalb die Wiedervereinigung nicht nur zulassen, sondern fördern. Für Deutschland verlangte er freie Wahlen, Wiedervereinigung und gesamtdeutsche Regierung. Die EVG sei nach wie vor unentbehrlich; die Sowjetunion sollte sie als ersten Schritt zur europäischen Gemeinschaft aber nicht bekämpfen, sondern unterstützen, da die Geschichte zeige, daß Rußland immer nur durch europäische Rivalitäten bedroht gewesen sei.

In einer Pressekonferenz vom 3. September erklärte der Außenminister: die fortdauernde Teilung Deutschlands sei mehr als ein Skandal, sie sei ein Verbrechen; eine Wahlniederlage Adenauers würde katastrophale Folgen für die Aussichten auf Wiedervereinigung haben. Die Kritik der amerikanischen Presse an dieser „massiven Wahlbeeinflussung" war außerordentlich heftig. Den sowjetischen Vorschlag, die Volksrepublik China an einer Großmächte-Konferenz über Deutschland zu beteiligen, lehnte Dulles als unsinnig ab, ebenso die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung vor freien Wahlen[46]. Schließlich trug er einen neuen, in Italien verstimmenden Gedanken vor, die Vereinigten Staaten seien auf eine Modifizierung ihrer Triest-Politik aus, die bisher für einen Anschluß des gesamten Gebietes von Triest an Italien eingetreten war.

Die Lösung des Triest-Problems (September 1953 bis 5. Oktober 1954)

Nach der Ausstoßung Jugoslawiens aus dem Kominform war als einziges Hindernis für eine jugoslawisch-italienische Zusammenarbeit das ungelöste Triest-Problem geblieben. Die neue Lage erforderte eine Revision des bisher uneingeschränkt italienfreundlichen Standpunktes der amerikanischen Politik. Dulles' Ankündigung brachte die starren Fronten in Bewegung. Am 30. September schlug *Tito* vor, die italienischen und jugoslawischen Truppen von den Grenzen des Freistaates zurückzuziehen. Er erklärte sich zu einer Fünferkonferenz (Westmächte, Italien und Jugoslawien) über Triest bereit, vorausgesetzt, daß die Erklärung des State Departments, für den Anschluß von ganz Triest an Italien einzutreten, nicht unwiderruflich sei[47]. Bald darauf bezweifelte aber die jugoslawische Presse die Ehrlichkeit der Maklerrolle der Westmächte und verlangte direkte Verhandlungen zwischen Italien und Jugoslawien, während man in Rom für eine Fünferkonferenz eintrat. Die Jugoslawen waren

besonders darüber besorgt, daß Italien und Frankreich eine Triest-Lösung mit ihrer Zustimmung zur EVG verquicken könnten. Da die französische Haltung damit verdächtig geworden war, übernahmen jetzt die Angelsachsen allein die Aufgabe, die jugoslawischen Bedingungen für eine Fünferkonferenz zu erfahren. Am 17. März 1954 erklärte der jugoslawische Botschafter in Washington, *Popovic,* die Aussichten für eine Triest-Lösung seien gut, nachdem das State Department seine Ansicht vom 8. Oktober 1953[48] revidiert habe. Inzwischen machte der neue Ministerpräsident *Scelba* einen Beitritt Italiens zur EVG nicht mehr von einer für Italien günstigen Triest-Lösung abhängig; es galt aber als sicher, daß er ohne diese keine Mehrheit für die EVG erhalten würde. Um das nach Sicherheit gegenüber dem Osten strebende Belgrad unter Druck zu setzen, widersetzte sich Italien den jugoslawischen Bemühungen zum Ausbau des Balkan-Paktes in ein Militärbündnis mit Anschluß an die NATO. Anfang Juni 1954 jedoch war die angelsächsische Sondierung der jugoslawischen Bedingungen abgeschlossen. Sie wurden der italienischen Regierung offiziell übermittelt. Es folgte ein Sommer mühsamer Detailverhandlungen um die Einzelheiten der Teilung des Freistaates und die Frage des jugoslawischen Zuganges zur Adria. Als die Verhandlungen im September 1954 an einer geringfügigen Korrektur der Demarkationslinie zu scheitern drohten, reiste Unterstaatssekretär *Murphy* zu einem Treffen mit *Tito* nach Brioni und handelte eine Lösung aus, die er in Rom vorlegte, wo sie ebenfalls akzeptiert wurde. Am 5. Oktober 1954 wurde das Verständigungsmemorandum durch Paraphierung unterzeichnet[49]. Es verewigte praktisch den bestehenden Zustand der Teilung Triests unter Hinweis auf seine Vorläufigkeit.

Neue Vorschläge für Außenminister-Treffen

Außenminister *Dulles,* inzwischen überzeugt, daß die Europäer zur EVG ohne vorherige Verhandlungen mit den Sowjets nicht zu bewegen sein würden, hatte für den 15. Oktober 1953 ein Treffen der Außenminister der vier Großmächte in Lugano vorgeschlagen und sich den Vorstellungen *Churchills* und *Adenauers,* es käme auf die Befriedigung des russischen Sicherheitsbedürfnisses an, genähert, indem er zwar nicht vom Garantiepakt sprach, aber die EVG als ein Vertragssystem erläuterte, das Aggressionshandlungen eines seiner Mitglieder unmöglich mache. In diesem reaktiven Aspekt seiner EVG-Beurteilung stimmte er mit Adlai *Stevenson* überein. Hier, wie in zahlreichen anderen Punkten außer der China-Frage, war die immer wieder geforderte überparteiliche Außenpolitik erreicht[50]. Im Oktober 1953 prüfte die Regierung, wie *Eisenhower* am 8. Oktober erklärte, verschiedene Möglichkeiten von Dreier-, Vierer- oder Fünferkonferenzen. Der sowjetische Besitz der Wasserstoffbombe, sagte Eisenhower, habe die amerikanischen Bemühungen um den Frieden verstärkt. Im State Department wurden zu dieser Zeit auch verschiedene Pläne für Nichtangriffspakte studiert, wie sie *Stevenson* während seiner Weltreise immer wieder vorgeschlagen hatte. *Dulles* erklärte am 6. Oktober, man verhandle mit London, Paris und Bonn über Sicherheitsgarantien für die Sowjetunion[51]. Dieser Wandel der Einstellung zu Verhandlungen mit den Sowjets hatte sich schon in Dulles' Eröffnungsrede zur 8. Vollversammlung der Vereinten Nationen angekündigt. Dulles hatte hier überraschend milde Töne angestimmt und erklärt, eine gewaltsame Befreiung der Satelliten käme nicht in Frage; die Vereinigten Staaten exportierten keine Revolution und stachelten nicht zum Aufstande an. Wenige Tage vorher noch hatte er gegenüber den chinesischen Kommunisten eine bedeutend härtere Sprache geführt, als er für den Fall eines Bruches des koreanischen Waffenstillstandes oder der Verschleppung der Verhandlungen die Ausdehnung des Krieges auf das chinesische Festland und die Mandschurei angekündigt hatte[52]. Durch diese widersprechenden Aeußerungen und durch die offensichtliche Abkehr von früher vertretenen Thesen rückte er in das grundsätzliche Interesse der Kommentatoren als „controversial person".

Die ablehnende sowjetische Antwort auf die Lugano-Einladung nannte das State Department ein „Meisterwerk der Camouflage"; anscheinend wolle Moskau keine auf Deutschland beschränkte Konferenz, sondern die Teilnahme der Chinesen. Man habe aber nicht die Absicht, das Schicksal Deutschlands der Entscheidung Pekings zu unterwerfen[53]. Trotz dieser Enttäuschung machte sich die amerikanische Oeffentlichkeit aber mit dem Gedanken vertraut, daß Verhandlungen mit den Sowjets nötig seien. Den alarmierenden Eindruck der Feststellung des Präsidenten, die Sowjetunion sei in der Lage, die Vereinigten Staaten mit Atombomben anzugreifen, nützte Senator *Wiley* aus, von den Rechtsrepublikanern die Zustimmung zur Verhandlung eines Abkommens des „Lebens und Lebenlassens" mit den Sowjets zu fordern[54].

Mitte Oktober erneuerten die drei westlichen Außenminister auf ihrer Konferenz in London die Einladung zur Lugano-Konferenz, nun für den 9. November. Als die wiederum ablehnende sowjetische Antwort am 3. November in Washington eintraf, erklärte *Eisenhower,* die sowjetischen Bedingungen machten die Konferenz praktisch unmöglich. Dulles hatte sich im September *Churchill* gegenüber dafür verbürgt, beim Präsidenten für eine Vierer-Konferenz der Regierungschefs einzutreten, vorausgesetzt, daß die Lugano-Konferenz stattgefunden habe und die EVG unter Dach sei. Am 28. Oktober 1953 erklärte Präsident *Eisenhower,* er halte ein Treffen mit *Malenkow* im Augenblick für völlig nutzlos und werde erst zustimmen, wenn die Sowjetpolitik Beweise des guten Willens gegeben habe. Als einen solchen hatte

Dulles am 20. Oktober eine eventuelle günstige Antwort auf die Lugano-Einladung bezeichnet.

Erste Anzeichen der Umrüstung (Herbst 1953)

Nach einer längeren inneramerikanischen Kontroverse kündigte Verteidigungsminister *Wilson* im Oktober 1953 die Verringerung der amerikanischen Truppen in Europa an, sobald die verbleibenden Einheiten auf Atomwaffen umgestellt sein würden. Die entstehende Unruhe versuchte der Präsident zu dämpfen; das *Wallstreet Journal* versprach sich aber von der Ankündigung eine Beschleunigung der europäischen Verteidigungsanstrengungen[55]. Da *Dulles* auf der anderen Seite erklärt hatte, an Truppenreduzierungen sei nicht zu denken, die Aufregung in Europa aber nicht abklang, forderte der Präsident den Außen- und den Verteidigungsminister auf, angesichts der kritischen Weltlage ihre Aeußerungen zu koordinieren. Der sich hiermit erstmals abzeichnende Interessenkonflikt zwischen Pentagon und Vereinigtem Generalstab auf der einen Seite und dem State Department und den Bedürfnissen der Außenpolitik auf der anderen entwickelte sich in der Folgezeit zu einem schweren Handicap für die Außenpolitik, wobei das State Department in der Auseinandersetzung immer in der Defensive blieb, weil neo-isolationistische Gesichtspunkte, verbunden mit Einsparungsmöglichkeiten, dem Pentagon und den Stabschefs stärkere Argumente lieferten. Die Aussicht auf den deutschen Verteidigungsbeitrag stärkte bis zum Dezember 1954 die Position des State Department jedoch soweit, daß Dulles erklären konnte, die amerikanischen Truppen in Europa brauchten, „wie die Dinge jetzt liegen", nicht vermindert zu werden. Die neue „forward strategy" nehme den Europäern auch das beklemmende Gefühl, im Kriegsfalle nur noch befreit zu werden[56].

Das Bündnis mit Spanien

Am 26. September 1953 wurde in Madrid das Abkommen über die Errichtung amerikanischer Flotten- und Luftbasen und über Wirtschaftshilfe für Spanien unterzeichnet. Der beträchtliche ideologische Widerstand gegen das Bündnis mit *Franco* kam diesmal besonders von demokratischer Seite, während seine eifrigsten Verfechter die Vertreter des Neo-Isolationismus waren: da Spanien nicht der NATO angehöre, werde das Bündnis mit diesem Land die Vereinigten Staaten von der Notwendigkeit befreien, sich für die Verteidigung Europas auf Frankreich zu stützen mit dem ganzen daranhängenden Apparat der EVG- und NATO-Verbindlichkeiten[57]. Alle diese Ueberlegungen spielten sich im Rahmen der militärischen Doktrin von der peripheren Verteidigung Europas von Großbritannien, Spanien und Marokko aus ab. Andererseits blieb durch die Tatsache, daß Spanien nicht NATO-Mitglied war, die Benutzung der Stützpunkte im Kriegsfalle bis zu einem gewissen Grade von der Zustimmung Francos abhängig. Ein Beitritt Spaniens zur NATO wurde aber vorerst wegen des zu erwartenden Widerstandes der anderen Mitglieder nicht erwogen. Die amerikanische Oeffentlichkeit verharrte fast ein Jahr lang in ihrer Ablehnung, zumal sich die Spanier über die zu geringe Höhe der für 1954 vorgesehenen Wirtschaftshilfe beklagten[58]. Im Sommer 1954 ließ der Widerstand schließlich nach, und die Arbeit an den Flugstützpunkten begann. Señor *Areilza* erhielt das Agrément als spanischer Botschafter in Washington ohne Zögern, obwohl er vor Jahren in London als Vertreter der spanischen Gibraltar-Revisionisten abgelehnt worden war. In einem von *Franco* inspirierten Artikel in der Zeitung *ABC* wurde die Möglichkeit des Beitrittes Spaniens zur NATO oder EVG angedeutet[59]. Im Herbst 1954 wurde dieser Wunsch deutlich vorgetragen. Man erhoffte sich von den Vereinigten Staaten kräftige Unterstützung der spanischen NATO-Kandidatur, während sich Frankreich und Großbritannien jetzt ebenfalls für die Aufnahme einsetzten[60]. Unerschüttert blieb lediglich der Widerstand der skandinavischen Länder. Bei seinem Besuch in Washington erklärte der spanische Außenminister, *Artajo*, am 11. April 1956, Spanien sei zu stolz, um für seine NATO-Aufnahme zu bitten, weil es fürchte, abgelehnt zu werden. Es wünsche aber dringend beizutreten. Er ließ durchblicken, sein Land sei zu einer Beteiligung an einem umfassenden Mittelmeerpakt bereit, sobald die mittelöstlichen und afrikanischen Probleme gelöst seien. Er deutete die Bereitschaft Spaniens an, in den bestehenden Spannungen zu vermitteln[61]. Der allgemeine Eindruck des Besuches war sehr günstig. Spanien erschien jetzt in der vordersten Reihe der amerikanischen Verbündeten, wofür die Gewährung der Unabhängigkeit an Marokko den Boden in Amerika psychologisch bereitete.

Dulles' „Ultimatum" an Frankreich

Vom 3. bis zum 7. Dezember 1953 fand die mehrfach verschobene Bermuda-Konferenz statt[62]. *Churchill* hatte dabei die Franzosen ermahnt, mit ihrer Zustimmung zur EVG nicht länger zu zögern. Er hatte sich jetzt weitgehend den Standpunkt *Dulles'* zu eigen gemacht, die Sowjets seien wohl im Augenblick an einer Viererkonferenz auf höchster Ebene nicht interessiert, da sie es für die Verhinderung der EVG für nützlicher hielten, wenn sie nicht stattfände. So bestanden vorerst keine weiteren Möglichkeiten der Verhandlung, und die Bahn für die EVG schien frei.

Um so größer war die Ueberraschung, als *Dulles* am 14. Dezember 1953 auf der Tagung des Nordatlantikrates in Paris eine einschneidende „Revision" der amerikanischen Europapolitik für den Fall androhte, daß die EVG nicht bald zustande komme. Amerikanische Hilfe werde in Zukunft nicht mehr an Einzelstaaten, sondern an die Staatengemeinschaft geliefert, welche die EVG repräsentiere. Die Reaktion der europäischen Blätter auf diesen „Faustschlag auf den

Tisch" war scharf ablehnend wegen des Tones, wenn auch verschiedene Blätter die amerikanische Ungeduld über das Zögern Frankreichs gegenüber seiner eigenen Idee verständlich fanden[63]. Man war allgemein der Ansicht, Dulles habe der Sache mehr geschadet als genützt, zumal deutlich war, daß die starke Sprache diesmal nicht für den Hausgebrauch zur Beruhigung der Rechtsrepublikaner geführt worden war. Präsident *Eisenhower* unterstützte die Aeußerungen seines Außenministers ohne Einschränkung mit dem Hinweis auf die Gesetze über die Gewährung von Auslandhilfe, die nur noch für die EVG vorgesehen sei. Komme diese nicht zustande, werde eine Aenderung der amerikanischen Politik unvermeidlich sein. Dulles ergänzte wenige Tage darauf, auch die Bundesrepublik könne nicht unbegrenzt auf amerikanischen Waffenschutz hoffen. Er betonte, es gebe zur EVG keine Alternative[64].

Aber gerade in diesem letzten Punkt setzte sich in Washington sehr bald die Ansicht durch, daß man sich damit wohl zu sehr festlege. Am 9. Januar 1954 betonte der Präsident die Zusammenarbeit der Vereinigten Staaten mit der NATO und den Vereinten Nationen, aber nicht mehr so stark die Unentbehrlichkeit der EVG. Dulles deutete die Möglichkeit eines direkten deutschen Beitrages zur NATO an[65].

Republikanisches „Containment" in Asien — die Theorie der „massiven, sofortigen Vergeltung" — das Scheitern der EVG

Auf der Suche nach einer neuen China-Politik (November 1953 bis Januar 1954)

Die Zuspitzung der Krise in Indochina brachte den Höhepunkt der Verstimmungen unter den westlichen Verbündeten[66]. Die Entwicklung erstickte gleichzeitig auch die ersten zaghaften Versuche, das Problem China einer Lösung näherzubringen. Eine Reihe prominenter Stimmen, darunter die des früheren Dulles-Mitarbeiters und Chefdelegierten in Panmunjom, Arthur *Dean*, warnte vor den Rückeroberungsillusionen *Tschiang Kai-scheks* und erklärte ein Arrangement mit Rot-China für unumgänglich. Das Selbstinteresse der Vereinigten Staaten erfordere eine neue Betrachtung. Man müsse Rot-China aus dem Bannkreis der Sowjetunion lösen. Die Situation für eine Annäherung war aber ausgesprochen ungünstig. *Dulles* hatte eben erst erklärt, ein Eingreifen der Chinesen in Indochina würde eine heftige amerikanische Reaktion auslösen, während Senator *McCarthy* die Regierung gegen jede Modifizierung der China-Politik unter Druck setzte. Er warf ihr vor, sie sende an die Bundesgenossen „parfümierte Noten", anstatt sie wegen ihres Handels mit Rot-China, wo amerikanische Kriegsgefangene gefoltert würden, zusammenzustauchen. Er fand großen Widerhall in der Oeffentlichkeit, die durch Berichte heimgekehrter Korea-Gefangener aufgebracht war. So lehnte die Regierung jede Aenderung der China-Politik kategorisch ab[67]. Liberale Kritiker beklagten sich zum zweiten Male bitter über die Schwäche des Präsidenten. In dieser Lage erschien Eisenhowers optimistische Atomenergie-Rede vor den Vereinten Nationen (9. Dezember 1953) als Zeichen dafür, daß seine „wait and see"-Phase zu Ende sei und er sich anschicke, den Kampf mit McCarthy um die geistige Führerschaft der Republikanischen Partei aufzunehmen, die nach dem Tode Senator *Tafts* vakant war.

„Sofortige massive Vergeltung"

Am 12. Januar 1954 entwickelte *Dulles* vor einer privaten Vereinigung eine Theorie, die als politische Ergänzung zu den neuen militärischen Konzeptionen gedacht war. Die Streitkräfte der Vereinigten Staaten sollten nicht mehr im Kampf gegen stellvertretende Aggressoren dort verzettelt werden, wo der Feind den Kampf wünscht, sondern als mobile Reserve der Freien Welt im Falle einer neuen Aggression sofort den Gegenschlag mit Mitteln und an einer Stelle eigener Wahl führen. Die Wache in den einzelnen Weltteilen sollten nationale Truppen im Rahmen regionaler Sicherheitsabkommen übernehmen. Für dieses Programm seien deutsche Truppen unentbehrlich, während man die Zahl der in Uebersee stationierten amerikanischen Truppen verringern könne[68]. Diese Gedanken wurden, obwohl schon vom Präsidenten in der „State of the Union Message" angedeutet, als erste originelle republikanische Gegenkonzeption zum demokratischen „containment" besonders von republikanischer Seite lebhaft begrüßt, zumal die wiederzugewinnende Initiative eine große Rolle darin spielte. Auf demokratischer Seite und bei den Verbündeten übersah man aber nicht die Unklarheiten der Theorie, die eine notwendige Folge der Tatsache waren, daß sie in der Abhängigkeit von der militärischen und budgetären Planung entstanden war. Ihr prominentester Kritiker wurde Dean *Acheson*, der Dulles' Formel von der „sofortigen massiven Vergeltung" ein leeres Gerede nannte, das seine Wirkung verfehlen werde, weil die Amerikaner es selbst nicht ernst nehmen könnten. Es hieße, den dritten Weltkrieg entfesseln, wenn in Nepal eine rotchinesische Patrouille über die Grenze schleiche; außerdem werde der Gegner ebenso massiv zurückschlagen[69]. Die Verbündeten dagegen fragten, wie sich die Formulierung „sofortig" mit der Zusicherung vertrage, sie würden vor dem Einsatz amerikanischer Atombomben (woran man doch wohl denke) konsultiert werden. Der Kongreß schließlich meldete Zweifel an der Befugnis des Präsidenten zu einer Anordnung an, die ja den Krieg bedeuten könne. Außenminister *Dulles* vertrat die Ansicht, der Präsident sei durch die Automatik der NATO

und des Vertrags von Rio dazu ermächtigt[70]. Schließlich erklärte *Eisenhower*, der Apparat zur Konsultation sei vorhanden und würde ohne großen Zeitverlust genützt werden. Darin habe ihm Premierminister Sir Winston *Churchill* zugestimmt. Dennoch nahmen die Bedenken, besonders in Großbritannien, kein Ende[71]. Vor einem weiteren Zerpflücken und Entwerten der Formel „rettete" die Indochina-Krise.

Die amerikanische Haltung zur Indochina-Frage (Januar bis Juli 1954)

Das einzige praktische Ergebnis der Berliner Außenminister-Konferenz vom Januar 1954 waren die Herstellung einer einheitlichen Haltung der Westmächte gegenüber der Sowjetunion und die Zustimmung Dulles' zu einer Indochina-Konferenz in Genf mit Rot-China. Nach Hause zurückgekehrt, mußte er sich gegen die Angriffe derjenigen verteidigen, die fürchteten, auf der Konferenz könnte auch über den Status Formosas gesprochen werden. Dulles wehrte sich mit der Feststellung, seine Weigerung, an der Konferenz teilzunehmen, würde verheerende Folgen auf die französische Bereitschaft zur EVG gehabt haben. Man könne den Franzosen nicht verbieten, in Indochina einen Frieden anzustreben, wie man ihn selbst in Korea geschlossen habe, es sei denn, man sei bereit, an ihrer Seite zu kämpfen[72].

Die Administration hatte zunächst jeden Gedanken an eine Teilung Indochinas abgelehnt. Unter dem Eindruck des Mißerfolges der Bemühungen Dulles' um eine „gemeinsame Aktion" zur Rettung Indochinas und der Schwierigkeiten, die einem sofortigen Abschluß eines südostasiatischen Verteidigungsbündnisses entgegenstanden, sowie der Meinungsverschiedenheiten über ein gemeinsames Vorgehen in Genf setzte sich schließlich in Washington die Ueberzeugung durch, daß eine Intervention nicht in Frage komme und man sich mit der Teilung abfinden müsse. Die Frage eines amerikanischen Eingreifens im Alleingang wurde nichtsdestoweniger offengelassen, um die französische Verhandlungsposition zu stärken.

Dulles fuhr nach Genf mit der Aufforderung an die Franzosen, eine Regelung auszuhandeln, wie sie sie bekommen könnten. *Eisenhower* riet zu einem *modus vivendi,* einer Lösung zwischen dem Unerreichbaren und dem Unannehmbaren[73]. Dulles verließ, wie bereits vorher angekündigt, die Konferenz nach einigen Tagen, um den Zustand nach ihrem zu erwartenden Scheitern vorzubereiten. Er strebte jetzt eine Demarkationslinie an, die international garantiert und mit Sanktion der Vereinten Nationen verteidigt werden könnte. Hier würden dann die Amerikaner kämpfen, um das als strategisch wichtig erkannte Südostasien zu verteidigen. Am 8. Mai erklärte Dulles, eine Teilung Indochinas sei nicht mehr unmöglich, sondern nur noch unwahrscheinlich. Da man sie nicht verhindern konnte, versuchte man sich jetzt von ihr zu distanzieren.

Am 12. Juli aber reiste Dulles überraschend nach Paris, um durch eine Bekundung des amerikanischen Interesses an der Schlußphase der Konferenz eine diplomatische Isolierung der Vereinigten Staaten zu vermeiden[74]. Die Aufgabe, den rechten Flügel der Republikaner zu beruhigen, ließ er gleich zurück[75]. Das Ergebnis der Pariser Verhandlungen war der Kompromiß, Unterstaatssekretär *Bedell Smith* nach Genf zu schicken, der zwar an der Ausarbeitung des Vertrages nicht mitwirken, aber feststellen sollte, daß er nicht völlig unannehmbar sei. Eine offene Sanktionierung der Teilung durch die Vereinigten Staaten lehnte Dulles ab.

Die Potomac-Erklärung

Am 20. Juni reisten Sir Winston *Churchill* und Anthony *Eden* auf Einladung des Präsidenten nach Washington. Das Ergebnis der Besprechungen war die sogenannte „Zweite Atlantik-Charta" oder „Potomac-Erklärung". Ihr dürftiger Inhalt zeigte, wie sehr sich die Standpunkte auseinanderentwickelt hatten. Die Bundesrepublik sollte als gleichberechtigtes Mitglied in die Gemeinschaft der Nationen aufgenommen werden, man wollte keine weiteren Eroberungen des Kommunismus anerkennen und sprach die Hoffnung auf Befreiung der bereits versklavten Völker aus. Die amerikanische Presse reagierte auf den Besuch sehr kühl, da *Eden* am Vorabend im Unterhaus den Plan eines ostasiatischen „Locarno-Paktes" vorgetragen hatte, der als eine Herausforderung spezifisch amerikanischer politischer Ideen erschien, da er eine Garantierung durch die Vereinigten Staaten gemeinsam mit Rot-China vorsah[76]. Auch die beiderseitigen Auffassungen zu dem neu aufgekommenen Thema „Koexistenz" ließen sich nicht miteinander vereinbaren. Die Befürchtungen Senator *Knowlands,* die große Autorität Churchills könnte eine Wandlung der Einstellung der Regierung zum Thema China verursacht haben, veranlaßten ihn zu der Forderung, die Vereinigten Staaten sollten die Vereinten Nationen verlassen, falls die Volksrepublik aufgenommen würde. Der Präsident beruhigte ihn mit dem Hinweis auf das Vetorecht[77].

Das Scheitern der EVG (22. August 1954)

Auf dem Höhepunkt der Indochina-Krise hatte Dulles im Außenpolitischen Senatsausschuß erklärt, die Verzögerung der Ratifizierung der EVG durch Frankreich hindere Deutschland an der Wiedergewinnung seiner Souveränität. Diese Betrachtungsweise des Problems erschien in Paris als ein Versuch, das schon bedrängte Frankreich durch eine „dritte Front" von Deutschland her unter Druck zu setzen. Der Präsident erließ zwar bald darauf, am 16. April, seine Botschaft an die Ministerpräsidenten der sechs EVG-Länder, worin er sie der Loyalität der Vereinigten Staaten zu den NATO-Verpflichtungen versicherte[78], aber der „Beitrag" Dulles' zum Scheitern der EVG war nicht mehr rückgängig zu machen.

Der Sturz der Regierung *Laniel* und die Wahl von *Mendès-France* zum französischen Ministerpräsidenten erschien in den Vereinigten Staaten als ein schwerer Rückschlag. Dennoch versprach der Präsident dem neuen Ministerpräsidenten Unterstützung für Genf: in den Vereinigten Staaten besitze Frankreich einen warmherzigen Bundesgenossen. Er verband mit dieser Versicherung die Aufforderung, die EVG zu ratifizieren[79].

Am 22. August 1954 scheiterte die Brüsseler EVG-Konferenz an den französischen Aenderungswünschen. In Washington herrschte Niedergeschlagenheit. Etwas Trost gewährten die optimistischen Worte *Adenauers*. Man verwies jetzt darauf, daß die Bundesrepublik Deutschland unter allen Umständen aufgerüstet werden müsse, da der Präsident festgestellt habe, ohne dies sei Europa nicht zu verteidigen. Offiziell wurde die Version aufrechterhalten, eine Ersatzlösung für die EVG werde nicht diskutiert, solange die endgültige französische Entscheidung noch in der Schwebe sei[80]. Zwei Tage vorher jedoch hatte *Dulles* den Senator *Wiley* in einem Brief über die Politik nach einem eventuellen Scheitern der EVG informiert. Frankreich sollte eingeladen werden, zusammen mit den Vereinigten Staaten, Großbritannien und der Bundesrepublik die Bonner Verträge über die Souveränität Westdeutschlands zu unterzeichnen. Die Bundesrepublik sollte weiterhin Stationierungskosten zahlen, die Wiederbewaffnung aber sollte noch etwas hinausgezögert werden. Am 31. August arbeitete man in Washington an einer Zwischenlösung zwischen einer Teilnahme der Bundesrepublik an einem übernationalen Verteidigungssystem (wie es die EVG hätte sein sollen) und einer nationaldeutschen Beteiligung an der Atlantikpakt-Organisation[81].

In den Vereinigten Staaten gab die Ablehnung der EVG dem Isolationismus Auftrieb[82]. *Dulles* trat dem entgegen mit der Erklärung, die Vereinigten Staaten würden sich bei allem Bedauern für das Scheitern nicht mit einer Politik der Selbstaufgabe identifizieren, wie es der Isolationismus sei. Er trat für ein schnelles NATO-Treffen und sofortige Konsultation *Adenauers* ein, denn Deutschland dürfte nun nicht mehr zurückgesetzt werden, nachdem die EVG ohne seine Schuld gescheitert sei[83].

Kurz darauf flog Dulles nach Europa, um — wie es hieß, auf Wunsch Adenauers — in Paris und London die deutsche Souveränität voranzubringen. Er besuchte zuerst Bonn, flog dann direkt nach London und von dort zurück in die Staaten. Paris besuchte er nicht. Diese demonstrative Geste wurde in Europa und auch in den Vereinigten Staaten außerordentlich scharf kritisiert[84].

Am 16. September, einen Tag vor dem Besuch Dulles', erklärten britische und amerikanische Kreise in London, die Vereinigten Staaten würden jetzt den britischen Plan zur Einbeziehung der Bundesrepublik in die NATO und ihre Wiederbewaffnung in diesem Rahmen unterstützen. Diese Politik sei vom Nationalen Sicherheitsrat beschlossen und dem amerikanischen Botschafter in London von Dulles noch vor dessen Europareise erläutert worden[85]. Nach seiner Rückkehr nach Washington äußerte der Außenminister die Befürchtung, das Scheitern der EVG werde die nach Osten und auf die Wiedervereinigung orientierten Kräfte in Westdeutschland stärken und Adenauers Position schwächen, wenn nicht bald etwas geschehe[85a].

Das Ergebnis der Londoner Konferenz in den ersten Oktobertagen wurde in Amerika stürmisch begrüßt: die neue Lösung sei besser als die EVG, weil sie die Briten einbeziehe, was die deutsche Wiederbewaffnung für Frankreich annehmbar mache. Dulles' persönliches Prestige stieg durch diesen Erfolg beträchtlich. Er galt als der Retter des Atlantischen Bündnisses, wenn nun auch die europäische Gemeinschaft nicht zustande kommen würde[86].

Die sowjetische Antwort auf London waren zwei Noten mit der Einladung zu einer Viererkonferenz am 29. November 1954[87]. Die Aufnahme in Washington war kühl; der Präsident erklärte sie für Versuche, die Ratifizierung der Pariser Verträge, an denen gerade gearbeitet wurde, zu verhindern. Dulles nahm die beiden Noten als Beweis dafür, daß sich die Sowjets in der diplomatischen Defensive befänden. Als das französische Parlament kurz vor Jahresschluß die Verträge billigte, begrüßte man das in Washington zwar, war aber bestürzt über die außerordentlich große Widerwilligkeit, mit der die Zustimmung gegeben worden war. James *Reston* berichtete der *New York Times* über Pläne im State Department, Frankreich „auszusparen" und eine „Linie durch Belgien und Holland nach Bonn zu ziehen". Aber auch dorthin blickte man nicht ohne Besorgnis wegen der zunehmenden Stimmen, die diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion forderten[88].

Der Abschluß des Südostasien-Paktes

Der Südostasien-Pakt machte zunächst langsame Fortschritte in Form einiger Anti-Subversions-Arrangements und wirtschaftlicher Vereinbarungen. Um dem britischen Wunsch nach einer Teilnahme der Colombo-Mächte entgegenzukommen, erklärte *Dulles*, man würde versuchen, den Pakt unter Einbeziehung dieser Staaten zu einem übermilitärischen Rahmenwerk politischer Grundsatzerklärungen zu erweitern[89]. Gemeinsame Truppenverbände sollten, den Wünschen des Pentagon entsprechend, nicht aufgestellt werden. Als der Pakt dann in Manila unterzeichnet wurde, ergänzte man ihn durch die sogenannte „Pazifik-Charta", welche die Grundsätze der Selbstbestimmung und Unabhängigkeit der Völker verkündete[90]. Die Grenze des Geltungsbereiches des Paktes verlief südlich von Formosa, das nicht beteiligt war, und ließ auch die beiden Küsteninseln Quemoy und Matsu aus, welche die chinesischen Kommunisten gerade zu be-

schießen begonnen hatten, als Dulles nach Washington zurückkehrte.

Die Formosa-Krise
(September 1954 bis Ende April 1955)

Bei einem Besuch in Taipeh hatte *Dulles* ein förmliches Bündnis mit Nationalchina zwar vorerst vermeiden können, aber der Tschiang-Mythos band die Administration jetzt, als der mehrfach angekündigte rotchinesische Angriff auf Formosa vor der Tür zu stehen schien. Die Vertreter der „Kriegspartei" im Vereinigten Generalstab und im Kongreß verlangten den Rückzug der 7. Flotte, die Tschiang „zurückbinde", und die Verteidigung der Küsteninseln. Ihre Bemühungen, „die Vereinigten Staaten in einen fremden Bürgerkrieg" — wie es die Demokraten nannten — hineinzuziehen, wurden so stark, daß sich der Präsident, wie später noch einmal, gezwungen sah zu erklären, der Präventivkrieg sei kein Mittel der amerikanischen Politik[91]. Die neue demokratische Kongreßmehrheit (seit Januar 1955), von der man nach den Erfahrungen der letzten zwei Jahre eine Unterstützung der Regierung erwarten konnte, brachte in der Formosa-Frage zunächst keine Erleichterung für die Administration, weil die öffentliche Meinung durch die Verurteilung von 13 amerikanischen Fliegern zu Gefängnisstrafen in Rot-China erbittert war. Mitte Januar zeichnete sich eine Entspannung der Lage ab[92], und in einer Pressekonferenz am 19. Januar faßte *Eisenhower* vorsichtig die Existenz „zweier China" ins Auge, indem er die Initiative der Vereinten Nationen für einen Waffenstillstand in der Formosa-Straße begrüßte und zu unterstützen versprach, auch wenn beide Parteien auf dem Standpunkt beharren sollten, es handle sich um eine interne chinesische Angelegenheit[93]. Am 23. Januar jedoch forderte er vom Kongreß eine Vollmacht zur Verteidigung der Pescadoren-Inseln und Formosas und für alle zu diesem Zweck erforderlichen Maßnahmen. Dies wurde, obwohl es eine Verhärtung anzudeuten schien, als eine befreiende Tat begrüßt. Die Vereinigten Staaten, so hieß es, hätten nach fünf Jahren des Wartens wieder eine China-Politik. Man habe in Washington den Eindruck gehabt, die Chinesen wollten wissen, wie weit sie gehen dürften. Sie wüßten es jetzt und seien über die Kampfbereitschaft der Vereinigten Staaten unterrichtet, schrieb die *Neue Zürcher Zeitung* am 24. Januar. Gewisse Formulierungen der Vollmacht führten jedoch bald zu einer scharfen innenpolitischen Kontroverse mit dem Vorwurf, die Regierung habe sich den „Interventionisten" gebeugt und durch planmäßige Unklarheit die Möglichkeit zum „Präventivkrieg" offengelassen. *Dulles* selbst entschied sich durch diese Unklarheit gegen die britischen und indischen Wünsche nach einer eindeutigen Verteidigungslinie und zugunsten der asiatischen Verbündeten, denen ein deutlicher Verzicht auf die Küsteninseln als Verrat an Tschiang erschienen wäre. Immerhin nahmen es die Briten mit Erleichterung auf, daß der Präsident erklärte, Formosa sei eine Angelegenheit der Amerikaner. Die Unsicherheit zog sich noch bis in die zweite Aprilhälfte hin. Befürchtungen, man gehe „wegen Quemoy und Matsu in den großen Krieg", wurden immer offener geäußert. Am 27. März forderte die *New York Times* in ungewöhnlich scharfen Worten die Neufestsetzung einer Verteidigungslinie. Es möge tragisch sein für die Moral der Truppen Tschiangs, aber die Rücksicht auf das eigene Volk verbiete den dritten Weltkrieg wegen der Küsteninseln. Die „Feuerfresser" in Washington sollten endlich schweigen. Der Präsident betonte in einer scharfen Erklärung, er allein habe die Entscheidung, nicht die Admirale Radford oder Carney oder der Kommandeur der 7. Flotte[94].

Die Reaktion auf die sowjetische „Koexistenz"-Politik

Neue sowjetische Noten und „Koexistenz"

Am 31. März 1954 schlugen die Sowjets ein europäisches Sicherheitssystem vor und erklärten ihre Bereitschaft zum Beitritt zur NATO. In Washington lehnte man es ab, diesen Plan auch nur zu diskutieren. Auch ein weiterer Vorschlag dieser Art, der dritte seit der Berliner Konferenz vom Januar 1954, wurde nach Beratungen mit Großbritannien und Frankreich abgelehnt. Dulles schlug dagegen Verhandlungen zur Verringerung der Weltspannungen sowie über den österreichischen Staatsvertrag, die deutsche Wiedervereinigung und eine allgemeine Abrüstung vor. Inzwischen häuften sich in Washington die Stimmen zum Thema „Koexistenz". Senator *Knowland* nannte sie ein sowjetisches trojanisches Pferd, mit dem der Kreml nur Zeit gewinnen wolle, um zu einem „Atom-Remis" zu kommen (ein Ausdruck, der hier zum erstenmal auftaucht). *Dulles* und *Eisenhower* wiesen diesen Gedanken jedoch zurück und erklärten, gute Beziehungen zur Sowjetunion seien der Schlüssel zum Frieden[95]. Der Widerstand der Rechtsrepublikaner gegen jede „Erweichung" der offiziellen Politik setzte die Administration aber so unter Druck, daß Dulles den Botschafter in Moskau, Charles *Bohlen*, nach Washington zitierte, um ihn ein Gutachten über die russische Vorstellung von Koexistenz zur Stützung der Regierung gegen Knowland abgeben zu lassen[96]. Dennoch blieb die Abneigung der Regierung gegen eine Viererkonferenz vorerst bestehen. In Washington glaubte man, nach James *Reston*, zu dieser Zeit an eine zunehmende Aufsässigkeit der freiheitlichen Kräfte in den Ostblockstaaten, die entmutigt werden würden, wenn man in fruchtlosen Verhandlungen mit den Sowjets zusammensitze und damit den bestehenden Zustand, den die Verhandlungen ja nicht ändern würden, mit bestätigte[97].

Da im Dezember 1954 der Druck auf den Präsidenten aber größer wurde, betonte man die bereits am 10. September aufgestellten Bedingungen für eine Außenministerkonferenz und wünschte für die „Gipfel-Konferenz" ebenfalls konkrete Punkte auf der Tagesordnung: die deutsche Wiedervereinigung nach freien Wahlen, wie von Eden in Berlin vorgeschlagen, und den Staatsvertrag für Oesterreich — unter Annahme des russischen Wortlauts einiger Artikel als westliche Konzession. In den Besprechungen zwischen *Dulles*, Charles *Bohlen* und Hochkommissar *Conant* wurde die Wiedervereinigung Deutschlands als ein Ziel der amerikanischen Politik bestätigt. Nach der Ratifizierung der Pariser Verträge sollte sie sogar das einzige Ziel der Deutschlandpolitik werden. Bohlen wurde zum Koexistenz-Aspekt dieses Problems befragt. Er kehrte nach Moskau mit dem Auftrag zurück, den Eisernen Vorhang zwischen den westlichen Diplomaten und den sowjetischen Regierungsstellen etwas zu lüften. Eine Annäherung an die Sowjetunion schien angesichts der Verschärfung in der Formosa-Straße wünschenswert. Am 21. März 1955 nannte Dulles Rot-China eine schlimmere Bedrohung für den Weltfrieden als die Sowjetunion. Er vermutete hinter den jüngsten Ereignissen in Moskau (Absetzung Malenkows) eine Schwäche des Systems und stellte *Schukow* und *Malenkow* eine Verständigung mit den Vereinigten Staaten in Aussicht, falls sie sich gegen die Vertreter des unnachgiebigen Kurses (für deren Exponenten man *Chruschtschow* hielt) durchsetzen würden[98]. Ein Vierertreffen wurde jedoch nach wie vor abgelehnt. Die Veröffentlichung der Jalta-Papiere[99], in denen die Sünden der Geheimdiplomatie in besonders grellem Licht erschienen, lieferte der Regierung das Argument für die Ablehnung einer Konferenz auf höchster Ebene. Der Präsident erklärte, für ein solches Treffen sei die Zeit noch nicht reif. Er wünsche erst Taten des russischen Friedenswillens zu sehen. Immerhin sei er bereit, nach Inkrafttreten der Pariser Verträge vorbereitende Besprechungen auf tieferer Ebene zuzulassen, jedoch ohne Beteiligung Rot-Chinas. Er forderte eine Tagesordnung; ein privates direktes und persönliches Gespräch der Regierungschefs komme nicht in Frage. Sollte über Deutschland gesprochen werden, müßten die Deutschen dabei sein[100].

Am 29. April berichtete Dulles dem Senat über die beiden Protokolle zur Wiederherstellung der Souveränität der Bundesrepublik Deutschland, die zur Ratifizierung vorlagen. Er erklärte, die neugewonnene Einheit des Westens gestatte neue Verhandlungen mit den Sowjets über die Hauptziele der amerikanischen Europapolitik: Wiedervereinigung Deutschlands und Abschluß eines Friedensvertrages. Er versicherte, die amerikanischen Truppen könnten jederzeit aus Europa zurückgezogen werden[101]. Am 28. April erklärte *Eisenhower*, er stehe in persönlichem Briefwechsel mit *Schukow*, der zu Hoffnungen auf einen Ausgleich mit der Sowjetunion Anlaß gebe. Er hoffe auch auf einen Ausgleich mit China, wo sich die günstige Entwicklung in einem inoffiziellen Waffenstillstand in der Formosa-Straße fortgesetzt hatte. Am 4. Mai berichtete die *New York Times* über größte diplomatische Aktivität, um die Ernsthaftigkeit der sowjetischen Friedensbeteuerungen zu prüfen. *Dulles* äußerte die Hoffnung, den österreichischen Staatsvertrag bereits Mitte Mai unterzeichnen zu können. Es wurde auch eine Lockerung der Embargo-Bestimmungen ventiliert und ein neues Atomwaffen-Kontrollsystem ausgearbeitet, mit dem man die Abrüstungsdebatte wieder in Gang zu bringen hoffte. Dazu hatte die Bandung-Konferenz gezeigt, daß es in Asien noch eine ganze Reihe Freunde der Vereinigten Staaten gab.

Am 10. Mai erklärte *Eisenhower* plötzlich, er sei bereit, sich vor einem Außenministertreffen mit *Bulganin* zusammenzusetzen; er habe zwar keine großen Hoffnungen auf Ergebnisse, wolle aber „alles tun und überall hingehen", um dem Frieden zu dienen. Was von einer solchen Konferenz zu erwarten wäre, hoffte *Dulles* bei der Unterzeichnung des Staatsvertrags in Wien von *Molotow* zu erfahren, wo er auch über eine Tagesordnung der „Gipfel-Konferenz" sprechen wollte[102]. Die sowjetische Bereitschaft, den österreichischen Staatsvertrag zu unterzeichnen, wurde in Washington als Friedensangebot und als Beweis des guten Willens der Sowjets betrachtet. Die Sowjetunion hatte sich dem einen „Prüfstein" genähert. Dulles' Reise nach Wien und seine triumphale Rückkehr erschienen als ein großer Sieg; der Außenminister selbst machte ihn zu einem Erfolg der überparteilichen nationalen Außenpolitik, indem er von Wien aus Gedenktelegramme an Marshall und Acheson schickte[103].

Die Frage der Neutralität

Sofort stellte sich nun das Problem der militärischen und politischen Neutralität. Walter *Lippmann* forderte für die kleinen und schwachen Nationen dasselbe Recht auf Neutralität, wie es die Vereinigten Staaten beansprucht hätten, als sie selbst schwach gewesen seien. Vor allem dürfe man Neutralität nicht von vornherein für unmoralisch erklären[104]. Einige vorsichtige Bemerkungen des Präsidenten über das Thema „Neutralität für Deutschland" kritisierte die amerikanische Presse heftig und wies sie als unbedacht zurück. *Dulles* setzte sich mit seiner Meinung besser durch. Er versicherte *Adenauer* offiziell, für Deutschland komme Neutralität nicht in Frage, auch nicht für ein wiedervereinigtes; die Vereinigten Staaten würden sich allen derartigen Plänen widersetzen. Botschafter *Krekeler* ließ sich das vom Präsidenten noch einmal bestätigen[105]. Zur Einladung Adenauers nach Moskau erklärte der Präsident, er sei überzeugt, der Bundeskanzler würde fest zum Westen stehen.

Neue Kontakte mit Peking (Sommer 1955)

Unter den allgemeinen Vorbereitungen zum Genfer Vierertreffen vollzog sich auch eine Intensivierung der amerikanischen China-Beziehungen. Anfang Juli hatte Burmas Ministerpräsident, *U Nu,* eine zunehmende Neigung in offiziellen Washingtoner Kreisen festgestellt, das Thema der Zulassung der Volksrepublik zu den Vereinten Nationen zu besprechen, sobald die Zeit dafür reif sei. Das State Department dementierte zwar, aber ein Telegrammaustausch mit der indischen Regierung berührte diese Fragen bereits. Auch britische Vermittlung schaltete sich ein, und Moskau entwickelte sich zum Relais für amerikanisch-rotchinesische Kontakte[106].

Die *Neue Zürcher Zeitung* hatte schon am 31. Mai empfohlen, mehr auf die Taten als auf die Worte Washingtons zu hören. Es sei die schon in der Indochina-Frage betriebene Politik auf zwei Ebenen, eine davon für den Hausgebrauch zur Beschwichtigung der radikalen Republikaner. Am 2. August begannen in Genf die amerikanisch-chinesischen Besprechungen über die Rückkehr heimkehrwilliger Zivilisten und gefangener Flieger. Es wurde betont, die Verhandlungen bedeuteten keine Anerkennung Rot-Chinas. Es werde nur über praktische Fragen gesprochen. Nebenbei sickerte jedoch durch, die Botschafter sollten auch eine Außenministerkonferenz über fernöstliche Fragen vorbereiten. Außenminister *Dulles* erklärte bald darauf, er schließe die Möglichkeit direkter Verhandlungen mit Rot-China nicht aus, nur sehe er im Augenblick noch keine Möglichkeit dafür. Der Präsident sagte, man müsse sich mit dem Gedanken an Verhandlungen vertraut machen. Die Verhandlungen in Genf zogen sich über Wochen hin. Der chinesische Vertreter bemühte sich um die Zustimmung seines amerikanischen Gesprächspartners zur Teilnahme *Tschu En-lais* an der Genfer Außenministerkonferenz, die dem Treffen der Regierungschefs folgen sollte[107].

Die Genfer Konferenz und ihr Nachspiel

Die Konferenz der Regierungschefs in Genf ergab *Eisenhowers* Vorschlag der Luftüberwachung, eine Anzahl von Richtlinien für das Treffen der Außenminister und als folgenschwerstes Produkt den „Geist von Genf". Dieser bildete einige Wochen lang das Hauptthema der politischen Diskussion. Am 24. August jedoch „brach" (nach James *Reston)* ihn der Präsident mit der Erklärung, dieser Geist bedeute nicht, daß man sich mit der Teilung Deutschlands und der Existenz von Satelliten abfinden werde[108]. Der Eifer Europas bei der Beschäftigung mit diesem „Geist von Genf" machte in Washington nicht geringe Sorgen. Man glaubte hier, die Europäer hielten den „Geist" bereits für eine wirkliche Tat zur Weltentspannung. Eisenhowers Worte wurden deshalb als Klärung empfunden.

Dulles hatte die Absicht geäußert, auf der Genfer Außenministerkonferenz mit den Sowjets über die Entwicklung im Mittleren Osten zu sprechen[109]. Auf die dringenden Bitten Israels um Waffenlieferung hatte er erklärt, die arabischen Waffenkäufe in den Ostblockstaaten würden die in der gemeinsamen amerikanisch-französisch-britischen Erklärung von 1950 über die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts und gegen jede Aggression im Mittleren Osten vorgesehenen Maßnahmen nicht aulösen. Er wollte das Klima vor der Außenministerkonferenz nicht verschlechtern. Am 6. November sagte die amerikanische Regierung noch einmal allen Versuchen der Vereinten Nationen zur Rettung des Waffenstillstandes in Palästina stärkste Unterstützung zu[110]. Im Oktober hatte sich Dulles noch optimistisch über die Aussichten der Außenministerkonferenz geäußert; im allgemeinen breitete sich aber in Washington bereits ein Gefühl der Enttäuschung und Unsicherheit aus. Offizielle Stellen fühlten sich den Angriffen der Rechtsrepublikaner, man sei auf den Trick des „Geistes von Genf" hereingefallen, ohne Gegenargumente hilflos ausgeliefert. Am 10. Oktober berichtete die *New York Times,* man habe in der Administration das Gefühl, daß man in unübersehbare Schwierigkeiten renne; keiner glaube mehr an den „Geist von Genf", dazu befürchte man ein Wiederaufleben des Kampfes um Formosa. Schließlich erregten der wachsende Widerstand gegen die alliierten Stützpunkte in Nordafrika und die Cypern-Frage mit ihrer Gefährdung der rechten NATO-Flanke Besorgnis, ebenso die sowjetische Versteifung in der Frage der deutschen Wiedervereinigung. Die Krankheit des Präsidenten verstärkte noch die Unsicherheit und Niedergeschlagenheit in der Führung. In dieser Situation begann man in Washington (nach James *Reston),* sich auf die geistigen Grundlagen der Politik neu zu besinnen. In einer Zeit, da Machtanwendung sich verbiete, müßten neue Formen des Austragens von Meinungsverschiedenheiten gefunden werden. *Radford, Nixon* und *Strauß* fragten sich und ihre Auditorien, wie es komme, daß die Kommunisten Erfolge hätten, während es den Amerikanern nicht gelinge, ihren „American way of life" verständlich zu machen. Daß Außenminister Dulles trotz allem offiziell gezeigten Optimismus ähnliche Gedanken hegte, zeigte sich bald.

Bei den Genfer Botschafter-Verhandlungen wurde das Bestreben des rotchinesischen Unterhändlers *Wang* immer deutlicher, die Freilassung der restlichen Zivilisten von der amerikanischen Zustimmung zur Teilnahme *Tschu En-lais* an der Genfer Außenministerkonferenz abhängig zu machen. Wang spekulierte dabei auf die zunehmende Ungeduld der amerikanischen Oeffentlichkeit. Botschafter *Johnson* blieb jedoch unnachgiebig. Mitte Oktober griff ihn Radio Peking wegen seiner dilatorischen Verhandlungsführung scharf an. Auf eine direkte Anfrage Wangs in Washington, wie man zu Verhandlungen zwischen

Dulles und Tschu En-lai stehe, erklärte der Außenminister, erst sollten die Botschafter-Verhandlungen ausgeschöpft werden[111]. Nach Beginn der Konferenz machten die Vereinigten Staaten ihre Zustimmung zur direkten Verhandlung der Außenminister von einer gemeinsamen „Verzicht auf Gewalt"-Erklärung für die Formosa-Straße abhängig[112].

Dulles war mit guter Rückendeckung nach Genf gegangen, da die demokratische Kongreßmehrheit die Außenpolitik der Regierung unterstützte. Dennoch war bis zum Vorabend der Konferenz aller Optimismus verflogen. Man erwartete nicht, daß *Molotow* bereit sein würde, die Deutschlandfrage mit Vorrang zu behandeln[113]. Nach dem Scheitern der Konferenz herrschte in Washington Einmütigkeit, daß die Vereinigten Staaten jetzt ihre Vorschläge gemacht hätten und es nun an den Sowjets sei, Angebote zu unterbreiten.

Eine Zwischenbilanz

Die ersten drei Jahre der Administration Eisenhower—Dulles haben der amerikanischen Außenpolitik die Initiative nicht in dem Maße zurückgebracht, wie man gewünscht hatte, sondern bestanden in einem oft mühsamen Lavieren zwischen außenpolitischen Gegnern, Verbündeten, parlamentarischen Kontrollorganen und militärischen Wünschen. Die tastende Behutsamkeit des Präsidenten gegenüber den verfassungsmäßigen Einrichtungen führte in den ersten beiden Jahren mit republikanischer Kongreßmehrheit oft genug zur völligen Lähmung der Außenpolitik. Die eigentliche „Aera Eisenhower", sofern man diesen Begriff nicht nur zeitlich verstehen will, begann somit erst mit dem Einzug der demokratischen Mehrheit in den Kongreß. In extrem schlechter Position zwischen seinen früher geäußerten, bald als unanwendbar erkannten Prinzipien, einem militant-dogmatischen Kongreß mit starken isolationistischen Kräften, einer Reihe selbstbewußter und empfindlicher Bundesgenossen und einem entschlossenen, zielstrebigen, skrupellosen Gegner hat John Foster *Dulles* zwei Jahre lang in der politischen Verteidigung der westlichen Welt Bedeutendes geleistet, aber ein Maß von Kritik auf sich geladen wie kaum ein Außenminister der amerikanischen Geschichte. Der Präsident hat ihn immer bedingungslos verteidigt, und auf dem Tiefpunkt der allgemeinen Wertschätzung während der Indochina-Krise haben einige führende Blätter Dulles' Leistung gewürdigt[114].

Präsident *Eisenhower* hatte zu Beginn seiner Amtszeit darauf hingewiesen, daß die Administration keinen reinen Tisch vorfinde. Der „reine Tisch" ist in den ersten drei Jahren auch nicht geschaffen worden. Von den aus der „Truman-Acheson-Aera" „ererbten" außenpolitischen Aufgaben war Ende 1955 nur eine, die Beendigung des Korea-Krieges, gelöst worden. Die europäische Einigung war nicht zustande gekommen, die China-Frage war von einer Lösung weiter denn je entfernt, ja, man hatte nicht einmal eine Vorstellung, wie diese Lösung aussehen könnte. Im Mittleren Osten zog sich im Winter 1955/56 die Krise zusammen.

Das charakteristische Thema der republikanischen Außenpolitik, die Bemühung um regionale Sicherheitspakte, begann gewisse Erfolge zu zeitigen, als die Entwicklung der Militärtechnik und der sowjetische diplomatische Stil in der „Aera der Koexistenz" diese Pakte bereits wieder umstritten machten.

Anmerkungen

1) *Neue Zürcher Zeitung* (fortan zit. *NZZ)* vom 7. März 1953.

2) Noch vor seiner Vereidigung hatte Präsident *Eisenhower* ein Komitee unter Vorsitz des New Yorker Bankiers William *Jackson* gegründet, das eine „einheitliche und dynamische Strategie für die psychologische Führung des Kalten Krieges" entwerfen sollte *(Economist* vom 21. März 1953).

3) *The New York Times* (fortan zit. *NYT)* vom 11. April 1953.

4) *NYT* vom 3. April 1953.

5) *NYT* vom 2. April 1953.

6) *Die Neue Zeitung* (fortan zit. *NZ)* vom 20. April 1953.

7) *NYT* vom 26. April 1953.

8) *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (fortan zit. *FAZ)* vom 24. April 1953 und der Bericht des Korrespondenten *Sulzberger* für die *NYT* vom 10. Mai 1953, worin es heißt, Eisenhower sei in Europa jetzt akzeptiert, aber Dulles als Vertreter des „roll back" und der „liberation" unbeliebt.

9) Zur Frage der amerikanischen Handelspolitik vgl. den Aufsatz von Gardner *Patterson* in Europa-Archiv 24/1954, S. 7155—7165.

10) Zur Reise Dr. Milton *Eisenhowers: NYT* vom 24. Juni, *NZZ* vom 9. Juli und *NYT* vom 19., 28. und 29. Juli 1953.

11) *NYT* vom 9. April 1953.

12) *NZ* vom 30. März, *NZZ* vom 30. und 31. März, *FAZ* vom 30. März 1953.

13) *NZZ* vom 9. April 1953.

14) *The Times* vom 8. Mai 1953.

15) *The Times* vom 12. Mai 1953.

16) Vgl. zur Vorgeschichte dieser Fragen und zur Entwicklung der Bemühungen um regionale Verteidigungspakte im Mittleren Osten den Aufsatz von Fritz *Steppat* in Europa-Archiv 14/1955, S. 7985—8003.

17) *NYT* vom 18. Mai 1953.

18) *NYT* vom 22. Mai und 2. Juni 1953.

19) *NZZ* vom 1. Juni 1953.

20) *NYT* vom 26. Mai 1953.

21) *The Times* vom 4. Juni, *Economist* vom 6. Juni und *NZZ* vom 5. Juni 1953.

22) *NYT* vom 2. Juni 1953.

23) Vgl. den erwähnten Aufsatz von *Steppat.*

24) Im Oktober 1953 ging die Regierung so weit, die Israel-Hilfe stark zu drosseln, um Israel zur Aufgabe eines umstrittenen Planes zur Nutzung des Jordanwassers zu zwingen *(NYT* vom 29. Oktober 1953).

25) Vgl. den Aufsatz von *Steppat.*

26) *NYT* vom 27. August 1955.

27) *NZZ* vom 28. August 1955.

28) *NZZ* vom 15. Mai 1955.

29) *NYT* vom 13. Mai und *The Times* vom 14. Mai 1953.

30) *NYT* vom 16. Mai 1953.

31) In seinem Aufsatz „Die Krise der anglo-amerikanischen Allianz“ nennt C. *Geyer* im *Internationalen Jahrbuch der Politik*, 1954, S. 178 ff., diesen Unterschied in den Auffassungen die tiefste Ursache der Verstimmung zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien, die ihren Höhepunkt während der Indochina-Krise erreichte.
32) *FAZ* vom 19. Mai 1953.
33) *NZZ* vom 27. Mai 1953.
34) *NYT* vom 27. Mai 1953.
35) *FAZ* vom 29. Mai 1953.
36) *NZ* und *NYT* vom 11. und 12. Juni 1953.
37) *NYT* vom 27. Juni 1953.
38) *NYT* vom 22. Mai 1953.
39) *The Times* vom 25. Mai und *NZZ* vom 23. Mai 1953.
40) *NYT* vom 4. Juni 1953.
41) *NZ* vom 15. Juni 1953.
42) *NZ* vom 6. Juni 1953.
43) *FAZ* vom 16. Juni 1953.
44) *NZZ* vom 10. Juli 1953.
45) *The Times* vom 17. Juli 1953.
46) *NZZ* vom 19. Juli, *Amerika-Dienst* vom 22. Juli 1953.
47) *The Times* vom 21. März, *Le Monde* vom 30. November und *NZ* vom 2. Dezember 1953.
48) *FAZ* vom 7. Dezember, *The Times* vom 8. Dezember, *NYT* vom 10. und 14. Dezember 1953.
49) *NZZ* vom 11. Januar, *NYT* vom 17. März, *FAZ* vom 8. Juni und 10. Juni, *NZZ* vom 10. Juni, *NYT* vom 27. und 28. September 1954.
50) *Manchester Guardian* vom 24. September und *NZZ* vom 5. September 1953.
51) *NYT* vom 1. Oktober 1953.
52) *NYT* vom 20. September 1953.
53) *NZZ* vom 5. September, *The Times* vom 3. Oktober, *NZZ* vom 7. Oktober 1953.
54) *NZ* vom 22. Oktober 1953.
55) *Le Monde* vom 29. Oktober 1953.
56) *NZZ* vom 23. Dezember 1954.
57) *Economist* vom 2. August 1954, Europa-Archiv 20/1953, S. 6050, und 22/1953, S. 6101.
58) *NYT* vom 15. April, 6. Mai 1954 und 14. Februar 1955.
59) Bis dahin hatte die Rücksicht auf Großbritannien, das von dem spanisch-amerikanischen Bündnis eine Stärkung für Francos Gibraltar-Politik befürchtete, eine große Rolle in der Politik Washingtons gespielt.
60) *Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung* vom 28. August 1954 und *FAZ* vom 18. März 1955.
61) *Süddeutsche Zeitung* vom 4. April 1956.
62) Europa-Archiv 24/1953, S. 6231.
63) Zitiert in *FAZ* vom 14. und 16. Dezember 1953.
64) *NZ* vom 24. Dezember 1953.
65) *NYT* vom 9. Januar 1954.
66) Vgl. den erwähnten Aufsatz von C. *Geyer*.
67) *Le Monde* vom 31. Dezember 1953, FAZ vom 4. Januar und *NYT* vom 9. Januar 1954.
68) *NYT* vom 13. Januar und *FAZ* vom 14. Januar 1954.
69) *NYT Magazine* vom 27. März 1954.
70) *NYT* vom 16. März und *The Times* vom 17. März 1954.
71) *NYT* vom 25. März und *Manchester Guardian* vom 16. März 1954.
72) *NZZ* vom 25. Februar 1954.
73) Zur Entwicklung der Bemühungen um „united action“ vgl. den erwähnten Aufsatz von *C. Geyer* sowie *NYT* vom 28. März, *NZZ* vom 31. März, *The Times* vom 1. April, *NYT* vom 4. April, *The Times* vom 29. April 1954.
74) *NZZ* vom 26. April, *NYT* vom 30. April 1954. Die Umstände dieser Reise waren nicht ganz durchsichtig. *Mendès-France* soll überrascht gewesen sein, obwohl er, wie es hieß, *Dulles* — und das wieder nach Aufforderung von Washington her — nach Paris eingeladen habe. Die Anregung aus Washington habe der amerikanische Delegationsführer in Genf, *Johnson*, überbracht. Dieser Version, derzufolge Dulles aus Furcht vor diplomatischer Isolierung der Vereinigten Staaten beim Fernbleiben von Genf und vor der drohenden britisch-französischen Allianz, die sich gegen die geplante SEATO auswirken konnte, handelte, stand die andere, von Kingsbury *Smith* angelegte, gegenüber, Mendès-France sei an dem Treffen interessiert gewesen und habe einen letzten Versuch machen wollen, Dulles zur Teilnahme an der Genfer Schlußphase zu bewegen.
75) Thruston *Morton*, Assistant Secretary of State, erklärte sofort nach Dulles' Abreise, die Vereinigten Staaten würden an keinem Friedensschluß in Indochina teilnehmen, der nach „appeasement“ schmecke.
76) Vgl. den Artikel von C. *Geyer*.
77) *NYT* vom 2. Juli 1954.
78) Europa-Archiv 10/1954, S. 6582.
79) *NYT* vom 19. Juni 1954.
80) *NYT* vom 29. August 1954.
81) *NZZ* vom 27. August und *FAZ* vom 31. August 1954.
82) In Bonn erklärte Senator *Wiley*, in den Vereinigten Staaten sei ein Neo-Isolationismus im Entstehen, den die Enttäuschung mit der EVG wahrscheinlich fördern werde. Dieser argumentiere mit der Notwendigkeit, den großen Vorsprung der Sowjets bei der Entwicklung der interkontinentalen Rakete aufzuholen. Das erfordere aber so viel Geld, daß die kostspieligen Stützpunkte dafür aufgegeben werden müßten. Andernfalls würde das republikanische Wohlstandsprogramm gefährdet.
83) *NYT* vom 1. September 1954.
84) James *Reston* nannte sie in der *NYT* eine „Ohrfeige für Frankreich, eine Schocktherapie, die danebengehen wird“. Das an sich regierungsfreundliche Blatt warnte Dulles davor, Deutschland Frankreich vorzuziehen. Die Sympathien Amerikas seien nach allem, was man gemeinsam mit Frankreich — besonders gegenüber Deutschland — durchgemacht habe, auf Frankreichs Seite.
85) *FAZ* vom 17. September 1954.
85a) *NZZ* vom 24. September 1954.
86) *NNZ* vom 24. September und 6. Oktober 1954.
87) Europa-Archiv 1/1955, S. 7206 ff.
88) *FAZ* vom 10. November 1954.
89) *NYT* vom 23. August 1954.
90) *NZZ* vom 17. September 1954.
91) *NYT* vom 30. November und *FAZ* vom 12. August 1954.
92) *NYT* vom 15. Januar, *NZZ* vom 21. und 22. Januar und 4. April 1955. Senator *George*, der neue Vorsitzende des Außenpolitischen Senatsausschusses, erklärte am 19. Januar, man werde sich unter den gegenwärtigen Umständen mit der Ratifizierung des Beistandsabkommens mit Formosa nicht beeilen.
93) *NZZ* vom 21. Januar 1955, *NYT* vom 20. Januar 1955.
94) *NYT* vom 27. März und *NZZ* vom 4. April 1955.
95) *NYT* vom 17. November 1954.
96) *NZZ* vom 18. November 1954.
97) *NYT* vom 21. Dezember 1954.
98) *NYT* vom 17. Februar 1955.
99) Ihre Veröffentlichung war von republikanischer Seite im Kongreß seit langem gefordert worden, die Regierung zögerte aber, weil sie *Churchills* Abneigung kannte, der seinerseits darauf hinwies, die Sowjets seien entschieden gegen eine Veröffentlichung, weil sie auch ihre gegenwärtige Deutschlandpolitik stören würde. Schließlich wurden die Dokumente bekannt durch die *New York Times*, deren Washingtoner Vertreter in ihren Besitz gelangte.
100) *NZZ* vom 1. April 1955.
101) *NYT* vom 30. April und *NZZ* vom 30. April 1955.
102) *The Times* vom 11. Mai 1955.
103) *NYT* vom 16. Mai 1955.
104) *NZZ* vom 19. Mai 1955.
105) *Süddeutsche Zeitung* vom 25. Mai und *NZZ* vom 27. Mai 1955.
106) *NYT* vom 27. Mai, *NZZ* vom 30. und 31. Mai, *NYT* vom 6. Juni 1955.
107) *NYT* vom 27. Juli und 2. August 1955.
108) *NYT* vom 25. August. *Dulles* erklärte später, von sowjetischer Seite sei in Genf erklärt worden, Koexistenz sei möglich, wenn sich die Vereinigten Staaten mit der sowjetischen Beherrschung der Satelliten abfänden (*NZZ* vom 26. und 28. August 1955).
109) *Süddeutsche Zeitung* vom 19. Oktober 1955.
110) *NYT* vom 6. November 1955.
111) *NYT* vom 16. Oktober und *Süddeutsche Zeitung* vom 19. Oktober 1955.
112) *FAZ* vom 11. November 1955.
113) *NZZ* vom 24. Oktober und *Economist* vom 29. Oktober 1955.
114) *NYT* vom 20. September 1953, 28. März und 13. Mai 1954, *NZZ* vom 31. März und 6. Mai 1954.

Materialien zur jüngsten Gestaltung der Grönlandfrage

Unter dieser Ueberschrift veröffentlichte das Europa-Archiv in Folge 14/1956 (S. 9035 bis 9040) eine Darstellung aus isländischer Sicht von Jón Dúason, Reykjavik. Hierzu ging uns inzwischen von dänischer Seite der folgende Diskussionsbeitrag zu:

Grönland und der übrige Norden

Von Studienrat Finn Gad, Kopenhagen

Aus der Zeit vor 982/83 vermittelt uns das nordische Quellenmaterial nur äußerst unsichere Berichte über Grönland. Erst mit *Erichs des Roten* Landnahme 985/86 hat man sichere Anhaltspunkte. In erstaunlich kurzer Zeit wurde die südliche Westküste von Landnahmsleuten besiedelt, die zwei Siedlungen gründeten: Østerbygden, die Ostsiedlung (die heutigen Gemeinden Julianehåb, Narssaq und Nanortalik) und Vesterbygden, die Westsiedlung (heute die Gemeinde Godthåb). Eine Gemeinschaft freier Bauern bevölkerte diese Siedlungen. Sie brachten die Rechtsordnung mit, die sie aus Island gewohnt waren, scheinen aber keine permanente Zentralbehörde geschaffen zu haben. Die Besiedelung war verhältnismäßig weit verstreut, und wahrscheinlich deshalb war eine engere Zentralgewalt nicht notwendig. Aus den geschichtlichen Quellen ist auch nicht ersichtlich, ob diese Siedlungen jemals das Allthing Islands als höhere Instanz anerkannt haben. Dies ist indessen nicht als *testimonium e silentio* dafür anzusehen, daß die grönländischen Gemeinschaften als eine Selbstverständlichkeit dem isländischen Allthing unterstanden.

Die damalige skandinavische Gemeinschaft an der Südwestküste Grönlands war eine typisch mittelalterlich-nordische, vom starken Individualismus der Bevölkerung geprägte Siedlungsgemeinschaft. Die kulturelle Entwicklung der Siedlungen Grönlands im allgemeinen läßt auch auf eine gewisse Selbständigkeit schließen, die das tägliche Leben auf der Grundlage der von Land und Klima gebotenen natürlichen Bedingungen zu gestalten sucht.

Die Verbindung mit dem übrigen Norden war indessen für diese ferne Mittelaltergemeinschaft eine Lebensbedingung. Eigentümlich ist es, daß man schon früh Island mied und unmittelbar nach Norwegen fuhr. Der Sohn Erichs des Roten, *Leif*, fuhr etwa um 1000 zum norwegischen König. Der Verkehr mit Norwegen war in den folgenden Jahrhunderten so eng, daß die Archäologen beispielsweise einen deutlichen norwegischen Einschlag in der Kirchenarchitektur haben nachweisen können (Aage *Roussel in* „Meddelelser om Grønland", LXXXIX, Seite 123 ff.). Die Verbindung kam politisch dadurch zum Ausdruck, daß die westgrönländischen Siedlungen im Jahre 1261 darauf eingingen, der norwegischen Krone Steuern und Wergeld zu zahlen. Ob der König dafür das Versprechen abgegeben hat, für das Befahren des Landes zu sorgen, ist ungewiß. Später wurde das königliche Befahren ein Monopol. Ein in Westgrönland ansässiger Beauftragter hatte die Interessen der Krone zu wahren.

In der Zeit vor 1261 bewiesen die westgrönländischen Siedlungen ihren Selbständigkeitswillen, indem sie einen eigenen Bischof verlangten. Inwieweit der isländische Bischof (seit etwa 1050) irgendwelche Gewalt auf Grönland ausgeübt hat, davon schweigen die Quellen. 1112 wurde ein Isländer zum Bischof von Grönland geweiht. 1121 hat er seinen Bischofssitz verlassen, um nach Weinland (Nordamerika) zu fahren. Die Bevölkerung nahm dann die Sache in ihre eigene Hand und sandte einen Beauftragten durch Vermittlung des norwegischen Königs an den Erzbischof von Lund. 1126 landete der neueingesetzte Bischof dann in Grönland. Der Bischofssitz in Gardar wurde bald das bedeutungsvolle Zentrum der westgrönländischen Siedlungsgemeinschaft. 1378 starb der letzte Bischof, der sich in Grönland aufhielt, und seither residierte kein Bischof mehr dort. Die Siedlungsgemeinschaften waren damals in unverkennbarem Niedergang.

Die letzte Hälfte des 14. Jahrhunderts und das ganze 15. Jahrhundert sahen das allmähliche Dahinsterben dieser Gemeinschaften. Die Westsiedlung scheint ungefähr um 1360 ausgestorben zu sein — wie, läßt sich nur ahnen. Uebrig blieb die Ostsiedlung. 1380 wurde die nowegische Krone durch Erbschaft mit der dänischen vereinigt, indem König *Oluf* mütterlicherseits dem dänischen Königsgeschlecht angehörte und väterlicherseits Alleinerbe der norwegischen Krone war. Bis 1814 blieben diese beiden Reiche dann kraft wiederholter Unionserklärungen und der Erblichkeit der norwegischen Krone im oldenburgischen Königshaus vereinigt. Grönland, Island, die Färöer, die Orkneyinseln und die Shetlandinseln gehörten mit dazu.

In Wirklichkeit hat die Union der Ostsiedlung in Grönland keine Besserung der Lage gebracht. Die Monopolfahrt versagte wegen des schwarzen Todes und der verwickelten politischen Probleme der Unionszeit bis 1521. Die Verbindung verkümmerte gänzlich, und nur zufällig erreichten einzelne Schiffe Grönland. Im Laufe des

15. Jahrhunderts trat eine Verschlechterung des Klimas ein, und gleichzeitig überspülte eine Welle eskimoischer Wanderer die Ueberreste der Siedlungen.

Seit ungefähr 600 v. Chr. besteht eine eskimoische Besiedelung in Grönland. Die aus mittelalterlichen Quellen bekannten grönländischen Skrælingjar sind nur als Eskimos anzusehen. Die Ausgrabungsergebnisse haben keine Anzeichen dafür erbracht, daß die skandinavische Bevölkerung der Siedlungen von der eskimoischen aufgesogen worden sei. Jede Behauptung einer solchen Mischung der Bevölkerungen an der Westküste Grönlands ist und bleibt Vermutung auf einer sehr unsicheren Grundlage. Die Ausgrabungen auf dem Friedhof von Herjolfsnäs (heute Ikigait) zeigen dann auch nur eine europäische Ansiedlung des 15. Jahrhunderts, die ihrem Untergang entgegengegangen ist.

Wenn man die Hauptzüge der völkerrechtlichen Entwicklung der Lage Grönlands weiter verfolgt, sind die nachstehenden Tatsachen unanfechtbar: In ununterbrochener Folge behauptete die dänisch-norwegische Krone ihre Souveränität über Grönland. Um 1420 erwähnte das portugiesische Königshaus die Souveränität des nordischen Unionskönigs über Grönland und wiederholte dies später *Kristiern I.* gegenüber. *Kristiern II.* und Erzbischof *Walkendorff* von Trondheim planten 1521 eine Expedition nach Grönland. *Frederik II.* wollte 1568 eine Expedition nach Grönland ausrüsten, gab seinen Plan aber wieder auf. Er nennt Grönland „unser und unsers khonigreiches Norwegen unttergehörige prouintz" („Diplomatarium Groenlandicum", Nr 6). 1579 gelangte ein Schiff in die Nähe Grönlands. Mehrmals wurde später versucht, die Souveränität zu behaupten. *Christian IV.* nannte Grönland „terra nostra", „nostra ditio", „wort land" (unser Land), „Wor og Cronens Land" (Unser und der Krone Land), („Diplomatarium Groenlandicum", Nrn. 18, 19, 21, 22, 23) und sprach von „Woris fattige Folch, Wore Undersater och Indwonere sammestedtz" (Unser armes Volk, Unsere Untertanen und Einwohner daselbst), (Diplomatarium Groenlandicum, Nr. 23). Man war stets noch irrtümlicherweise der Annahme, daß die mittelalterliche nordische Bevölkerung noch lebte. Durch Erteilung von Vorrechten an zwei Handelskompanien 1619 und 1636 und durch viele Expeditionen suchte Christian IV. die Souveränität der niederländischen Straat-Davis-Fahrt gegenüber zu behaupten.

Unter *Frederik III.* wurden dem Generalzollverwalter Henrik *Møller*, der Grönland befahren wollte, Vorrechte erteilt. Gleichzeitig wurde die Souveränität erneut behauptet. Ein besonderes heraldisches Zeichen für Grönland wurde nach dem Alleinherrschaftsakt 1661 in das dänisch-norwegische Reichswappen aufgenommen. Im Laufe des 17. Jahrhunderts wurde die Souveränität der Krone über Grönland und die umgebenden Meere mehrmals anerkannt. Unter Grönland war damals alles zu verstehen, was nördlich einer Linie von Kap Farvel (der Südspitze Grönlands), nördlich an Island und dem Nordkap vorbei bis Nowaja Semlja einschließlich lag. Seit dem 18. Jahrhundert hat sich diese Auffassung dahin geändert, daß Grönland nur das Gebiet umfaßt, das die Niederländer früher Engroenelandt nannten, d. h. die heutige Insel Grönland.

Mit Hans *Egedes* Missionstätigkeit tritt die Souveränitätsfrage in eine neue Phase. Seit dem 3. Juli 1721 übt der dänische König klar und ununterbrochen die Souveränität über Grönland aus. Durch Erlaß vom 9. April 1740 wird die Schließung des Landes zum Schutz der Bevölkerung angeordnet. Dieser Erlaß wird 1751 und 1758 fast wörtlich erneuert. 1782 wird die Souveränität der Krone über ganz Grönland in einem Notenwechsel mit Rußland betont.

Es war notwendig, daß man die Souveränität zu wiederholten Malen im Laufe dieser beiden Jahrhunderte behauptete, weil man von englischer und niederländischer Seite die Rechte der dänisch-norwegischen Krone nicht beachtet hatte. Der Hauptteil der Menschen, durch deren Amtsgeschäfte die Souveränität ausgeübt wurde, war im 18. Jahrhundert dänischer Herkunft. Dies darf nicht verkannt werden, denn es war mit eine Ursache dafür, daß die Grönlandarbeit schon um 1800 für Dänemark nationale Bedeutung gewann.

Der Kieler Vertrag von 1814 zwischen Schweden und Dänemark führte die Trennung Norwegens von Dänemark herbei. Der Vertrag hat in Artikel IV Grönland, die Färöer und Island von den abzutretenden Gebieten ausgenommen, und zwar werden sie in dieser Reihenfolge aufgeführt, was darauf schließen läßt, daß man Grönland nicht enger mit Island als mit den Färöern verband — mit anderen Worten: daß man die drei Gebiete als gleichgestellte Gebiete betrachtete. Diese Ausnahme von den abzutretenden Gebieten und die Bestätigung von Dänemarks Souveränität über ganz Grönland wird — auch durch die Bestimmungen anderer Verträge — im Laufe des 19. Jahrhunderts zu wiederholten Malen unmittelbar anerkannt. Unter den Vertragspartnern sind u. a. Norwegen und die Vereinigten Staaten.

1915 bis 1921 bemühte sich Dänemark um eine Bestätigung der Souveränität über Grönland, wobei man diese als auf die ganze Insel bezüglich auffaßte. Dies fand auch das Haager Urteil durchaus natürlich in Anbetracht der unsicheren Verhältnisse nach dem Ersten Weltkrieg. Während des Zweiten Weltkrieges wurde die Souveränität im übrigen durch den Vertrag vom 9. April 1941 wieder anerkannt, diesmal von den Vereinigten Staaten, die sie schon einmal früher (1916) anerkannt hatten. Das Haager Urteil vom 5. April 1933 betreffend Ostgrönlands Rechtsstellung ist natürlich die schwerwiegendste völkerrechtliche Anerkennung des Zugehörigkeitsverhältnisses Grönlands. Der isländische Professor Gizur *Bergsteinsson* schreibt: ... „daß es niemandem, der bei voller Vernunft ist, bei der Lektüre (des Haager Urteils) entgehen kann, daß es aussichtslos wäre, wenn andere Staaten auf Grönland Anspruch erheben würden". Und später schreibt er: „Das Urteil ist — inhaltlich — eine vielseitige Entscheidung in bezug auf Grönlands Rechtsstellung, wie jedermann, der mit Vernunft liest, einsehen wird." In allen späteren Verträgen, die sich auf Grönland beziehen, ist dies auch berücksichtigt worden, wie im obenerwähnten Vertrag von 1941 mit den Vereinigten Staaten, im späteren, ebenfalls mit den Vereinigten Staaten abgeschlossenen Vertrag von 1951 und in den Nachträgen von 1947 zum Ostgrönland-Vertrag von 1924 mit Norwegen.

Auf diese Souveränität hat die dänische Regierung ihre Tätigkeit in bezug auf die Entwicklung der staatsrechtlichen Verhältnisse Grönlands gegründet. Grönland war niemals eine Kolonie in imperialistischem Sinne. Die Bevölkerung hat stets eine Sonderstellung im Reich einge-

nommen. Die Monopole von 1740 und 1776, die Dienstvorschrift von 1782, die Gutachten von 1790, 1840, 1856, 1906 und 1923 hatten alle die Aufrechterhaltung des Monopols zum Schutze der Bevölkerung zum Ziele. Der Grundgedanke der Monopole war stets die Heranführung der grönländischen Bevölkerung zur Gleichberechtigung mit den übrigen dänischen Staatsangehörigen. Alle Grönländer haben immer außerhalb Grönlands unbeschränkte dänische Staatsangehörigkeit gehabt.

1862/63 wurde eine partielle örtliche Selbstverwaltung eingeführt, die 1908 durch Gesetz geändert wurde. Zwei Länderräte mit vielen ihnen unterstellten Gemeinderäten wurden in Westgrönland errichtet. Zu den Gemeinderäten war das Wahlrecht beschränkt. 1925 änderte die Gesetzgebung wieder diese Lokalverwaltung in eine Ordnung mit gewählten Gemeinderäten, zusammengesetzten Distriktsräten (für größere Distrikte) sowie zwei von Distriktsräten und Gemeinderäten gewählten Länderräten. Die Länderräte konnten einen gewissen Einfluß auf die Gesetzgebung betreffend Grönland beanspruchen.

Die durch die schnelle Entwicklung während des Zweiten Weltkriegs bedingten dringenden Aenderungen führten — auf Grund einer umfassenden Ausschußverhandlung 1949/50 — zu einer gänzlichen Umgestaltung der Monopolverwaltung. Heute gibt es nur einen Länderrat und weniger Gemeinderäte in Westgrönland, die alle durch unmittelbare Wahl von den 23jährigen Seßhaften gewählt worden sind. In Nordgrönland haben der Fangerrat und in Ostgrönland die Distriktsräte großen Einfluß. Gesetze über Grönland sind dem westgrönländischen Länderrat zu unterbreiten.

Durch das Grundgesetz vom 5. Juni 1953 wurde Grönland ein gleichberechtigter Teil des dänischen Reiches, da die Sonderstellung der grönländischen Gemeinschaft aus der Zeit des Monopols ja tatsächlich aufgehoben wurde. Dennoch werden auch heute noch durch eine besondere Gesetzgebung, auf welche die Grönländer Einfluß haben, die besonderen grönländischen Verhältnisse berücksichtigt. Dies war übrigens auch für andere Teile des dänischen Reiches in der Vergangenheit wie auch heute der Fall. Nach dem Grundgesetz von 1953 hat die westgrönländische Bevölkerung zwei Vertreter in der gesetzgebenden Versammlung in Kopenhagen. In Westgrönland gibt es etwa 9500 Wahlberechtigte; zum Vergleich sei angeführt, daß im übrigen Teil des dänischen Reiches auf ein Mandat im Folketing durchschnittlich 15 400 Wähler entfallen.

Wenn Grönland auch keine Kolonie im eigentlichen Sinne gewesen ist, so war es andererseits aber früher auch kein voll gleichberechtigter Teil des dänischen Reiches. Da es somit als ein nichtselbständiges Gebiet anzusehen war, hat man den Vereinten Nationen von dänischer Seite alljährlich Bericht über die Verhältnisse in Grönland erstattet. Durch das Grundgesetz von 1953 wurde die Sonderstellung Grönlands innerhalb des Reiches aufgehoben, und damit hörte auch Dänemarks Pflicht zur Berichterstattung an die Vereinten Nationen auf.

Bei der Verhandlung dieser Sache vor den Vereinten Nationen bestand kein Grund zur Diskussion oder Begründung der dänischen Souveränität über Grönland, und es haben deshalb auch weder im 4. Ausschuß noch in der Vollversammlung irgendwelche diesbezüglichen Erörterungen stattgefunden. Ueberdies haben die grönländischen Folketingsabgeordneten den Vereinten Nationen gegenüber die Verbundenheit der grönländischen Bevölkerung mit dem dänischen Reich deutlich zu erkennen gegeben.

Es steht somit keine internationale, geschweige denn eine internordische Grönlandfrage zur Debatte.

DOKUMENTATION

12. JAHR 20. MAI 1957 10. FOLGE

Dokumente zur Tagung des Nordatlantikrates in Bonn am 2. und 3. Mai 1957

Das Schlußkommuniqué

Der Nordatlantikrat hat seine ordentliche Ministertagung unter dem Vorsitz des italienischen Außenministers, Gaetano Martino, am 2. und 3. Mai in Bonn abgehalten. Die Besprechungen wurden von dem Generalsekretär der NATO, Lord Ismay, geleitet.

1. Das Atlantische Bündnis war immer und bleibt ausschließlich ein Verteidigungsbündnis. Es ist zum Schutze der Bündnisstaaten gegen jede Aggression geschaffen worden. Dieses Ziel ist erreicht worden. Es besteht kein Zweifel, daß die Aggressionsgefahr weiterhin besteht und daß infolgedessen die Atlantikmächte geeint bleiben müssen, um sich verteidigen zu können.

2. Der Rat nahm zur Kenntnis, daß die führenden Männer der UdSSR seit seiner letzten Tagung eine Kampagne mit dem Ziel begonnen haben, einerseits die sowjetische Unterdrückung in Ungarn in Vergessenheit geraten zu lassen und andererseits die öffentliche Meinung in verschiedenen Mitgliedstaaten dazu zu bringen, sich der Modernisierung ihrer Streitkräfte entgegenzustellen und den Grundsatz der durch die NATO gewährleisteten kollektiven Sicherheit zu schwächen. Der Rat stellte fest, daß es eines der Ziele dieser Kampagne war, den sowjetischen Streitkräften das Monopol der Atomrüstung auf dem europäischen Kontinent zu sichern. Eine derartige Lage wäre selbstverständlich untragbar. Der Rat nahm mit Genugtuung die entschlossenen Antworten auf diese sowjetischen Manöver zur Kenntnis.

3. Das Atlantische Bündnis muß in der Lage sein, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln jeden gegen es gerichteten Angriff zu beantworten. Nur wenn es über die modernsten Verteidigungsmittel verfügt, wird es jeden Versuch abschrecken, einen derartigen Angriff auf das Bündnissystem auszulösen. Bis zum Abschluß eines annehmbaren Abrüstungsabkommens kann keine Macht ihm den Besitz der zu seiner Verteidigung erforderlichen modernen Waffen verbieten wollen. Wenn jedoch die Befürchtungen der Sowjetunion echt sind, könnten sie leicht zerstreut werden. Sie brauchte nur eine allgemeine Abrüstungsvereinbarung mit wirksamen Kontroll- und Inspektionsmaßnahmen im Rahmen der von den Westmächten wiederholt gemachten Vorschläge, die eine der wichtigsten Grundlagen ihrer Politik bleiben, zu akzeptieren.

4. Bei den Erörterungen der Sicherheitsfrage hat der Rat auch das Problem des Gleichgewichts zwischen den modernen und den herkömmlichen Waffen behandelt. Der Rat wird die Ergebnisse der von den militärischen Stellen des Bündnisses diesbezüglich eingeleiteten Untersuchungen abwarten, damit die Mitgliedstaaten die notwendigen Entscheidungen über den Ausbau und das Gleichgewicht der verschiedenen Arten von Streitkräften gemeinsam treffen können. Der Rat ist weiterhin der Ueberzeugung, daß diese gemeinsamen Entscheidungen die Notwendigkeit berücksichtigen müssen, daß die NATO wirksame Mittel zur Abschreckung eines Angreifers einschließlich eines genügend starken Schildes von Land-, See- und Luftstreitkräften zum Schutze der Gebiete der Mitgliedstaaten besitzt.

5. Die jüngsten Ereignisse in Ungarn haben bestätigt, daß in den Augen der Sowjets die Freiheit nichts bedeutet und daß die UdSSR zur Gewaltanwendung bereit ist, um die legitimen Bestrebungen der Völker zu unterdrücken. Der Rat vertrat übereinstimmend die Auffassung, daß die fortgesetzte brutale Unterdrückung des heroischen Freiheitskampfes des ungarischen Volkes weiterhin die Verbesserung der Beziehungen zwischen dem Osten und Westen erschwert.

6. Der Rat prüfte die Auswirkungen, welche die politischen Entwicklungen des vergangenen Jahres auf die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands gehabt haben. Er beschloß, seine Bemühungen mit allen verfügbaren Mitteln fortzusetzen, um die Sowjetregierung zu veranlassen, ihre Zusage, Deutschland durch freie Wahlen wieder zu vereinigen, zu erfüllen. Die Minister sehen in der fortgesetzten Teilung Deutschlands und der unnatürlichen Lage Berlins eine ständige Gefährdung des Weltfriedens. Sie bekräftigen ihre Entschlossenheit, ihre gemeinsame Politik zur Wiederherstellung eines einheitlichen und freien deutschen Staates im Rahmen eines den Frieden Europas verbürgenden Sicherheitssystems mit friedlichen Mitteln fortzusetzen und zu verstärken. Sie wiesen insbesondere darauf hin, wie unmenschlich die Fortdauer der Spaltung des deutschen Volkes sei.

7. Der Rat hat die jüngsten Entwicklungen der Lage im Mittleren Osten geprüft. Er kam zu dem Schluß, daß der Frieden zwar weiterhin ernstlich gefährdet ist, daß aber doch gewisse neue Faktoren eine Begrenzung der kommunistischen Expansions- und Umsturzmöglichkeiten erhoffen lassen. Der Rat unterstrich die Bedeutung der gegenwärtigen Initiativen zur Verbesserung der Lage und zur Festigung der bereits unternommenen Bemühungen zur Gewährleistung der Sicherheit und Integrität dieser Staaten.

8. Die Minister haben den Stand des Bündnisses im Lichte der politischen Entwicklungen geprüft, die sich sowohl innerhalb als auch außerhalb des atlantischen Raums ergeben haben. Hierbei haben sie die Fortschritte erörtert, die auf dem Gebiet der politischen Konsultierung

nach den neuen Verfahren erzielt wurden, die auf Grund der Empfehlungen des im Dezember letzten Jahres gebilligten Berichts des Dreier-Ausschusses eingeführt wurden. Sie haben abschließend festgestellt, daß greifbare und wertvolle Ergebnisse erzielt wurden und das Bündnis somit größere Reife und Festigkeit gewinnt.

9. Der Rat nahm den von Lord Ismay vorgelegten Bericht zur Kenntnis und übermittelte ihm seinen Dank für die hervorragenden Dienste, die er in den vergangenen fünf Jahren der Sache des Bündnisses geleistet habe.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 83 vom 7. Mai 1957.

Rede von Bundeskanzler Adenauer auf der Eröffnungssitzung der NATO-Tagung am 2. Mai 1957

Herr Präsident, meine Herren!

Im Namen der Bundesregierung heiße ich Sie in Bonn herzlich willkommen. Ich begrüße den Entschluß des Atlantikrates, eine alte Uebung wieder aufzunehmen und die Ministerkonferenzen von Fall zu Fall in den verschiedenen Hauptstädten der Allianz abzuhalten, und ich freue mich besonders, daß die Wahl des Tagungsortes diesmal auf Bonn gefallen ist. Ich glaube, Ihren Besuch als Zeichen dafür werten zu können, daß Sie Ihren Problemen, Ihren Aufgaben, auch unter Berücksichtigung der Lage der Bundesrepublik, Ihre Aufmerksamkeit schenken. Ihr Besuch wird außerdem sicher dazu beitragen, das Interesse der Bevölkerung der Bundesrepublik an den Aufgaben und Problemen des atlantischen Bündnisses noch zu erhöhen.

Die Ministerkonferenz der NATO findet in einer Zeit statt, die ihr Gepräge durch drohende Noten und Erklärungen der Sowjetunion gegenüber mehreren Partnern der Atlantischen Allianz erhält.

Sie wissen, daß unser vor zwei Jahren gefaßter Entschluß, der NATO beizutreten, Kritiker gefunden hat und noch findet, vor allem auf der anderen Seite des Eisernen Vorhanges. Die Bundesregierung und die Mehrheit des Parlaments stehen wie nur jemals zu diesem Entschluß.

Ich will die Gründe kurz darlegen: Die leitenden Staatsmänner Sowjetrußlands raten bei jeder Gelegenheit, von den Realitäten auszugehen. Nun gut, betrachten wir einmal die Realitäten unserer Zeit.

Es ist eine nur zu reale Tatsache, daß die Sowjetunion rund fünf Millionen Soldaten seit 1945 mit nur geringen Schwankungen unter Waffen hält, daß insbesondere 22 Divisionen in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands stehen, die heute rund 7500 moderne Panzer zur Verfügung haben, fast dreieinhalbtausend mehr als vor zwei Jahren. Ich kann darin nur eine ständige latente Bedrohung sehen, und ich bin überzeugt, daß jeder verantwortliche Staatsmann zu jeder anderen Zeit eine solche gewaltige Truppenmacht in seinem Nachbarland ebenfalls als bedrohliche Realität für sein Land aufgefaßt hätte. Den eben genannten Zahlen kann ich weitere eindrucksvolle Zahlen über die sowjetische Luftwaffe, U-Boot-Flotte oder über das sowjetische Atombombenpotential hinzufügen, und in der Aufrechterhaltung einer solchen Streitmacht sehe ich eine sehr ernste Realität.

Die zweite Realität ist, daß die sowjetischen Führer den Glauben an ihre Mission, nämlich die ganze Welt kommunistisch zu machen, nicht aufgegeben haben. Sie haben das inzwischen in vielen Reden wiederholt. Und immer noch werden in der Sowjetunion Lenins Werke gelehrt, der sagte:

„Wenn das Proletariat einen Krieg führt, um den Kommunismus zu stärken oder auszubreiten, dann ist ein solcher Krieg berechtigt und ein heiliger Krieg.“

Und an anderer Stelle:

„Wir Marxisten waren immer und sind immer für einen revolutionären Krieg gegen die konter-revolutionären Völker.“

Wir warten immer noch darauf, daß die sowjetischen Führer sich von solchen Lehren distanzieren. Es stimmt zwar, daß sowjetische Führer auf dem XX. Parteikongreß erklärt haben, unter Umständen könne dieser Prozeß der Unterwerfung anderer Länder auch friedlich vor sich gehen. Sie haben uns dabei Beispiele von Ländern genannt, in denen auf solche „friedliche“ Art der Kommunismus eingeführt wurde, nämlich die baltischen Länder und die Tschechoslowakei. In das Baltikum aber waren die sowjetischen Truppen ohne nennenswerte Gegenwehr eingerückt, und der entscheidende Faktor für den Putsch in der Tschechoslowakei war — nach dem Zeugnis der kommunistischen Parteiliteratur selbst — die Teilnahme sowjetischer Truppen. Friedlich ist dieser Prozeß also nur, wenn das zu unterjochende Volk sich nicht wehrt!

Wenn sich ein Volk aber wehrt, wenn es gegen die kommunistischen Unterdrücker aufsteht, dann wird mit Panzern und blutigstem Terror das kommunistische Regime wiedererrichtet. Selbst wenn die Sowjetunion auf ihre jetzige Einschüchterungskampagne wieder eine Offensive des Lächelns folgen lassen sollte — das ungarische Beispiel können wir ebensowenig vergessen wie den 17. Juni 1953 in der Sowjetzone!

Die dritte Realität: Wir brauchen nur in den Atlas und das Geschichtsbuch zu sehen, um sie zu finden. Wo waren die Grenzen der Sowjetunion im Jahre 1939, wo sind sie heute? Im Jahre 1940 fielen Estland, Lettland, Litauen. Der Ueberfall auf Finnland mißlang. Bei Kriegsende annektierte die Sowjetunion, die früher jeden Territorialgewinn als Imperialismus zu brandmarken pflegte, Teile Finnlands, Polens, Rumäniens, der Tschechoslowakei und Ostpreußens. Immer weiter drang die Sowjetunion nach Westen vor. Ueberall dort, wo sowjetische Truppen standen, wurden kommunistische Regierungen gebildet: in Polen, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Ungarn, der Tschechoslowakei, der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Das ist die dritte Realität.

Im Jahre 1948 sollte Berlin fallen. Die sowjetische Besatzungsmacht verhängte die Blockade über die Westsektoren, und es gehörte keine Prophetengabe dazu, zu erkennen, daß die Sowjetunion sich Berlin als ihr nächstes Opfer auf ihrem Vormarsch nach dem Westen ausersehen hatte. Indessen, die Westmächte geboten Halt. Berlin wurde aus der Luft versorgt, im April 1949 wurde der Atlantikpakt unterzeichnet. Es wurde der Sowjetunion klargemacht — das steht im NATO-Statut Artikel 5 und 6 —, daß ein Angriff auf einen Teilnehmerstaat oder westliche Besatzungstruppen und damit auf Berlin als Angriff gegen die NATO angesehen würde. Einen

Monat nach Gründung der NATO hoben die Sowjets die Blockade Berlins auf. Seit jener Zeit hat sich der sowjetische Machtbereich nicht mehr vergrößert. Das ist die vierte Realität.

Es wird wohl niemand so naiv sein und es als reinen Zufall ansehen, daß der Bolschewismus just seit diesem Augenblick, seit Gründung der NATO, keine weiteren Erfolge im Westen mehr erzielen konnte. Ich jedenfalls bin der Ueberzeugung, daß wir die Ruhe und Sicherheit, in der wir den Wiederaufbau Europas und der Bundesrepublik durchgeführt haben, dem Schirm der NATO verdanken. Nur unter ihrem Schutz war und ist auch die Entwicklung möglich, die über die Montanunion und die OEEC zum Gemeinsamen Markt und Euratom führen wird.

Die feste Haltung der NATO hat die Sowjetunion davon überzeugt, daß jedes weitere Vordringen zu militärischen Gegenmaßnahmen der Atlantischen Allianz führen würde.

Vor zwei Jahren trat die Bundesrepublik dem Nordatlantikpakt bei. Wir übernahmen die Aufgabe, zum Schutz unseres Gebietes eigene Streitkräfte aufzustellen, weil wir es für selbstverständlich hielten, daß die Bundesrepublik als souveräner Staat mit eigenen Truppen zur gemeinsamen Verteidigung ihres Gebietes und des Westens beitragen muß.

Wenn man hier und da die Meinung hört, die NATO könne gegen die große Zahl sowjetischer Divisionen nichts ausrichten, ist diese Meinung falsch. Gewiß, für einen Angriffskrieg ist die NATO ein unbrauchbares Instrument. Aber sie soll ja kein Instrument des Angriffs, sondern ein Instrument der Verteidigung gegen einen Angriff sein, und diese Aufgabe erfüllt sie in vollem Maße. Ich will nur darauf hinweisen, wie groß das für einen modernen Krieg unerläßliche Potential ist, auf das sich unsere Verteidigungskraft gründet: In der NATO haben sich 15 Nationen mit einer Bevölkerungszahl von 450 Millionen Menschen zusammengeschlossen. Ueber ⅔ der Weltstahlproduktion, rund ⅔ der Weltkohlenproduktion, der elektrischen Energie, weit über die Hälfte der Erdölproduktion liegen im Bereich der NATO-Länder.

Diese Tatsachen geben uns Vertrauen und Zuversicht. Ich habe in London auf der letzten Konferenz der Westeuropäischen Union vorschlagen lassen, unser Wirtschafts- und Verteidigungspotential noch einmal zu überprüfen, und ich bin der NATO dankbar, daß sie sich diesem Vorschlag angeschlossen hat. Es ist meine Ueberzeugung, daß das Ergebnis dieser Untersuchung unser Selbstbewußtsein und das Vertrauen auf unsere Verteidigungskraft weiter stärken wird.

Die Bundesregierung hat den Willen, ihren vollen Beitrag zu leisten. Wir müssen unsere Sicherheit stärken und das apokalyptische Verhängnis eines modernen Krieges abwenden. Daß ein moderner, atomarer Krieg ein apokalyptisches Verhängnis sein würde, nicht nur für die Bevölkerung der Bundesrepublik und des Westens, sondern für die gesamte Menschheit, einschließlich der Völker des Sowjetblocks, das wissen wir alle.

Mit wachsender Sorge beobachten wir die Haltung der sowjetischen Regierung gegenüber dem schwersten Problem, vor das die Geschichte unsere Generation gestellt hat. Ich fürchte, die Führer der Sowjetunion sehen es immer noch nicht in seiner ganzen Größe. Wie soll ich mir sonst erklären, daß sie uns und mehrere unserer Bundesgenossen einerseits in scheinbar besorgter, in Wahrheit drohender Form auf die Folgen eines solchen Krieges aufmerksam machen, andererseits es aber unterlassen, ihr eigenes Volk aufzuklären, daß sie es vielmehr mit der unzutreffenden Behauptung beruhigen, ein dritter Weltkrieg werde nur zum Untergang der bürgerlichen Welt und zum Sieg des Kommunismus führen.

Wie Sie wissen, hat die Regierung der Sowjetunion es für richtig gehalten, kurz nachdem sie eine Serie schwerster Kernwaffenexplosionen durchgeführt hatte, auch die Bundesrepublik auf die Gefahren eines Atomkrieges aufmerksam zu machen. Sie übersieht in ihrer an die Bundesrepublik gerichteten Note jedoch geflissentlich verschiedene Tatsachen:

1. Ein solcher Krieg kann n u r durch einen sowjetischen Angriff ausgelöst werden.

2. Ich hatte schon vorher der sowjetischen Regierung mitteilen lassen, daß die Bundesregierung weder Atomwaffen besitzt noch jemals den Wunsch nach atomarer Ausrüstung ausgesprochen hat.

Die Bundesrepublik hat sich in den Protokollen von 1954 zum Brüsseler Vertrag freiwillig verpflichtet, weder Atomwaffen noch bakteriologische Waffen, noch chemische Waffen herzustellen. Sie hat sich freiwillig einer strikten, dauernden Kontrolle auf diesem Gebiet, ja, darüber hinaus noch auf dem gewisser konventioneller Waffen unterworfen, z. B. schwerer Bomber und weitreichender gelenkter Geschosse. Die Sowjetunion, die sich trotzdem angeblich durch unsere aggressive Haltung bedroht fühlt, möge doch die Verpflichtung eingehen, die wir 1954 eingegangen sind. Ich bin überzeugt, alle Staaten würden ihr folgen, die ganze Gefahr eines atomaren Krieges würde vorüber sein. Aber dazu ist die Sowjetunion nicht bereit. Sie läßt im Gegenteil alle Abrüstungsvorschläge des Westens allein deshalb scheitern, weil sie sich nicht mit einer Rüstungsinspektion und -kontrolle einverstanden erklären will. Ich habe schon vor Jahren vor der bedrohlichen Entwicklung der atomaren Aufrüstung gewarnt und wiederhole heute meine ernste Mahnung an die sowjetischen Führer:

„Wenn Ihre Sorge über die Gefahr eines Atomkrieges ernst ist, dann stimmen Sie der vom Westen vorgeschlagenen weltweiten wirksamen internationalen Kontrolle der Atomabrüstung zu! Geben Sie den Widerstand gegen eine solche internationale Kontrolle endlich auf!"

Sie wissen, daß, abgesehen von den eben genannten Fragen, die die ganze Menschheit beunruhigen, die Bundesregierung ein ganz besonderes Anliegen hat, nämlich die Wiedervereinigung Deutschlands.

So sehr wir den Tag auch herbeiwünschen, an dem die Sowjetunion die Grenze aufhebt, die uns jetzt von unseren Landsleuten in der Sowjetzone trennt, auf zwei Notwendigkeiten müssen wir bestehen: Das wiedervereinigte Deutschland muß frei und sicher sein, damit nicht durch einen Angriff oder durch Drohungen in ganz Deutschland der Zustand hergestellt wird, der heute allein in der Sowjetzone herrscht.

Ich danke Ihnen für Ihr Verständnis, das Sie der Wiedervereinigungsfrage stets entgegengebracht haben und auch heute entgegenbringen. Sie ist in der Tat nicht nur ein deutsches Problem. Die Beseitigung der Spaltung

Deutschlands würde ein entscheidender Beitrag für die Beseitigung der Spannung in Europa und der Welt sein.

Ein Wort zu den Vorschlägen über eine Neutralisierung Deutschlands. Diese Vorschläge mögen gut gemeint sein, aber sie fassen das Uebel nicht an der Wurzel. Wir führen keine Entspannung herbei, indem wir Deutschland neutralisieren. In einem Zeitalter der Ueberschallgeschwindigkeiten und der zusammenschrumpfenden Entfernungen scheint mir eine neutrale Zone im Herzen Europas sinnlos.

Regionale Spannungen lassen sich wohl durch eine entmilitarisierte Zone mildern. Aber hier handelt es sich nicht um regionale Differenzen, nicht Reibungen zwischen Nachbarstaaten sind der Grund und die Ursache der Spannungen. Wir wissen doch alle, daß der uns so erschreckende Gegensatz ganze Kontinente, ja die halbe Erde umfaßt. Ein solcher Zustand ist nicht durch regionale Maßnahmen aus der Welt zu schaffen. Ein neutralisiertes Deutschland hat im Falle eines Krieges die beste Aussicht, zum Schlachtfeld zu werden.

Man hat gesagt, daß unsere Mitgliedschaft in der NATO die Wiedervereinigung Deutschlands erschwere. Diese Behauptung muß ich mit Entschiedenheit als falsch zurückweisen. Ich berufe mich zum Beweise dafür auf Herrn Chruschtschow und auf die Korrespondenz, die die hiesige sowjetrussische Botschaft herausgibt, „Sowjetunion heute“ Nr. 12 vom 20. April. Herr Chruschtschow hat mir in Moskau 1955 erklärt:

„Wir haben Ihren Eintritt in die NATO zwar nicht gern gesehen, aber Sie sind in die NATO eingetreten, und wir sind Realisten und nehmen dies als Tatsache hin.“

Und in dem von der sowjetrussischen Botschaft in Bonn herausgegebenen Blatt „Sowjetunion heute“ vom 20. April heißt es, die Sowjetunion könne die Lösung der Bundesrepublik aus der westlichen Gemeinschaft nicht wünschen, weil dadurch die Spannung nicht vermindert, sondern erhöht würde.

Lassen Sie mich meine politischen Ausführungen schließen: Es liegt allein in der Hand der Sowjetunion, den Frieden in der Welt herbeizuführen: Sie braucht nur der vorgeschlagenen kontrollierten atomaren Abrüstung zuzustimmen, dann kann sich die ganze Welt den Werken des Friedens widmen.

Ich möchte nun diese Rede nicht ohne Dank an den Generalsekretär der NATO, Lord Ismay, schließen, der in wenigen Tagen von seinem Amt zurücktritt. Die NATO, wie sie heute besteht, ist zu einem großen Teil seiner unermüdlichen Arbeit, seinem unparteiischen Verhalten, seiner ausgleichenden Tätigkeit und seinen erfolgreichen Bemühungen um eine enge Zusammenarbeit zwischen den militärischen und zivilen Stellen der Allianz zu verdanken. Auf seinen Nachfolger, Paul Henri Spaak, dürfen wir mit Recht die Hoffnung setzen, daß er dieses Werk mit der ihm eigenen Tatkraft fortführen wird.

Herr Präsident, meine Herren, ich wünsche Ihnen eine erfolgreiche Tagung in Bonn und hoffe, daß das Ergebnis zur weiteren Stärkung der Allianz und damit zur Sicherung des Friedens beitragen wird.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 81 vom 3. Mai 1957.

Zeittafel vom 16. bis zum 30. April 1957

Die Ereignisse in Europa

Belgien

17. Abschluß einer zweitägigen Beratung des Interimsausschusses für den europäischen gemeinsamen Markt und Euratom in Brüssel. Die Protokolle über das Statut des Gerichtshofes und über die Privilegien und Immunitäten werden unterzeichnet.

Dänemark

29. Ministerpräsident Hans C. *Hansen* übermittelt dem sowjetischen Ministerpräsidenten die Antwort auf sein Schreiben vom 29. März (vgl. Zeittafel in EA 8/1957, Sowjetunion). Er erklärt die Warnung der Sowjetunion als nicht gerechtfertigt; denn solange zwischen den Völkern Mißtrauen herrsche, besitze jedes Land das Recht, seine Verteidigung nach den neuesten Erkenntnissen auszubauen.

Deutschland

16. Das Kirchentagspräsidium der Evangelischen Kirche in Deutschland beschließt in West-Berlin, den für August vorgesehenen 8. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Thüringen wegen der vom Innenministerium der DDR geforderten politischen Vorbedingungen nicht abzuhalten.
Der Minister für Nationale Verteidigung der DDR, Willi *Stoph*, erklärt in einer Rundfunkrede, daß angesichts der Atombewaffnung der Bundesrepublik von der DDR wirksame Gegenmaßnahmen ergriffen werden müssen.
Der amerikanische Geschäftsträger in der Bundesrepublik, William C. *Trimble*, protestiert in einem Schreiben an den sowjetischen Botschafter in der DDR, Georgi M. *Puschkin*, gegen die militärischen Uebungen der Betriebskampfgruppen in Ost-Berlin. Diesem Protest schließen sich auch die diplomatischen Vertreter Frankreichs und Großbritanniens in der Bundesrepublik an.

17. Veröffentlichung eines Schreibens von Bundeskanzler *Adenauer* an Ministerpräsident *Bulganin* (vgl. den Wortlaut in EA 9/1957, S. 9821).
Bundeskanzler *Adenauer* und hohe Beamte der Bundesregierung führen mit prominenten deutschen Atomwissenschaftlern Besprechungen, in denen die weltpolitische Lage im Atomzeitalter in Verbindung mit der Göttinger Erklärung der 18 deutschen Kernwissenschaftler (vgl. Zeittafel in EA 9/1957) erörtert wird. In einem gemeinsamen Kommuniqué wird u. a. erklärt, daß der Bundeskanzler und die Wissenschaftler es für notwendig erachten, zu einer allgemeinen kontrollierten Abrüstung zu gelangen. Ferner wird klargestellt, daß die Bundesregierung nach wie vor keine eigenen Kernwaffen produzieren wird und demgemäß keine Veranlassung hat, um die Mitarbeit der deutschen Atomforscher an der Entwicklung von Nuklearwaffen nachzusuchen. Am gleichen Tage fordern die Mitglieder der Physikalischen Gesellschaft der DDR in einer Entschließung, die Ministerpräsident Otto *Grotewohl* übermittelt wird, die Weltöffentlichkeit auf, bei ihren Regierungen auf die Einstellung aller Kernwaffenversuche einzuwirken. In einem Appell vor Magdeburger Parteiaktivisten erklärt der Erste Sekretär der SED, Walter *Ulbricht*, die Absicht der NATO, in der Bundesrepublik Atomwaffen zu lagern, sei eine „Wahnsinnstat gegen die westdeutsche Bevölkerung". Der SPD-Pressedienst schlägt am 18. April einen klaren Verzicht auf die nukleare Ausrüstung der Bundeswehr vor, um eine Politik der allgemeinen Entspannung einzuleiten. Auch der Parteivorsitzende der FDP, Reinhold *Maier*, und seine Stellvertreter äußern ihre Bedenken gegen eine atomare Rüstungspolitik.

19. Die Regierung der DDR übermittelt dem österreichischen Gesandten in Prag eine Note, in der sie die Abmachungen zwischen den Regierungen Oesterreichs und der Bundesrepublik bezüglich der Regelung des ehemaligen deutschen Eigentums in Oesterreich als für die DDR nicht verbindlich bezeichnet.

24.—29. Besuch einer Regierungs- und Parteidelegation der Rumänischen Volksrepublik unter Leitung des Vorsitzenden des Ministerrats, Chivu *Stoica*, und des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der Rumänischen Arbeiterpartei, Gheorghe *Gheorghiu-Dej*, in Ost-Berlin. In einer gemeinsamen Erklärung stellen die beiden Verhandlungspartner fest, daß sich die Bedrohung durch „aggressive" Kreise der NATO-Staaten weiter verstärke. Die Pläne zur Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen stellten eine Gefährdung des Friedens dar. Sie betonen ihre Entschlossenheit, angesichts dieser Bedrohung ihre Verteidigungsbereitschaft zu stärken und den Warschauer Pakt einzuhalten und zu festigen. Jeder Versuch, die DDR anzugreifen, werde auf den geschlossenen Widerstand des gesamten sozialistischen Lagers stoßen. Abschließend wird der Führungsanspruch der Sowjetunion innerhalb der volksdemokratischen Staaten ausdrücklich hervorgehoben.

25. In einer Unterredung mit dem sowjetischen Botschafter in der Bundesrepublik, Andrej *Smirnow*, betont Bundeskanzler *Adenauer*, daß die Bundesrepublik weder Kernwaffen irgendwelcher Art besitze noch um eine Lieferung derselben nachgesucht habe. Die Bundesregierung werde alles tun, um eine allgemeine nukleare Abrüstung zu erreichen.
In einem Vortrag in der Freien Universität Berlin warnt Bundesaußenminister *von Brentano* vor „großdeutschen Träumereien" und spricht sich für eine Freundschaft zur Sowjetunion nach der Wiedervereinigung Deutschlands aus. Freiheit und Neutralität seien unter gewissen Voraussetzungen miteinander vereinbar, doch diese Voraussetzungen seien augenblicklich nicht gegeben.
In einer Erklärung zur Wiedervereinigung Deutschlands appelliert der Deutsche Gewerkschaftsbund an die Bundesregierung, ihre Anstrengungen zur Wie-

dervereinigung zu verstärken. Die Zusammenarbeit mit dem Gewerkschaftsbund der DDR wird abgelehnt.
Der Zentralrat der Freien Deutschen Jugend beschließt auf seiner 16. Tagung in Ost-Berlin, die FDJ zur sozialistischen Jugendorganisation der DDR zu erklären.

26. Auf dem Parteitag des Gesamtdeutschen Blocks/BHE in Düsseldorf verkündet der Parteivorsitzende, Friedrich *von Kessel*, seine Partei werde nach wie vor die Rechte des deutschen Volkes auf seine Heimat im Osten verteidigen.

28. Bundeskanzler *Adenauer* ersucht den sowjetischen Botschafter in der Bundesrepublik, Andrej *Smirnow*, in einem Brief um Aufklärung, wieso in der sowjetischen Note vom 27. April (vgl. Sowjetunion) seine Erklärungen gegenüber Smirnow in dem gemeinsamen Gespräch vom 25. April ignoriert wurden.

30. Die Regierung der DDR übermittelt der Bundesregierung eine Note, in der sie als ersten wirkungsvollen Beitrag zur Verminderung der militärischen Spannungen der Bundesregierung den Verzicht auf die atomare Ausrüstung der Bundeswehr empfiehlt. Außerdem solle die Bundesregierung von den Vereinigten Staaten die Auflösung der Atomstützpunkte fordern.

Finnland

24. Auf dem Kongreß der Sozialdemokraten wird der ehemalige Ministerpräsident Vaino *Tanner* mit knapper Mehrheit zum neuen Parteivorsitzenden gewählt.

25. Rücktritt des Kabinetts *Fagerholm.*

Griechenland

17. Erzbischof *Makarios* trifft, von seinem Exil auf den Seychellen-Inseln kommend, in Athen ein.

Großbritannien

17. Das Unterhaus billigt die Verteidigungspolitik der Regierung. Die Kritik der Opposition, die dem Weißbuch vom 4. April (vgl. Zeittafel in EA 9/1957) eine gewisse Einseitigkeit zugunsten der Entwicklung von Nuklearwaffen vorwirft, wird abgewiesen. Premierminister Harold *Macmillan* betont in seiner Rede, daß die allgemeine Wehrpflicht nur aufgehoben werden könne, wenn der Akzent der Rüstungspolitik auf die Herstellung von Kernwaffen verlagert werde. Auf den Antrag der Opposition eingehend, die Wasserstoffbombenversuche im Pazifik einstweilen aufzuschieben, entgegnet Macmillan, man müsse sich auf die abschreckende Wirkung der modernen Waffen verlassen, bis man zu einem Abkommen über eine allgemeine Abrüstung gelange.
Veröffentlichung eines vom 10. April datierten Briefes Premierminister *Macmillans* an den japanischen Ministerpräsidenten, Nobosuke *Kischi.* Der Premierminister führt darin aus, daß es für Japan und andere asiatische Staaten unvernünftig sei, eine neutralistische Politik wegen der geplanten britischen Thermonuklearversuche im Pazifik zu betreiben.

Jugoslawien

18. Präsident *Tito* übt in einer Ansprache auf Brioni Kritik an der Haltung der sowjetischen Regierung zu anderen sozialistischen Staaten und macht hierfür die stalinistische Richtung innerhalb der sowjetischen Parteiführung verantwortlich. Jugoslawien sei fest entschlossen, seine Unabhängigkeit zu bewahren und dem „sozialistischen Lager" nicht beizutreten. Ferner hebt Tito den Wunsch Jugoslawiens hervor, gute Beziehungen zum Westen zu unterhalten, ohne aber seine sozialen Errungenschaften aufzugeben.

27. Die Nationalversammlung stimmt einer Resolution zu, welche die Kollektivwirtschaft zugunsten eines Systems der bäuerlichen und genossenschaftlichen Zusammenarbeit abschafft.

Italien

20.—25. Besuch des Führers der britischen Labour Party, Hugh *Gaitskell*, in Rom. Nach einer Unterredung mit Staatspräsident Giovanni *Gronchi* beurteilt Gaitskell die Aussicht auf eine Einigung der beiden sozialistischen Parteien Italiens pessimistisch.

Norwegen

23. Professor Albert *Schweitzer* richtet über den Osloer Rundfunk eine eindringliche Warnung an die Weltöffentlichkeit, in der er auf die ungeheuren Gefahren der durch nukleare Explosionen hervorgerufenen Radioaktivität hinweist. Er fordert ein Abkommen über die Einstellung aller Atombombenversuche.

Oesterreich

23.—27. Auf Einladung der österreichischen Regierung weilt der Erste Stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats der Sowjetunion, Anastas I. *Mikojan*, mit anderen hohen Beamten der sowjetischen Regierung in Oesterreich. In einem gemeinsamen Kommuniqué erklären die österreichische Bundesregierung und die sowjetische Delegation, daß durch den Abschluß des österreichischen Staatsvertrags ein positiver Beitrag zur internationalen Verständigung geleistet worden sei. Die österreichische Neutralität wird als ein bedeutender Friedensfaktor bezeichnet.

Rumänien

23. Ueber Besprechungen zwischen Delegationen der Kommunistischen Partei Frankreichs und der Rumänischen Arbeiterpartei in Bukarest wird ein gemeinsames Kommuniqué veröffentlicht, in dem die Stellung der Sowjetunion an der Spitze des sozialistischen Lagers hervorgehoben und die Notwendigkeit der Einheit aller kommunistischen Parteien betont wird.

Sowjetunion

16. In einem Artikel in den *Iswestija* wird behauptet, daß heute noch die gleichen Voraussetzungen für die deutsch-sowjetischen Beziehungen vorhanden seien wie bei der Unterzeichnung des Vertrages von Rapallo.

17. Zum Abschluß eines am 11. April begonnenen Besuchs einer albanischen Regierungsdelegation unter Führung von Mehmed *Schehu* und einer von Enver *Hodscha* geleiteten Parteidelegation wird ein gemeinsames Kommuniqué unterzeichnet. Darin gibt die albanische Regierung ihrer Bereitschaft Ausdruck, mit Griechenland normale diplomatische Beziehungen

herzustellen und das Verhältnis zu Italien zu verbessern. In einer gleichzeitig von den beiden kommunistischen Parteien abgefaßten Erklärung wird jeder Versuch, den Sozialismus auf eine „isolierte Art aufzubauen“ verurteilt. Der Balkanpakt, so wird erklärt, könne keineswegs zur Herstellung der Ruhe auf dem Balkan dienen.

19. In Noten an Großbritannien, Frankreich und die Vereinigten Staaten erneuert die Sowjetregierung ihre Forderung, den Mittelost-Konflikt mit friedlichen Mitteln und ohne ausländische Einmischung beizulegen.

Der Erste Sekretär der KPdSU, Nikita S. *Chruschtschow*, warnt anläßlich eines Empfangs zu Ehren des von seiner Asienreise zurückkehrenden polnischen Ministerpräsidenten, Josef *Cyrankiewicz*, vor jedem Versuch, die Bevölkerung in der DDR durch einen Aufstand herauszufordern. Ein Angriff auf die Oder-Neiße-Linie würde einem Angriff auf die Sowjetunion gleichkommen. Verteidigungsminister Grigorij K. *Shukow* kündigt gleichzeitig die Ausrüstung der Satellitenstaaten mit Atom- und Fernlenkwaffen an, falls die Verbündeten der Vereinigten Staaten ebenfalls Atomwaffen erhalten sollten. Außerdem äußert er den Wunsch, mit den deutschen Generälen *Heusinger* und *Speidel* zusammenzutreffen.

Radio Moskau warnt Spanien vor einem Eintritt in die NATO, da es sonst in einem Krieg mit atomaren Vergeltungsangriffen der Sowjetunion rechnen müsse.

20. Ministerpräsident *Bulganin* richtet an den britischen Premierminister Harold *Macmillan* eine Botschaft. Darin werden jede gewaltsame Lösung der Mittelost-Frage verurteilt, ein sofortiges Verbot aller Kernwaffenversuche gefordert und provisorische Uebergangsmaßnahmen zur Errichtung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa vorgeschlagen. Die Stationierung von amerikanischen Spezialeinheiten in den NATO-Staaten wird als eine intensive Vorbereitung zu einem Atomkrieg seitens der Westmächte ausgelegt.

23. Die Regierung veröffentlicht den Inhalt eines Briefwechsels zwischen *Bulganin*, *Eden* und *Mollet* aus der Zeit vor dem Suez-Konflikt. In seinen Schreiben vom 11. und 28. September an die Regierungen Frankreichs und Großbritanniens warf Bulganin den Westmächten vor, sie würden sich durch ihre militärischen Drohungen in die inneren Angelegenheiten Aegyptens einmischen. Die Sowjetunion könne bei einer solchen Aktion nicht teilnahmslos bleiben. Eden und Mollet betonten in ihren Antwortschreiben vom 6. bzw. 11. Oktober 1956, die militärischen Vorsichtsmaßnahmen seien mit den Grundsätzen der Vereinten Nationen vereinbar und durch die Haltung Aegyptens gerechtfertigt.

27. Die sowjetische Regierung richtet eine Note an die deutsche Bundesregierung, in der sie in scharfer Form die Absicht der Bundesregierung angreift, die Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen auszurüsten und ihr Gebiet den Westmächten für die Stationierung von Kernwaffen zur Verfügung zu stellen. Diese „Politik der Stärke“ trage zur Verschärfung der internationalen Spannung und zur Erhöhung der Kriegsgefahr bei. Im Falle eines Kriegsausbruches werde das Gebiet der Bundesrepublik sofort zum Ziel eines vernichtenden sowjetischen Gegenschlages werden. Gleichzeitig wird erklärt, diese Note stelle keine Drohung dar.

28. Uebergabe der Antwortnoten der Signatarstaaten der Verträge über den europäischen gemeinsamen Markt und Euratom auf die sowjetische Erklärung vom 16. März. Die sowjetischen Behauptungen, der gemeinsame Markt und Euratom seien „aggressive Gruppierungen“, werden energisch zurückgewiesen.

29. Das Außenministerium warnt die Westmächte in einer Erklärung vor einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Jordaniens. Die Entsendung der amerikanischen 6. Flotte in das östliche Mittelmeer wird als offene militärische Demonstration gegen die Länder des arabischen Ostens bezeichnet.

Tschechoslowakei

25.—28. Parteikongreß der slowakischen Kommunistischen Partei in Preßburg. Der Erste Sekretär der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, Antonin *Novotny*, kündigt die Notwendigkeit einer Mitarbeit von Arbeitern an der Leitung der Betriebe an. Er kritisiert die verderblichen Einflüsse aus den Nachbarstaaten, die für die revisionistischen Bestrebungen innerhalb der Partei verantwortlich seien.

Ungarn

21. Das Innenministerium gibt die Auflösung des ungarischen Schriftstellerverbandes bekannt.

30. Das Parteiorgan *Nepszabadsag* greift den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dag *Hammarskjöld*, an, weil er es abgelehnt hat, auf Einladung der Regierung nach Ungarn zu kommen.

Vatikan

24. Veröffentlichung eines Appells des Papstes an die Menschheit, das „Wettrennen in Richtung auf den Atomtod“ unbedingt zu beenden. Dieser Appell ist in einer Note enthalten, die der Papst dem japanischen Sonderbotschafter *Matsuschita* am 14. April übergeben hat.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Aegypten

24. Außenminister Mahmud *Fawzi* übermittelt dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dag *Hammarskjöld*, ein Memorandum seiner Regierung über den künftigen Betrieb des Suezkanals. Darin verpflichtet sich Aegypten, die Konvention von Konstantinopel aus dem Jahre 1888 und die Charta der Vereinten Nationen einzuhalten. Die Kanalgebühren sollen im voraus an die Suezkanalbehörde gezahlt werden. 25 vH der gesamten Einnahmen der Suezkanalbehörde sollen einem Fonds zufließen, der bei notwendigen Verbesserungen der technischen Einrichtungen verwandt werden kann.

AMERIKA

Vereinigte Staaten

20. In einem Bericht des Sonderbotschafters des Präsidenten *Eisenhower* für den Mittleren Osten, James *Richards,* der in den vergangenen Wochen die Länder des Mittleren Ostens besucht hatte, werden die Länder genannt, die bisher der Eisenhower-Doktrin zugestimmt haben: Libanon, Libyen, Irak, Persien, Pakistan, Afghanistan, die Türkei und Saudi-Arabien.

22. Außenminister John F. *Dulles* gibt auf einer Veranstaltung der *Associated Press* in New York eine außenpolitische Erklärung ab, in der er die Grundsätze der amerikanischen Außenpolitik bekräftigt. Dulles führt aus, daß der Friede nicht von der Erhaltung des status quo abhängig sei. Er spricht sich für die Beibehaltung und Stärkung des westlichen Sicherheitssystems aus, die infolge der ständigen Bedrohung durch die Aggressionspolitik der Sowjetunion mehr denn je ihre Berechtigung habe. Als wirksamstes Mittel zur Verhinderung eines Krieges bezeichnet Dulles den Aufbau einer beweglichen Vergeltungsmacht. Mit besonderem Nachdruck setzt er sich für das Auslandhilfeprogramm ein.

25. Außenminister *Dulles* kündigt auf einer Konferenz mit den Fraktionsführern die Intervention der Vereinigten Staaten an, falls sich die Sowjetunion in die inneren Angelegenheiten Jordaniens einmischen sollte. Das Marineministerium gibt bekannt, daß die amerikanische 6. Flotte ins östliche Mittelmeer ausgelaufen ist. Am 26. April ermahnt die Regierung die Nachbarstaaten Jordaniens zur äußersten Zurückhaltung.

ASIEN

Ceylon

22. Die Regierung räumt in einem Abkommen Großbritannien das Recht ein, die Flotten- und Luftstützpunkte auf Ceylon auf weitere fünf Jahre zu benutzen.

Volksrepublik China

16. Ministerpräsident *Tschu En-lai* schlägt einer in Peking weilenden Delegation japanischer Sozialisten die Errichtung eines asiatischen Sicherheitssystems vor, dem die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion, Japan, die Volksrepublik China, Burma, Indonesien und Indien angehören sollen. Am 21. April erklärt Staatspräsident *Mao Tse-tung* gegenüber der Delegation, die Volksrepublik China sei bereit, mit Japan einen Nichtangriffspakt abzuschließen. China bemühe sich nicht um die Herstellung der Atomwaffe, da es im Kriegsfall fest auf die Hilfe der befreundeten Sowjetunion rechnen könne.

Indien

17. In der neuen, auf Grund der Neuwahlen des Parlaments gebildeten Regierung bleibt Jawaharlal *Nehru* weiterhin Ministerpräsident und Minister für Auswärtiges und Atomenergie. Krischna *Menon* wird zum Verteidigungsminister ernannt.

Indonesien

17. Präsident Achmed *Soekarno* bezeichnet in einer Ansprache die Staatsform der Sowjetunion als ein nachahmenswertes Beispiel für Indonesien.

Jordanien

21. Rücktritt des Generalstabschefs Ali *Hayri.* Zu seinem Nachfolger wird Habis *Majali* ernannt.

25. Das Kabinett *Khalidi* erklärt seinen Rücktritt. König *Hussein* beauftragt den früheren Ministerpräsidenten Ibrahim *Haschem* mit der Bildung einer neuen Regierung, der u. a. angehören: Ministerpräsident und Justizminister: Ibrahim *Haschem;* Stellvertretender Ministerpräsident und Außenminister: Samir *Rifai;* Minister für Verteidigung, Gesundheit und Soziales: Suleiman *Tukan.*

    Der neue Ministerpräsident proklamiert wegen der wachsenden Unruhen das Kriegsrecht im ganzen Land und erläßt ein Verbot aller Parteien. Am 26. April ernennt das Kabinett Suleiman *Tukan* zum Militärgouverneur für ganz Jordanien. Außerdem wird ein strenges Ausgehverbot erlassen und die Bildung von Militärgerichten bekanntgegeben. Außenminister Samir *Rifai* erklärt am 29. April auf einer Pressekonferenz, daß die Beziehungen zu den übrigen arabischen Ländern brüderlich bleiben werden.

30. Die Regierung nimmt ein amerikanisches Hilfeangebot vom 29. April in Höhe von 10 Millionen Dollar an.

Japan

16. Die Regierung lehnt den Vorschlag der Volksrepublik China für ein „fernöstliches Locarno", den der chinesische Ministerpräsident *Tschu En-lai* gegenüber einer in China weilenden Delegation der Sozialistischen Partei gemacht hat (vgl. Volksrepublik China), entschieden ab.

30. Die Regierung leitet den Vereinigten Staaten eine Note zu, in der sie um eine Aussetzung der nächsten amerikanischen Atombombenversuche ersucht.

Korea (Nord)

17. Unterzeichnung einer gemeinsamen polnisch-nordkoreanischen Erklärung anläßlich des Besuches einer polnischen Regierungsdelegation unter Führung von Josef *Cyrankiewicz* in Pyongjang. Die beiden Verhandlungspartner stellen fest, daß die Wiedervereinigung Koreas auf friedlichem Wege und mit demokratischen Mitteln erreicht werden solle.

Mongolische Volksrepublik

17.—18. Besuch einer polnischen Regierungsdelegation unter Führung von Ministerpräsident Josef *Cyrankiewicz* in Ulan Bator. In einer gemeinsamen Erklärung unterstützt die polnische Delegation die Forderung nach Aufnahme der Mongolischen Volksrepublik in die Vereinten Nationen.

Philippinen

22. Das Repräsentantenhaus beschließt einstimmig das Verbot der Kommunistischen Partei.

Saudi-Arabien

27.—29. Besprechungen König *Sauds* mit König *Hussein* von Jordanien. In einem im Anschluß an die Besprechungen in Riad herausgegebenen gemeinsamen Kommuniqué wird u. a. erklärt, daß Jordanien die erste Verteidigungslinie des arabischen Nationalismus

sei. Die Politik des arabischen Nationalismus solle die Unabhängigkeit der befreiten arabischen Völker von jedem ausländischen Einfluß zum Ziel haben.

Singapur

30. Die Legislativversammlung billigt das in London unterzeichnete Abkommen über die Gewährung der Selbstregierung (vgl. Zeittafel in EA 9/1957, Großbritannien).

Syrien

29. Nach Besprechungen des Staatspräsidenten Schukri *al Kuwatli* mit dem ägyptischen Präsidenten, Gamal Abdel *Nasser*, in Kairo und König *Saud* von Saudi-Arabien in Riad vom 25. bis zum 27. April wird vom Außenministerium ein Kommuniqué herausgegeben, in dem die Notwendigkeit einer ständigen Fühlungnahme zwischen Aegypten, Syrien und Saudi-Arabien über die Lage in Jordanien betont wird.

Internationale Organisationen*

Die Organisation der Vereinten Nationen

16. Der sowjetische Chefdelegierte im Unterausschuß der Abrüstungskommission in London, Valerian *Sorin*, kritisiert den amerikanischen Plan, der die Beendigung der Erzeugung von Spaltmaterial für militärische Zwecke vorsieht und die weitere Benutzung von Kernmaterial nur noch für friedliche Zwecke unter internationaler Kontrolle gestatten soll. Sorin beanstandet, daß durch diesen Plan die Vernichtung des vorhandenen spaltbaren Materials nicht gewährleistet sei. Am 30. April unterbreitet Sorin neue Vorschläge seiner Regierung. Die Sowjetunion schlägt vor, kriegführende Staaten sollten auf den Einsatz von Atom- und Wasserstoffbomben verzichten. Ferner sollten Maßnahmen getroffen werden, um die gänzliche oder teilweise Einstellung der Kernwaffenexperimente zu erreichen. Außerdem erklärt sich die Sowjetunion bereit, den Bereich der Luftinspektion bedeutend zu erweitern und die Beobachtung weiter Gebiete im asiatischen Teil der Sowjetunion einerseits und in Alaska und im westlichen Teil der Vereinigten Staaten andererseits einzuschließen.

17. Der geschäftsführende Vorsitzende der Europäischen Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen, Prof. Gunnar *Myrdal*, tritt mit Wirkung vom 1. September 1957 zurück. Als Nachfolger wird von Generalsekretär *Hammarskjöld* der finnische Botschafter in Großbritannien, Sakari *Tuomioja*, ernannt.

26. Der Sicherheitsrat tritt zu einer Besprechung über die Suezkanal-Frage zusammen. Der amerikanische Vertreter, Henry Cabot *Lodge*, erklärt zu Beginn der Sitzung, die ägyptische Erklärung, die Generalsekretär *Hammarskjöld* am 24. April zugestellt worden ist (vgl. Aegypten), entspreche nicht vollständig den vom Sicherheitsrat am 13. Oktober 1956 aufgestellten Grundsätzen. Ein endgültiges Urteil über den ägyptischen Suezplan sei erst möglich, wenn er erprobt sei; die amerikanische Zustimmung könne nur provisorisch sein. Nachdem der ägyptische Botschafter *Loufti* den Plan seiner Regierung ausführlich erläutert hat, unterzieht der Vertreter Frankreichs das Dokument einer scharfen Kritik und fordert weitere Beratungen des Sicherheitsrats. Der Rat vertagt sich auf unbestimmte Zeit.

Beendigung der am 1. April begonnenen 13. Tagung der Menschenrechtskommission. Auf der Tagung wurden folgende Themen behandelt: Rechtsschutz der Kinder mit besonderer Berücksichtigung der unehelichen Kinder, Schutz und Aufhebung der Diskriminierung von Minderheiten, Freiheit der Meinungsäußerung sowie Gewährung des Asylrechts.

30. Der Beauftragte des Sicherheitsrats für die Vermittlung im Kaschmir-Konflikt zwischen Indien und Pakistan, Gunnar *Jarring*, erklärt in einem Bericht an den Sicherheitsrat, daß er sich nicht in der Lage sehe, konkrete Vorschläge zur Lösung des Kaschmir-Konflikts zu machen.

Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (GATT)

29. Auf einer Tagung in Genf befaßt sich der intersessionale Ausschuß mit der Stellung des GATT zum europäischen gemeinsamen Markt. Von den Delegierten wird beschlossen, ein Programm zur vorbereitenden Zusammenarbeit mit dem Interimsausschuß für den gemeinsamen Markt aufzustellen.

Nordatlantikpakt-Organisation (NATO)

18. Der stellvertretende Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, Feldmarschall Lord *Montgomery*, erklärt in Paris nach viertägigen Stabsübungen im NATO-Hauptquartier, einem sowjetischen Angriff würde sofort mit allen zur Verfügung stehenden Kernwaffen begegnet werden.

23. General *Norstad* ernennt den italienischen General *Albert* mit Wirkung vom 1. Juni zum Kommandeur der NATO-Landstreitkräfte in Südeuropa.

Internationale Union Christlicher Demokraten (NEI)

24.—26. Auf dem 11. Kongreß in Arezzo wird von nahezu 300 Delegierten aus 17 europäischen Ländern einstimmig eine Entschließung gefaßt, in welcher der beschleunigte Aufbau Europas, vor allem die Ratifizierung der Verträge über den gemeinsamen Markt und Euratom, gefordert wird. Die Wiedervereinigung Deutschlands wird als unbedingt notwendig bezeichnet.

Versammlung der versklavten Völker Europas (ANCE)

26.—30. Dritte Sondertagung der Versammlung der versklavten Völker Europas in Straßburg. Der Versammlung gehören Exilpolitiker aus Albanien, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn an. In einer Entschließung werden u. a. die Regierungen der freien Welt aufgefordert, bei den Vereinten Nationen dafür einzutreten, daß die Lage in Mittel- und Osteuropa auf die Tagesordnung der nächsten Vollversammlung der Vereinten Nationen gesetzt wird. Außerdem wird eine politische Behörde des vereinten Europa gefordert, die wirkliche Machtbefugnisse haben müsse.

*) Vgl. hierzu auch die Mitteilungen des Europarats für April 1957 auf S. 9866 bis 9870 dieser Folge.

Bücher und Broschüren

Annuaire des Organisations Internationales. Yearbook of International Organizations. 1956—57 (6me édition). Brüssel: Union des Associations Internationales 1957. 1266 S. (Publ. No. 153 — CDU 061 [100] [058]). DM 43,—.

The Anti-Stalin Campaign and International Communism. A Selection of Documents. Edited by the Russian Institute, Columbia University. New York: Columbia University Press 1956. VI, 337 S.

The new Atomic Age. New York: United Nations, Department of Public Information, 1956. 40 S. $ 0,25.

Bärmann, Johannes: Deutsche Einheit — Einheit des Rechts. Akademische Festrede zum „Tag der Deutschen Einheit“ (17. Juni 1953), gehalten an der Johannes-Gutenberg-Universität zu Mainz am 15. Juni 1956. Nördlingen 1957: C. H. Beck'sche Buchdruckerei. 21 S. (Als Manuskript gedruckt).

Deutsches Atomenergierecht. Ergänzbare Sammlung geltender Vorschriften auf dem Gebiet der Atomenergie. Herausgegeben von Professor Dr. Georg Erler und Dr. Hans Kruse. Göttingen: Verlag Otto Schwartz & Co. 1955 ff. Grundwerk einschl. Ordner DM 9,80; 1. Erg.-Lieferung DM 5,88; 2. Erg.-Lieferung DM 6,58; 3. Erg.-Lieferung DM 16,50; 4. Erg.-Lieferung DM 4,40; 5. Erg.-Lieferung DM 8,—.

Das 1955 erschienene Grundwerk (vgl. die Besprechung in Europa-Archiv 9/1956, S. 8843) ist inzwischen durch fünf Ergänzungslieferungen auf den Stand vom Mai 1957 gebracht worden. Als Einführung in das Werk (Teil A) liegen bisher vor: eine physikalisch-technische Einführung, in der sich Dr. rer. nat. Friedwart Winterberg mit den physikalisch-technischen Grundbegriffen befaßt; eine juristische Einführung, in der Dr. jur. Hans Kruse die rechtlichen Probleme der Atomforschung und -technik aufzeigt, und eine Einführung in die internationalen Aspekte, in der Professor Dr. jur. Georg Erler die internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Verwendung der Atomenergie behandelt.

Zu den einzelnen Rubriken der Sammlung (B = Internationale Vereinbarungen, C = Gesetzliche Grundlagen und Organisation, D = Forschung und Entwicklung, E = Arbeits- und Gewerberecht, F = Handels- und Wirtschaftsrecht, G = Patentwesen, H = Bergwesen, I — Sonstige Vorschriften / Informationen, K = Entscheidungen) enthalten bereits die ersten fünf Ergänzungslieferungen eine Fülle von Texten und Dokumenten. Hiervon seien beispielsweise genannt: das Abkommen über die Errichtung einer Europäischen Organisation für kernphysikalische Forschung, die Satzung der Europäischen Atomenergiegesellschaft, die Abkommen der Bundesrepublik über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der zivilen Verwendung der Atomenergie mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien, der Satzungsentwurf für die Internationale Atomenergiebehörde sowie Dokumente der OEEC und des Europarates.

Wie die Herausgeber in einem Hinweis zur fünften Ergänzungslieferung mitteilen, sollen künftig auch die Euratom-Vorschriften in die Sammlung einbezogen werden. Für die sechste Lieferung wird der authentische Text des Euratom-Vertrages nebst Anhängen und Protokollen angekündigt.

Der letzte Teil der Sammlung (L = Bibliographie und Kommentare) bietet eine Uebersicht des einschlägigen deutschen Schrifttums. *H. V.*

Documents on International Affairs 1954. Selected and edited by Denise Folliot. Issued under the auspices of the Royal Institute of International Affairs. London — New York — Toronto: Oxford University Press 1957. XVII, 368 S. £ 2/15/—.

Dieser erläuterte Dokumentenband, der sechste der Nachkriegsreihe, umfaßt das Jahr 1954. Er behandelt u. a. das Scheitern der EVG, das Zustandekommen der Westeuropäischen Union (WEU), die Berliner Außenministerkonferenz und die Genfer Asienkonferenz. Neben Abschnitten über die Probleme des Mittleren und des Fernen Ostens ist ein Abschnitt den Fragen der Abrüstung und der friedlichen Verwendung der Atomenergie gewidmet.

Mit diesem Band wird die Gepflogenheit der Vorkriegsjahre wieder aufgenommen, die Dokumentenveröffentlichung zwar als Ergänzung, jedoch unabhängig von dem für das gleiche Jahr erscheinenden Textband (Survey) herauszubringen. Die Erläuterungen zu den Dokumenten sollen, wie die Herausgeberin betont, den Survey-Band nicht ersetzen, sondern lediglich den zum Verständnis der Dokumente erforderlichen Hintergrund abgeben und den unabhängigen Gebrauch des Dokumentenbandes ermöglichen. *H. V.*

European Free Trade Area. A Survey for Industrialists. London: Federation of British Industries 1957. VIII, 86 S. 6s.

La Ligue Européenne de Coopération Economique. Dix années d'activité (1947—1957). Brüssel: Imprimerie des Sciences 1957. 31 S.

Meade, James E.: Negotiations for Benelux: An Annotated Chronicle 1943—1956. Princeton, New Jersey: International Finance Section, Department of Economics and Sociology, Princeton University 1957. 89 S. (Princeton Studies in International Finance, No. 6). $ 0,25.

National Communism and Popular Revolt in Eastern Europe. A Selection of Documents on Events in Poland and Hungary, February—November, 1956. Edited by Paul E. Zinner, Program on East Central Europe, Columbia University. New York: Columbia University Press 1956. XX, 563 S.

Progress in Land Reform. Second Report. Analysis of replies by governments to a United Nations questionnaire. New York: United Nations 1956. VIII, 190 S. $ 2,00. (Sales No. 1956. II. B. 3.)

Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs aus den Jahren 1934/35 und 1939/40. Nach der photographischen Wiedergabe der Handschrift aus den Nürnberger Akten herausgegeben und erläutert von Dr. Hans-Günther Seraphim. Göttingen — Berlin — Frankfurt: Musterschmidt-Verlag 1956. 218 S. (Quellensammlung zur Kulturgeschichte, Band 8). DM 15,80.

Im Verlauf der 13 Nürnberger Verfahren sind nicht weniger als etwa 60 000 zeitgeschichtliche Dokumente zusammengetragen worden, die sich vormals in deutschen Archiven befanden. Der Benutzung und Auswertung dieser Dokumente — eine Fundgrube nicht nur für den Historiker — stehen jedoch erhebliche Schwierigkeiten entgegen. Nur geringe Teile dieser Quellen sind bisher veröffentlicht worden. Eine Gesamtdokumentation, mit der der Forschung zweifellos am besten gedient wäre, dürfte jedoch aus rein finanziellen Gesichtspunkten nicht durchzuführen sein. Abgesehen von der Anfertigung von Fundstellenverzeichnissen, wie sie von dem Institut für Völkerrecht an der Universität Göttingen, dem Institut für Zeitgeschichte in München und dem Westfälischen Wirtschaftsarchiv in Dortmund in Angriff genommen worden sind, um die Benutzung und wissenschaftliche Erschließung der Dokumente zu erleichtern, bleibt praktisch nur der Weg der Einzelveröffentlichung ausgewählter Urkunden und Dokumente.

In der von Professor Wilhelm Treue herausgegebenen Quellensammlung zur Kulturgeschichte sind nun als Band 8 die Tagebuchaufzeichnungen des in Nürnberg hingerichteten

ehemaligen Reichsleiters Alfred Rosenberg erschienen. Der Herausgeber begründet die Veröffentlichung des Rosenberg-Tagebuches im Rahmen einer Quellensammlung zur Kulturgeschichte mit dem Hinweis, daß diese Veröffentlichung dazu beitrage, besser als bisher über einige der wichtigsten Bereiche der Kulturpolitik Hitlers zu einem Urteil zu gelangen.

In seiner Einleitung zu dem Tagebuch weist Seraphim darauf hin, daß man Rosenberg allgemein nur als den Verfasser des „Mythus des 20. Jahrhunderts" und als „Philosophen der nationalsozialistischen Bewegung" betrachtet habe, dabei aber übersehe, daß Rosenberg seit 1921 Hauptschriftleiter des „Völkischen Beobachters" und während der zwanziger Jahre Hitlers außenpolitischer Berater war, nach seiner Wahl in den Reichstag dem Auswärtigen Ausschuß angehörte und später als offizieller Beauftragter Hitlers den Aufbau und die Lenkung des Außenpolitischen Amtes der NSDAP übernahm. Rosenberg habe damit gerechnet, eines Tages als Nachfolger v. Neuraths das Außenministerium zu übernehmen. Aus seinen Tagebuchaufzeichnungen spricht deutlich die Enttäuschung, daß Hitler Ribbentrop den Vorzug gab. Während des Krieges wurde Rosenberg zum Reichsleiter des Einsatzstabes zur Sicherung der Kunstschätze ernannt und übte neben der Parteiarbeit als Ostexperte damit erstmalig eine staatliche Funktion aus. Am 17. Juli 1941 wurde er Reichsminister für die besetzten Ostgebiete.

Der im Druck vorliegende Wortlaut des Tagebuches wurde durch Seraphim aus einer Fotokopie des handschriftlichen Originals übertragen. Das Original selbst konnte jedoch nicht nachgewiesen werden. Das Tagebuch besteht aus zwei Teilen. Der erste beginnt mit einer Eintragung vom 14. Mai 1934 und reicht bis zum 18. März 1935. Nach einer Pause von fast vier Jahren beginnen die Eintragungen wieder unter dem 6. Februar 1939 und führen bis zum 12. Oktober 1940. Die hier sofort auftauchende Frage, ob es sich um Bruchstücke eines regelmäßig geführten Tagebuches handelt oder ob diese Aufzeichnungen das ganze Tagebuch darstellen, läßt sich auf Grund der von Seraphim angestellten Ermittlungen nicht eindeutig beantworten. Es steht lediglich fest, daß der erste Teil den tatsächlichen Anfang des Tagebuches darstellt.

Die Publikation wird ergänzt durch einen Anhang von im Text des Tagebuches erwähnten Denkschriften, Protokollen, Briefen und Urkunden sowie durch ein Sach- und Namensregister. *H. V.*

Vereintes Europa auf der Schiene. Sonderausgabe der Zeitschrift „Europa-Verkehr". Hrsg. Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing. e. h. Frohne. Darmstadt: Otto Elsner Verlagsgesellschaft, Mai 1947, 186 S. m. 67 Abb., Taf. u. Tab. Brosch. DM 12,—.

Dieses Sonderheft enthält u. a. folgende Beiträge: E. Frohne, „Die europäischen Eisenbahnen"; L. Armand, „La collaboration nécessaire des chemins de fer en Europe"; P. le Vert, „La Commission économique pour l'Europe et les transports ferroviaires"; R. Cottier, „Zur Gestaltung des zwischenstaatlichen Transportrechts"; W. Haustein, „Die internationalen Organisationen im Eisenbahnwesen und ihre Ziele" und W. Klaer, „Auswirkungen der Montanunion auf den Eisenbahnverkehr".

Wigny, Pierre: Rechenschaft über die Gemeinschaft der Sechs. Luxemburg: EGKS 1957. 135 S. DM 3,75. (Vertrieb der deutschen Ausgabe: Bundesanzeiger Köln, Postfach).

Der Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl ist für eine Geltungsdauer von fünfzig Jahren abgeschlossen worden. In dieser Frist ist eine fünfjährige Uebergangszeit enthalten, nach deren Ablauf — zu Beginn des Jahres 1958 — gewisse Aenderungen des Vertragswerkes möglich werden. Auf der anderen Seite schicken sich die Parlamente der gleichen sechs Länder, die den Montanunion-Vertrag unterzeichnet haben, an, die am 25. März 1957 in Rom unterzeichneten Verträge über Euratom und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu ratifizieren. Damit ist der Zeitpunkt gekommen, wo man zu prüfen hat, ob die bisherigen Ergebnisse überhaupt zur Fortsetzung des Unternehmens ermuntern und ob diese Ergebnisse mit andersgearteten organisatorischen und institutionellen Mitteln oder Methoden nicht besser oder wenigstens ebensogut hätten erzielt werden können. Darauf eine objektive Antwort zu geben, ist keineswegs leicht, denn man darf einfach nicht übersehen, daß die Montanunion die erste und bis jetzt auch einzige „supranationale" — noch dazu auf Kohle, Stahl und Eisenerz beschränkte — europäische Institution ist und daß somit Vergleichsmöglichkeiten entfallen.

Gleichwohl konnte und wollte man einer Antwort nicht ausweichen. Als das politisch-parlamentarische Kontrollorgan der Gemeinschaft hat die Gemeinsame Versammlung durch ihren Politischen Ausschuß einen Bericht ausarbeiten lassen, der anläßlich der Februar-Tagung durch den belgischen Abgeordneten Pierre Wigny erstattet wurde. Dieser Bericht, der inzwischen von der Versammlung gebilligt wurde, liegt nun in Buchform vor.

Der Bericht gliedert sich in einen politischen und in einen wirtschaftlich-sozialen Teil. Im ersten Teil wird die Frage aufgeworfen, ob die Organe der Gemeinschaft wirksam funktioniert haben, ob sie für die Mitgliedstaaten eine Belastung oder Hilfe gewesen sind und ob sie dritten Ländern gegenüber feindlich oder freundlich gesinnt waren. Im zweiten Teil beschäftigt sich der Bericht mit der Frage, ob eine „echte Integration von zwei Grundstoffindustrien" zustande gekommen ist und ob der gemeinsame Markt für die Gemeinschaft insgesamt günstig war.

Die Antworten auf diese Fragen stellen gewissermaßen eine kritische Gesamtschau des in den vergangenen vier Jahren im Rahmen der EGKS Geleisteten dar.

Hinweis der Schriftleitung

Die Folgen 11 und 12 des Europa-Archivs werden Mitte Juni 1957 als ein dem Thema der wirtschaftlichen Zusammenarbeit Europas, insbesondere der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, gewidmete Doppelfolge erscheinen.

EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co)

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (H. V.)

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20. Telefon 77 80 21.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 16—18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2.50; des Doppelheftes DM 5.—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 11.50 (durch die Post einschl. Zeitungsgebühr DM 12.—), bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 43.50 zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalsschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst, Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 77 33 47.

Österreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

MITTEILUNGEN DES EUROPARATS

HERAUSGEGEBEN VON DER PRESSE- UND INFORMATIONSABTEILUNG DES EUROPARATS

Mai 1957 7. Jahrgang — Nr. 5

Die Tätigkeit des Europarats im April 1957

MINISTERKOMITEE UND BERATENDE VERSAMMLUNG

Am 29. April hielt das Ministerkomitee des Europarats unter dem Vorsitz des niederländischen Außenministers J. M. *Luns*, in Straßburg seine 20. Sitzung ab. Die Ergebnisse der Sitzung finden sich in dieser Nummer der Mitteilungen des Europarats.

Die Beratende Versammlung hat ebenfalls am 29. April in Straßburg ihre diesjährige Sitzungsperiode eröffnet. In einer besonderen Ausgabe der Mitteilungen des Europarats wird über den Verlauf der Sitzungen berichtet sowie der Text aller Empfehlungen und Entschließungen veröffentlicht werden. Die Versammlung tagte vom 29. April bis zum 4. Mai.

I. TAGUNGEN DES RATES

Ministerkomitee

Nach Abschluß seiner Beratungen veröffentlichte das Ministerkomitee das folgende Kommuniqué:

„Die 20. Sitzung des Ministerkomitees des Europarats wurde in Straßburg am 29. April 1957 unter dem Vorsitz von Herrn Josef *Luns*, niederländischer Außenminister, abgehalten.

Die Minister hörten ein Exposé des Präsidenten der Beratenden Versammlung, Herrn Fernand *Dehousse*, der die Tagesordnung des Gemischten Ausschusses kommentierte und über die Beziehungen zwischen den europäischen Institutionen, insbesondere das Problem der Zusammenhänge zwischen den Versammlungen, sprach.

Nach einer Prüfung der Fragen der Reorganisation und der Umgruppierung der europäischen Institutionen verabschiedeten die Minister folgende Entschließung:

Das Ministerkomitee verweist auf seine Entschließung (56) 24 vom 23. Dezember 1956 betreffend die Beziehungen zwischen dem Europarat und dem Europäischen Wirtschaftsrat in Paris.

Nach Kenntnisnahme des Berichtes des amtierenden Generalsekretärs, den dieser aufgrund einer in der vorerwähnten Entschließung enthaltenen Weisung vorgelegt hatte, beschließt das Ministerkomitee:

1) *diesen Bericht dem Rat des Europäischen Wirtschaftsrats in Paris zu übermitteln, damit dieser gemeinsam mit dem Ministerkomitee eine eingehende Studie über die Tätigkeit und die Struktur beider Organisationen im Hinblick auf eine Verstärkung der europäischen Zusammenarbeit durch ein gemeinsames Vorgehen prüfen kann. Die Aussprache über diese Frage soll von den Verbindungsausschüssen Europarat/Europäischer Wirtschaftsrat durchgeführt werden, und spätestens am 1. Oktober 1957 soll dem Ministerkomitee des Europarats und dem Rat des Europäischen Wirtschaftsrates ein Bericht vorgelegt werden;*
2) *den Bericht des amtierenden Generalsekretärs der Beratenden Versammlung zur Stellungnahme vorzulegen.*

Das Komitee war der Auffassung, daß nach einer vorbereitenden Prüfung der Frage der Reorganisation der europäischen Institutionen im Rahmen der Sechs oder der Westeuropäischen Union das Gesamtproblem vom Europarat erneut aufgegriffen werden müsse, da dieser den allgemeinen Rahmen der europäischen Politik darstellt.

Die Minister beschlossen, der Versammlung zwei Kandidaten für den Posten des Generalsekretärs des Europarats vorzuschlagen: die Herren *Benvenuti* und *Fens.*

In Überenistimmung mit ihren Beschlüssen vom Dezember 1956 hielten die Außenminister einen Meinungsaustausch über die Koordination der Außenpolitik der Mitgliedsländer ab und verabschiedeten die nachstehende Entschließung. Die österreichische Delegation enthielt sich aus besonderen Gründen der Stimme.

Das Ministerkomitee,

unter Berücksichtigung der von der Beratenden Versammlung während der 8. Sitzungsperiode erarbeiteten Grundsätze und Vorschläge für eine gemeinsame europäische Außenpolitik;

in Bekräftigung seiner eigenen Entschließung (56) 23 vom 16. Dezember 1956, in der das Ministerkomitee eine Reihe von Grundsätzen für eine gemeinsame Politik in den Osteuropa und den Nahen Osten betreffenden Fragen aufgestellt hat;

nach Prüfung der inzwischen eingetretenen Entwicklung,

Erklärt seine Genugtuung über den Abschluß der Verträge über eine Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und über Euratom in der Überzeugung, daß diese zwischen einigen Mitgliedstaaten geschlossenen Verträge der Stärkung und Einigung Europas dienen werden;

Betont erneut, daß die Aufrechterhaltung der Teilung Deutschlands eine ständige Gefahr für den Frieden darstellt, deren baldige Beseitigung zu den wichtigsten Aufgaben einer gemeinsamen europäischen Politik gehört;

Unterstreicht gegenüber den Drohungen, denen einige Mitgliedstaaten in letzter Zeit von Seiten der UdSSR ausgesetzt waren, die Notwendigkeit, die Verteidigungsstärke des freien Europa zu erhalten;

Drückt seine Entschlossenheit aus, eine allgemeine kontrollierte Abrüstung auf jede Weise zu fördern;

Erklärt seine Bereitschaft, den entwicklungsfähigen Gebieten in und außerhalb Europas seine Hilfe zu leihen;

Dankt der Beratenden Versammlung für ihre ständigen Bemühungen um eine gemeinsame europäische Politik, die für das Ministerkomitee und die Mitgliedregierungen von großem Wert sind."

Im Rahmen einer öffentlichen Sitzung unterzeichneten die Minister die Europäische Konvention über die friedliche Regelung von Streitigkeiten.

Gemischter Ausschuß

Unter dem Vorsitz von Herrn Fernand *Dehousse*, Präsident der Beratenden Versammlung, tagte am 29. April in Straßburg der Gemischte Ausschuß des Rates.

Stellvertreter der Minister

Ihre 48. und 49. Sitzung hielten vom 4. bis zum 5. bzw. vom 6. bis zum 9. April die Stellvertreter der Außenminister in Straßburg ab. Den Vorsitz führten der Ständige Vertreter Luxemburgs, Herr P. *Reuter* (48. Sitzung), und der Ständige Vertreter der Niederlande, Frl. M. *Witteveen* (49. Sitzung). Ein großer Teil der 49. Sitzung diente der Vorbereitung der Sitzungen des Ministerkomitees und des Gemischten Ausschusses.

In Beantwortung der Empfehlung Nr. 92 der Beratenden Versammlung vom 18. April 1956 (vgl. Mitteilungen des Europarats, 6. Jahrg., Nr. 5 — VII) verabschiedeten die Stellvertreter die folgende Entschließung:

Das Ministerkomitee hat die Empfehlung Nr. 92 der Beratenden Versammlung betreffend die geistige Eingliederung junger Flüchtlinge aus Osteuropa sowie den Bericht des Generalsekretärs über eine europäische Erziehungsgemeinschaft in Erwägung gezogen und erkennt die Bedeutung an, die im europäischen Sinne einer geistigen Eingliederung von in den Mitgliedstaaten aufgenommenen jungen Flüchtlingen zukommt.

Es wird dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß die Mitgliedsregierungen im Rahmen ihrer Möglichkeiten die amtlichen oder privaten Initiativen auf diesem Gebiete unterstützen mögen.

Die 50. Sitzung der Stellvertreter der Minister beginnt am 24. Mai in Straßburg.

II. WIRTSCHAFTSFRAGEN

Entwicklung Afrikas

Eine Gruppe von unabhängigen Sachverständigen aus Europa und aus Afrika hielt vom 23. bis zum 26. April im Europahaus in Straßburg eine Sitzung ab, auf der die geeigneten Mittel zur Förderung einer wirtschaftlichen und sozialen Expansion Afrikas geprüft wurden.

Die Mitglieder dieser Gruppe wurden aufgrund ihrer Kenntnisse und Erfahrungen ausgewählt, sie vertreten ihre eigene Meinung, nicht diejenige ihrer Regierungen.

Die Aufgabe der Gruppe ist in einer Weisung der Versammlung niedergelegt, die diese an den Generalsekretär gerichtet hatte:

Eine Gruppe unabhängiger Sachverständiger ist aufzustellen, die aus Angehörigen der Mitgliedsländer des Europarats — unabhängig davon, ob diese Länder konstitutionelle Bindungen in Afrika haben — und der afrikanischen Länder bestehen soll, die daran interessiert sind, die geeigneten Mittel für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Afrikas zu prüfen. Diese Sachverständigengruppe soll Vorschläge ausarbeiten, die eine Förderung und Beschleunigung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Afrikas zum Ziele haben. Diese Vorschläge sollen sich auch auf die Hebung des Lebensstandards der afrikanischen Bevölkerungen erstrecken. Der Wohlstand Afrikas und auch Europas liegt in einer gleichberechtigten Zusammenarbeit zwischen den afrikanischen Ländern und den Mitgliedstaaten des Europrats.

Eine vorbereitende Besprechung der Sachverständigen hatte bereits im vergangenen November stattgefunden, sie trug rein privaten Charakter und war daher nicht Gegenstand einer Mitteilung an die Öffentlichkeit. Es wurde eine Arbeitsunterlage geschaffen, in der in großen Zügen die Grundlagen für eine gemeinsame Anstrengung der europäischen und afrikanischen Länder festgelegt wurde.

Dieses Dokument enthält ebenfalls die Grundlage für eine Verwirklichung der Prinzipien, die im Laufe **der letzten Tagung eingehend untersucht worden sind.**

Ein Zwischenbericht soll in Kürze der Beratenden Versammlung vorgelegt werden. Dieser Bericht befaßt sich insbesondere mit den Auswirkungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auf die afrikanische Wirtschaft sowie mit den mit der Schaffung einer Freihandelszone verbundenen Problemen.

Die Sachverständigen beabsichtigen, einen endgültigen Bericht an die Beratende Versammlung für die Herbstsitzung vorzubereiten.

Landwirtschaft

Der Sonderausschuß für Landwirtschaft tagte am 26. April unter dem Vorsitz von Herrn Roberto *Lucifero* (Italiener, Monarchist) in Villefranche-sur-Saône. Der Ausschuß prüfte zwei Berichtsentwürfe von Herrn René *Charpentier*, betreffend die Auswirkungen des gemeinsamen Marktes und der Freihandelszone auf die Landwirtschaft. Diese Berichte werden auf der Frühjahrssitzung der Beratenden Versammlung vorgelegt werden. Weiterhin befaßte sich der Ausschuß mit der Frage des Exports von Pferden und Rindern für Schlachtzwecke und mit der Verhinderung der Maul- und Klauenseuche. Die Mitglieder des Ausschusses besuchten das Institut für Maul- und Klauenseuche in Meirieux, die Traktorenfabrik in Villefranche s/Saône sowie die Molkereigenossenschaften der Region.

III. RECHTS- UND VERWALTUNGSFRAGEN

Grenzformalitäten

In Paris tagten am 16. April zwei Gruppen von Regierungssachverständigen, die sich mit der Frage der Abschaffung der Paß- und Personenkontrolle sowie mit der Frage der Stichprobenkontrolle der Zollpapiere für Kraftfahrzeuge und der von Touristen mitgeführten Waren befaßten. Der französische Sachverständige machte Ausführungen über die Abschaffung des Paßzwanges zwischen Frankreich und Italien und Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland. Der deutsche Sachverständige erläuterte die Schaffung der Zollvormerkkarte für Kraftfahrzeuge. Weiterhin wurden die Maßnahmen der Mitgliedsregierungen des Europäischen Wirtschaftsrates, die aufgrund der Empfehlung des Rates dieser Organisation vom 27. Juli 1956 im Hinblick auf die Grenzformalitäten getroffen worden sind, geprüft. Der Bericht des Touristik-Ausschusses des Europäischen Wirtschaftsrates über die Schaffung eines Kraftfahrzeugpasses wurde ebenfalls geprüft.

Am 17. April berichteten die beiden Gruppen dem Plenum der Kommission, das unter dem Vorsitz von Herrn Auguste *Pinton*, französischer Minister für Verkehr und öffentliche Arbeiten, tagte.

Europäische Konvention für die friedliche Regelung von Streitigkeiten

Die Bevollmächtigten der Mitgliedstaaten des Europarats unterzeichneten am 29. April im Europahaus in Straßburg diese Konvention, welche die Signatarstaaten verpflichtet, mit friedlichen Mitteln die zwischen ihnen auftauchenden Streitigkeiten beizulegen.

Die Konvention sieht drei verschiedene Verfahren vor:

1) *Gerichtsverfahren:* juristische Streitigkeiten des internationalen Rechts werden dem Internationalen Gerichtshof überwiesen, dessen Zuständigkeitsbereich sich damit erheblich erweitert;
2) *Schlichtung:* nichtjuristische Streitigkeiten werden einem Schlichtungsausschuß unterbreitet;

3) *Schiedsverfahren:* falls das Schlichtungsverfahren nicht zum Ziele führt, wird der Fall einem Schiedsgericht zur Entscheidung vorgelegt.

Der Schlichtungsausschuß und das Schiedsgericht bestehen aus je fünf Mitgliedern, von denen drei einschließlich des Vorsitzenden gemeinsam aus den Angehörigen dritter Staaten ausgewählt werden. Die Parteien stellen je ein Mitglied.

Im vierten Abschnitt der Konvention sind allgemeine Bestimmungen enthalten, aus denen insbesondere hervorgeht, daß die Konvention keine rückwirkende Kraft besitzt.

Anläßlich der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde kann jeder Signatarstaat erklären, daß er das Schiedsverfahren oder das Schlichtungs- und das Schiedsverfahren nicht anerkennt.

Jeder Signatarstaat verpflichtet sich, das Urteil des Internationalen Gerichtshofes bzw. den Spruch des Schiedsgerichtes anzuerkennen.

Wenn eine Partei ihren Verpflichtungen aus einem Urteil des Internationalen Gerichtshofes oder einem Spruch des Schiedsgerichtes nicht nachkommt, kann die Gegenpartei sich an das Ministerkomitee des Europarats wenden. Dieser kann, wenn er es für erforderlich hält, mit Zweidrittelmehrheit Empfehlungen hinsichtlich der Vollstreckung des Urteils oder des Schiedsspruches erteilen.

Mit der Hinterlegung von zwei Ratifikationsurkunden tritt diese Konvention in Kraft.

Europäische Menschenrechtskommission

Das Ministerkomitee hat auf der Ebene seiner Stellvertreter folgende Mitglieder der Europäischen Menschenrechtskommission wiedergewählt, deren Mandate am 17. Mai 1957 abliefen: die Herren Muvaffik *Abkay* (Türkei), James *Crosbie* (Irland), Francesco Maria *Dominedo* (Italien), Paul *Faber* (Luxemburg), Stude *Petren* (Schweden), Fridjön *Skarphedinsson* (Island).

IV. SOZIALE FRAGEN

Arbeitsgruppe des Sozialkomitees

Das Sozialkomitee hatte eine Arbeitsgruppe beauftragt, eine Reihe von Artikeln des Entwurfes für die Europäische Sozial-Charta zu bearbeiten. Diese Gruppe tagte in Straßburg vom 9. bis zum 12. April unter dem Vorsitz von Herrn *Geller* (Deutschland), Berichterstatter war Herr *Delperée* (Belgien).

Die hauptsächliche Aufgabe der Gruppe war die Prüfung derjenigen Rechte, welche in den vom Sekretariat an die Regierungen übersandten Fragebogen behandelt worden waren. Dem Komitee waren Textentwürfe vorzulegen, die einerseits der Stellungnahme der Regierungen entsprachen und andererseits die Stellungnahmen des Komitees, des Generalsekretariats und der Versammlung mit ihrer Empfehlung 104 berücksichtigten.

Ausschuß für soziale Fragen

Der Ausschuß der Beratenden Versammlung für soziale Fragen tagte am 15. und 16. April in Paris unter dem Vorsitz von Herrn Henri *Heyman* (Belgier, Christl.-Soz.) und prüfte den Entwurf der Europäischen Sozialversicherungsordnung sowie die sozialen Aspekte der neuen Verträge der Sechs.

Es wurde beschlossen, vor einer weiteren Stellungnahme die Fertigstellung des Zusatzprotokolles zur Sozialversicherungsordnung durch die Minister abzuwarten. Außerdem soll eine gemeinsame Sitzung mit dem Sachverständigenausschuß, der mit der Ausarbeitung des Vertragstextes beauftragt ist, abgehalten werden.

Der Ausschuß nahm Kenntnis von einem vom Generalsekretariat vorbereiteten Bericht über die sozialen Aspekte der Verträge der Sechs und beschloß, der Beratenden Versammlung auf der Frühjahrssitzung eine Stellungnahme zu diesem Problem vorzulegen.

Vorläufige Abkommen über Soziale Sicherheit

Der Ständige Vertreter Belgiens beim Europarat, Herr Jean Charles *Salmon*, hinterlegte am 3. April beim Generalsekretär des Europarats die Ratifikationsurkunde seines Landes über die vorläufigen Abkommen über Soziale Sicherheit. Diese Abkommen treten am 1. Mai 1957 in Belgien in Kraft.

Bisher haben die sieben folgenden Länder diese Abkommen ratifiziert: Dänemark, Bundesrepublik Deutschland, Irland, die Niederlande, Norwegen, Schweden und Großbritannien.

V. KULTURELLE FRAGEN

Jugendkonferenz

Am 12. und 13. April fand im Europahaus in Straßburg eine Jugendkonferenz statt, die vom Ausschuß der Kultursachverständigen auf Vorschlag des Unterausschusses für Jugend einberufen worden war. Diese Konferenz vereinigte die Führer der privaten Jugendorganisationen mit Konsultativstatus beim Europarat mit dem Unterausschuß für Jugendfragen, bestehend aus je einem Sachverständigen aus Österreich, Belgien, Frankreich, Italien, der Bundesrepublik Deutschland und Schweden. Der Vorsitzende des Unterausschusses, Herr *Vandenborre* (Belgien), führte den Vorsitz auf dieser Konferenz, die den Vertretern der eingeladenen Organisationen Informationen über den Europarat und insbesondere über dessen Tätigkeit auf kulturellem Gebiet vermitteln sollte. Andererseits interessierte sich der Unterausschuß für die europäische Arbeit der Organisationen innerhalb der Jugend und forderte die Organisationen auf, zu gewissen Projekten des Europarats auf dem Gebiete der Jugendfragen Stellung zu nehmen. Von Sachbearbeitern des Generalsekretariats wurden Einführungsvorträge über die Tätigkeit des Europarats gehalten, während die Vertreter der Organisationen auf die Schwierigkeiten hinwiesen, denen sie bei der Verwirklichung ihrer Pläne begegnen.

Die Konferenz arbeitete eine Reihe von Vorschlägen für eine engere Zusammenarbeit zwischen den mit Jugendfragen befaßten internationalen Organisationen aus.

Preis des Europarats

Der Ausschuß der Kultursachverständigen hat die Bestimmungen für die Verleihung des Preises ausgearbeitet, der jährlich anläßlich eines Filmfestspieles in einem Mitgliedslande verliehen werden soll.

Dieser Preis besteht aus einer goldenen Medaille; er wird erstmals auf den Berliner Filmfestspielen im Juni 1957 verliehen werden.

Die Bestimmungen für die Verleihung enthalten Einzelheiten über die Anmeldung, die Jury und die Finanzierung. Die Filme müssen einen künstlerischen Wert besitzen und die Grundsätze der europäischen Zivilisation darlegen oder in einer wahrheitsgetreuen und sympathischen Form das Leben eines oder mehrerer Mitgliedsländer des Europarats darstellen. Außerdem müssen die Filme in einem oder mehreren Mitgliedsländern hergestellt sein und dürfen nicht älter als ein

Jahr sein. Zur Bewerbung können Spielfilme, Kurzfilme oder Kulturfilme gemeldet werden.

Alle Produzenten von Filmen, die den vorgeschriebenen Bedingungen entsprechen, können vor dem 10. Mai ihre Bewerbung einreichen, und die Jury kann auch die Produzenten bestimmter Filme zur Einreichung einer Bewerbung auffordern.

Die Jury besteht aus fünf Personen, die vom Generalsekretär des Europarats ernannt werden. Sie wählt ihren Präsidenten und entscheidet in völliger Unabhängigkeit. Es kann jährlich nur ein Preis verliehen werden, und die Jury kann auf die Zuteilung eines Preises überhaupt verzichten.

VI. KOMMUNALE UND REGIONALE ANGELEGENHEITEN

Ausschuß für kommunale und regionale Angelegenheiten

Dieser Ausschuß der Versammlung tagte am 5. und 6. April unter dem Vorsitz von Herrn *Chaban-Delmas* (Franzose, Soz.-Rep.) in Paris. In erster Linie verabschiedete der Ausschuß drei Empfehlungsentwürfe betreffend die Ergebnisse der im Januar durchgeführten Europäischen Kommunalkonferenz. Eine der Empfehlungen, die von dem Abgeordneten *Santero* (Italiener, Christl. Dem.) vorgelegt wurde, empfiehlt die Einberufung einer weiteren derartigen Konferenz. Alle Empfehlungen werden der Beratenden Versammlung auf ihrer Frühjahrstagung vorgelegt werden.

Der Ausschuß befaßte sich mit den Finanzproblemen für die Durchführung seines Programms: Kommunalkonferenz, Interkommunaler Austausch, Europapreis, u. a. m.

Anläßlich der Tagung des Ausschusses wurde dieser von der Stadt Puteaux empfangen, der am 6. April der Europapreis verliehen worden war.

Am 25. April wurde der Ausschuß von der Stadt Offenbach empfangen, die gemeinsam mit Puteaux den Europapreis erhalten hat.

Pressekonferenzen

Herr Jacques *Chaban-Delmas* hielt am 5. April im Pariser Büro des Europarats eine Pressekonferenz über die Ergebnisse der ersten Europäischen Kommunalkonferenz ab. Diese Konferenz hatte vom 12. bis zum 14. Januar 135 Delegierte im Sitzungssaal der Beratenden Versammlung vereint und deutlich gezeigt, daß eine kraftvolle Unterstützung der Gemeinden und Gemeindeverbände für die Entwicklung des europäischen Einheitsstrebens unerläßlich ist.

Der Präsident der Beratenden Versammlung, Herr Fernand *Dehousse*, sprach auf dieser Pressekonferenz über die Reorganisation der europäischen parlamentarischen Institutionen. Der von den Regierungen der Sechs am 25. März ernannte Interimsausschuß wird hierzu Vorschläge ausarbeiten, die der Europarat zu prüfen haben wird. Herr *Dehousse* ist persönlich Anhänger einer einheitlichen Europäischen Versammlung, der ein Senat aus Vertretern der Regierungen gegenüberstehen soll. Er tritt auch für eine Vertretung der Kommunalbehörden ein. Einen dahingehenden Plan wird er dem parlamentarischen Kongreß der Europäischen Bewegung, der zu Pfingsten in Rom stattfindet, vorlegen.

Rückwirkungen der Gemeinschaft für Kohle und Stahl auf die Gemeinden

Der Unterausschuß des Ausschusses für kommunale und regionale Angelegenheiten der Beratenden Versammlung, der mit der Prüfung dieser Frage beauftragt ist, und der Sozialausschuß der Gemeinsamen Versammlung der EGKS hielten am 15. April eine gemeinsame Sitzung in Luxemburg ab. Den Vorsitz führte Herr David *Jones* (Engländer) mit Unterstützung durch Herrn *Nederhorst*, den Vorsitzenden des Ausschusses der EGKS. Als Vertreter des Rats der Europäischen Gemeinden war Herr *Cravatte* (Bürgermeister von Diekirch, Luxemburg), anwesend. Das Hauptanliegen dieser Sitzung war ein Meinungsaustausch der beiden Ausschüsse über die Probleme, die sich mit der Schaffung der EGKS für Gemeinden und Gemeindeverbände stellen. Es handelte sich insbesondere um die Sicherstellung einer besseren Vertretung der kommunalen Behörden in den verschiedenen Organen der EGKS und auch in den neuen Organen der Sechs. Als wichtigste Probleme tauchen die Frage des Baues von Arbeiterwohnungen und die industrielle Umorientierung durch die Verlagerung oder Schließung von bisherigen Kohle- und Stahl-Industrien auf.

Kommunal-Jahrbuch 1957

Der Verwaltungsausschuß des Europäischen Planes für Interkommunalen Austausch hat das Jahrbuch für 1957 veröffentlicht. In einer vereinfachten Form gibt das Jahrbuch nicht mehr die Namen und Anschriften der einladenden Personen, sondern lediglich ihre Zahl. Der Bürgermeister der einladenden Gemeinde wird den Bewerbern alle weiteren Einzelheiten mitteilen. Bekanntlich ist die Absicht dieses Austauschplanes das gegenseitige Kennenlernen, auch im privaten Rahmen von Gemeindevertretern und Beamten.

VII. NATIONALE PARLAMENTE

Bonn

Im Deutschen Bundestag hat eine Reihe von Abgeordneten der Beratenden Versammlung Fragen an den Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Professor Dr. *Hallstein*, gerichtet, die sich auf Empfehlungen der Beratenden Versammlung und das von der Bundesregierung Veranlaßte bezogen. Insbesondere handelte es sich um die Rundfunksendungen in russischer Sprache, das Internationale Rechenzentrum, die Beteiligung des Rates an kulturellen Ost-West-Projekten der UNESCO, den Entwurf einer Europäischen Auslieferungsordnung usw.

Der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland gab auf eine Anfrage der Abgeordneten *Mommer*, *Leverkuehn*, *Reif* und Genossen, betreffend die Konsultation zwischen europäischen Delegationen bei internationalen Organisationen die folgende Antwort:

„Die Bundesregierung hält eine Konsultation zwischen den europäischen Delegationen bei internationalen Organisationen in Fällen, in denen das Tätigkeitsgebiet oder das Interesse des Europarats durch die Arbeit einer internationalen Organisation berührt wird, grundsätzlich für wünschenswert und zweckmäßig.

Für die bisher schon von Fall zu Fall stattfindenden Konsultationen in bezug auf die Politik der Europaratstaaten läßt sich jedoch eine Regel mit obligatorischem Charakter, wie sie von der Beratenden Versammlung empfohlen wird, nicht einführen. Die Art der Konsultation bestimmt sich am besten jeweils nach dem Einzelfall."

Stockholm

In einer vor dem schwedischen Parlament abgegebenen Erklärung über die im Verlauf des Jahres 1956 von der Beratenden Versammlung des Europarats verabschiedeten Empfehlungen und Entschlie-

ßungen formulierte der schwedische Außenminister, Herr *Undén*, eine Reihe von Vorbehalten. Insbesondere beziehen sich diese auf die Empfehlungen Nr. 105 über die allgemeine Politik des Europarats, Nr. 132, über die Lage in Ungarn und dem Mittleren Osten, Nr. 133, über eine gemeinsame europäische Politik und die Entschließung Nr. 112 über die allgemeine Politik des Rates.

Nach der Auffassung des Ministers entsprechen diese Texte nicht der Rolle, die der Beratenden Versammlung nach dem Statut des Rates zusteht, sie beruhen auf einer wenig realistischen Auffassung dessen, was die Mitgliedsländer bereit sind, als praktische Politik anzunehmen.

London

In Beantwortung einer Frage des Abgeordneten *Hynd* (Labour), ob Großbritannien Mitglied oder assoziiertes Mitglied von Euratom zu werden gedenke, nahm der Ministerpräsident Bezug auf die bedeutenden praktischen Maßnahmen für Zusammenarbeit zwischen Großbritannien und den kontinentalen Ländern auf diesem Gebiet. Er erklärte sich bereit, sämtliche gewünschten Unterlagen in einem schriftlichen Bericht zur Verfügung zu stellen. Auf eine Frage des Oppositions-Führers *Gaitskell* nach weiteren Informationen über die genaue Form der geplanten Assoziierung erklärte der Ministerpräsident, daß die Regierung sich bisher darauf beschränkte, die Frage mehr unter dem Gesichtspunkt der praktischen Bedeutung als der Form zu prüfen. Dem Abgeordneten Sir James *Hutchison* erklärte der Ministerpräsident auf seine Frage, ob Großbritannien unter der bisherigen Form der Zusammenarbeit im begrenzten Rahmen Euratom assoziiert werden solle, daß eine Reihe von Schwierigkeiten sich einer vollen Mitgliedschaft Großbritanniens in dieser Organisation in den Weg stellen.

VIII. VERSCHIEDENES

Junge Wirtschaftskammern

Vom 11. bis zum 13. April hielten die jungen Wirtschaftskammern Europas auf Initiative der jungen Wirtschaftskammer Straßburg im Europahaus ein Seminar ab. Delegierte aus zehn europäischen Ländern und der Französischen Union nahmen an dieser Veranstaltung teil, die sich mit den Problemen des Gemeinsamen Marktes beschäftigte. Herr *von Schmieden*, Direktor der Studienabteilung des Generalsekretariats, begrüßte die Teilnehmer im Europahaus.

Straßburg als Sitz des Europarats

Eine Abordnung von Straßburger Stadträten und Abgeordneten des Elsaß unter Führung des Bürgermeisters von Straßburg suchte den französischen Ministerpräsidenten auf, um die Bedeutung der Beibehaltung der Stadt Straßburg als Sitz der politischen europäischen Institutionen zu betonen. Der Präsident des Generalrats, Herr *Pflimlin*, erklärte anschließend: „Der Ministerpräsident hat uns versichert, daß Frankreich sich einer Verlegung des Europarats in seiner heutigen Form widersetzen werde. Für den Fall einer Zusammenlegung aller europäischen Versammlungen stelle sich nach Auffassung des Ministerpräsidenten ein Problem, dessen Lösung nur gemeinsam mit allen europäischen Partnern gefunden werden könne. Im übrigen werde die französische Regierung vorschlagen, daß Straßburg als Sitz europäischer Institutionen erhalten bleibe, die Entscheidung hänge jedoch nicht von ihm allein ab.

Versammlung der versklavten Nationen Europas

Im Kolleg des Freien Europa in Straßburg-Robertsau fand vom 26. bis zum 30. April die dritte außerordentliche Sitzung dieser Organisation statt. Eine Reihe von Abgeordneten der Beratenden Versammlung hielt vor den Vertretern von neun osteuropäischen Ländern Reden: François *de Menthon*, Kurt-Georg *Kiesinger*, Etienne *de la Vallée-Poussin*, Sir Robert *Boothby*, Ernst *Paul* und Kenneth *Younger*.

Der Präsident der Beratenden Versammlung, Herr Fernand *Dehousse*, wohnte der Abschlußsitzung bei und erklärte, daß seine Gegenwart den Sinn einer doppelten Solidarität, im Unglück und in der Hoffnung, habe.

Auszeichnungen

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland zeichnete am 29. April den Präsidenten der Beratenden Versammlung des Europarats, Herrn Fernand *Dehousse*, mit dem Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik mit Stern aus. Professor *Hallstein* wies bei der Verleihung auf die Verdienste hin, welche Herr Dehousse als Vorsitzender der Abstimmungskommission an der Saar und als Präsident der Beratenden Versammlung erworben habe.

Der belgische Senator Etienne *de la Vallée-Poussin*, Abgeordneter der Beratenden Versammlung des Europarats, wurde mit dem Kreuz der Ehrenlegion ausgezeichnet.

VORLÄUFIGER TERMINKALENDER

3. Mai:	Auswahl-Komitee für Medizinstipendien (Paris)
6.— 9. Mai:	Versammlung der Westeuropäischen Union (Straßburg)
7. Mai:	Gemischter Kulturausschuß (Straßburg)
8. Mai:	Präsidium des Kultursachverständigenausschusses (Straßburg)
9.—16. Mai:	Kultursachverständige (Straßburg)
13. Mai:	Außerordentliche Sitzung der Gemeinsamen Versammlung der EGKS (Straßburg)
14. Mai:	Gemeinsame Sitzung der Präsidien der Versammlungen des Europarats, der WEU und der EGKS (Straßburg)
14.—17. Mai:	Ordentliche Sitzungsperiode der Gemeinsamen Versammlung der EGKS (Straßburg)
16.—18. Mai:	Ausschuß und Unter-Ausschuß der Arbeitsgruppe für eine Europäische Beamtenschaft (Paris)
16.—18. Mai:	Arbeitsgruppe der Menschenrechtskommission (Straßburg)
20.—25. Mai:	Regierungssachverständigen-Ausschuß für die Frage der juristischen Personen (Straßburg)
20.—22. Mai:	Ausschuß der Berater des Sonderbeauftragten für Flüchtlingsfragen (Paris)
23.—25. Mai:	Dritte Sitzung des Lenkungsausschusses des Wiederansiedlungsfonds (Paris)
24. Mai:	Stellvertreter der Minister (Straßburg)